



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II

Zusammenfassung der
Untersuchungsergebnisse



Schriften
des Deutschen
Landkreistages

Band 77
der Veröffentlichungen
des Vereins für Geschichte
der Deutschen Landkreise e.V.

Herausgeber:

Redaktion:

ISSN 0503-9185

Deutscher Landkreistag

Berlin

DLT-Pressestelle

Vorwort



Das Bundesverfassungsgericht hat die Arbeitsgemeinschaften nach § 44b SGB II mit Urteil vom 20.12.2007 zur unzulässigen Mischverwaltung erklärt. Zugleich hat es festgehalten, dass nicht ersichtlich sei, warum eine Kontingentierung der Optionskommunen erfolgt. Dem Gesetzgeber ist aufgegeben, bis zum Ende des Jahres 2010 eine Neuregelung für die verfassungswidrigen Arbeitsgemeinschaften zu finden.

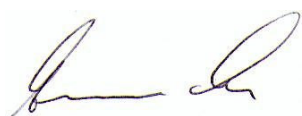
Die Diskussionen zur Neuorganisation des SGB II befinden sich im Winter 2008 in ihrer entscheidenden Phase. Für die anstehenden politischen Festlegungen legt der Deutsche Landkreistag eine erste Präsentation von Untersuchungsergebnissen der Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II durch das Institut für Staats- und Europawissenschaften Berlin vor. Der umfassende Abschlussbericht wird vom Institut zu Beginn des Jahres 2009 der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Der Deutsche Landkreistag hat das Gutachten im Sommer 2005 in Auftrag gegeben, um die Effektivität und Effizienz der Aufgabenwahrnehmung im Zuge des SGB II durch eine vergleichende Analyse von Optionskommunen und Arbeitsgemeinschaften untersuchen zu lassen. Das Gutachten hat das Ziel, auf der Basis einer verwaltungswissenschaftlichen Betrachtung sowohl für die einzelnen Landkreise als auch auf Bundesebene Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung zu ermöglichen. Dabei wird die grundlegende Trägerfrage ebenso beleuchtet wie Aspekte der jeweiligen Organisation vor Ort. Arbeitsmarktpolitische Fragen werden hingegen nicht in den Mittelpunkt gerückt. Vielmehr werden die durch das SGB II geschaffenen Strukturen und deren Auswirkungen auf die konkrete Umsetzung der Reform analysiert und Argumente aus der praktischen Umsetzung aufbereitet, um zu funktionstüchtigeren und effizienteren Verwaltungsstrukturen zu gelangen. Eine vergleichende Betrachtung einzelner Landkreise ist dabei ausdrücklich nicht erfolgt.

Neben einer umfassenden Bestandsaufnahme zeichnet die Evaluation ein detailscharfes Abbild der Umstände und Problemfaktoren der Umsetzung der Arbeitsmarktreform vor Ort. Sie stellt die umfassendste und tiefgehendste Untersuchung in allen Landkreisen und allen Optionsstädten dar.

Exemplarisch für die in den Optionskommunen wahrnehmbaren Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten im Gegensatz zu der Einbindung in die Arbeitsgemeinschaften sei genannt, dass sich alle Optionskommunen erneut für die Option entscheiden würden, während nur 44 % der Arbeitsgemeinschaften nochmals für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung votieren würden. Der überwiegende Anteil der ARGEn würde heute – vor die Wahl gestellt – die Option bevorzugen. Ebenso findet die Öffnung der Option eine breite Mehrheit unter allen befragten Kreisen.

Berlin, im Dezember 2008



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Landkreistages



Inhalt

Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse	3
Prof. Dr. Joachim Jens Hesse, Berlin	
Folienpräsentation	7
Ergebnisse der dritten flächendeckenden Erhebung	

Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II

Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse

Professor Dr. Dr. h.c. Joachim Jens Hesse und Alexander Götz

unter Mitarbeit von
Ronald Rüdiger und Simon Schubert

Vorbemerkung

Die nachfolgende Zusammenfassung* summiert anhand eines ersten Foliensatzes die *Ergebnisse der Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II*, die das Internationale Institut für Staats- und Europawissenschaften (ISE), Berlin, im Auftrag des Deutschen Landkreistages (DLT) erstellte. Alle dem zugrunde liegenden Arbeitsunterlagen stehen der interessierten Öffentlichkeit jederzeit zur Verfügung. Dies gilt auch für die bereits in den vergangenen Jahren *vorgelegten Untersuchungen des ISE*:

- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II. *Erster Zwischenbericht*, Berlin 2005 (123 S.);
- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II in Baden-Württemberg. *Erster Zwischenbericht*, Berlin 2005 (143 S.);
- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II. *Ergebnisse der zweiten Feldphase und der ersten flächendeckenden Erhebung*, Berlin 2006 (60 S.);
- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II in Baden-Württemberg. *Zweiter Zwischenbericht*, Berlin 2006 (61 S.);
- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II. *Jahresbericht 2006*, Berlin 2007 (213 S.);
- Aufgabenwahrnehmung in den ARGEn

nach § 44b SGB II. Umsetzung gesetzlicher Vorgaben, Entscheidungsstrukturen und mögliche Defizite. *Mündliche Verhandlung zu den kommunalen Verfassungsbeschwerden 2 BvR 2433/04 und 2 BvR 2434/04*, Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe, 24.5.2007 (12 S.);

- Für eine *zukunftsfähige Arbeits- und Sozialverwaltung*. Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II („Hartz IV“), Baden-Baden: Nomos-Verlag, 2007 (213 S.);
- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II. *Ergebnisse der zweiten flächendeckenden Erhebung*, Berlin 2007 (59 S.);
- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II. *Dritter Zwischenbericht*, Berlin, 2007 (316 S.);
- Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II in Baden-Württemberg. *Dritter Zwischenbericht*, Berlin 2007 (117 S.).

Es bleibt zu hoffen, dass die folgenden Ausführungen das Interesse von Politik und Fachöffentlichkeit finden und eine dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts angemessene politische Entscheidung erlauben.

Berlin, den 10.12.2008

Professor Dr. Dr. h.c. Joachim Jens Hesse

* Das ISE folgt damit einer Bitte des DLT, aufgrund von Presseberichten zu den Ergebnissen der Bundesevaluation eine Vorab-Information zu dem für Ende Dezember 2008 vereinbarten Untersuchungsbericht vorzulegen.

Die Ergebnisse der ISE-Evaluation – ein Plädoyer gegen voreilige und einseitige Entscheidungen

(1) Bundesverfassungsgerichtsurteil und Ergebnisse der 6c-Evaluation: einseitige Diskussion im Vorfeld der politischen Entscheidung

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Unzulässigkeit der Mischverwaltung in den ARGEen nach § 44b SGB II und dem Abschluss der Wirkungsforschung zu den Trägermodellen gemäß § 6c SGB II steht der Gesetzgeber vor einer **Entscheidung zur Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende**. Dabei ist zu vermeiden, dass die Abwägung zwischen Vor- und Nachteilen alternativer Trägerformen erneut (wie schon 2004) durch spezifische Organisationsinteressen und parteipolitische Orientierungen überlagert wird, funktionsanalytische Erkenntnisse hingegen zurücktreten. Die Überlegung, mit den ARGEen eine in mehrfacher Hinsicht dysfunktionale Konstruktion nachträglich über eine Verfassungsänderung zu legitimieren, lässt jedoch genau das befürchten. Problematisch erscheint hieran vor allem die unterlassene **Würdigung praxisrelevanter wissenschaftlicher Erkenntnisse** dies- wie jenseits der offiziellen Wirkungsforschung. Dies gilt umso mehr, als die Bewertung der Evaluationsergebnisse von der Datenbasis und von politischen Kriterien abhängig bleibt. Deshalb ist vor voreiligen Schlüssen zu warnen, zumal eine erweiterte empirische Basis belegt, dass **für einseitige Trägerentscheidungen weder sachliche Gründe noch eine funktionale oder rechtliche Veranlassung** bestehen. Vielmehr bieten sich Lösungen an, die Bundes- wie kommunalen Interessen, vor allem aber den Ansprüchen der Hilfebedürftigen, gerecht werden.

(2) Erfordernis einer erweiterten Perspektive – notwendiger Einbezug sozialpolitischer, funktionaler und staatspolitischer Kriterien

Die aus der offiziellen Evaluation abgeleitete These, in ARGEen würde besser in bedarfsdeckende Beschäftigung vermittelt und deshalb effizienter gearbeitet als in anderen Trägerformen, dürfte unhaltbar sein. Sie gründet mit einem einjährigen Zeitraum (2006/2007) auf

einer entschieden zu **schmalen und mit Unschärfen behafteten Datenbasis**, die eine substantielle Betrachtung von Nachhaltigkeitseffekten ausschließt. Dies stellt nicht den statistischen Befund als solchen, aber seine Verallgemeinerungsfähigkeit in Frage. Zugleich werden jene **Vorteile der Optionskommunen**, die auch seitens der Wirkungsforschung im Auftrag des Bundes anerkannt werden, **systematisch unterschätzt**. Sie bestehen insbesondere in einer höheren Vermittlung in auch nicht vollständig bedarfsdeckende Beschäftigung sowie in einer besseren sozialen Stabilisierung der Hilfebedürftigen und ihres Umfelds. Hieran zeigt sich, dass die Bewertung des BMAS unverändert durch eine einseitige Vermittlungsorientierung geprägt ist, **Beschäftigungsfähigkeit und erweiterte soziale Integration** indes **vernachlässigt** werden. Dies erscheint nicht nur sozialpolitisch und volkswirtschaftlich fragwürdig, sondern geht auch an dem Bedarf einer zunehmend von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen betroffenen Klientel vorbei. Hinzukommt, dass die auf der Basis eng geführter Beurteilungsmaßstäbe hergeleiteten ARGE-Vorteile institutionelle Kontexte ausblenden. So sollte im Rahmen der Bundes-Evaluation erkennbar geworden sein, dass die **Modellkonkurrenz** zwischen ARGEen, Optionskommunen und getrennter Aufgabewahrnehmung **positive Wettbewerbseffekte in Form von Leistungsanreizen** auslöste und schon allein deshalb einseitige Trägerentscheidungen nicht zu begründen sind. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse der SGB II-Evaluation des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften (ISE) belegen für die Jahre 2005 bis 2008, dass mit Blick auf Klientel und Geschäftspolitik sowie Schnittstellen und soziale Integration **Optionskommunen** mit ihrer Problemnähe und hohen Flexibilität **wesentliche Vorteile** besitzen; sie eröffnen im Ergebnis die Chance zu einer sinnvollen Beantwortung der strittigen Trägerschaftsfrage.

(3) Klientel und Geschäftspolitik – strukturelle Hilfebedürftigkeit als Argument für dezentrale Problemnähe

Auf der Basis einer dreimaligen flächendeckenden Befragung *aller* Landkreise und Optionsstädte und sowie vertiefender Fallstudien

in zahlreichen Optionskommunen und ARGE n stellte das ISE seit 2005 einen **besonders hohen Bestand an schwer Vermittelbaren** fest. Dieser Anteil hat sich bis heute deutlich vergrößert. Eine nachhaltige Integration von Hilfebedürftigen ist deshalb mehr denn je von **intensiver Förderung und zielgruppenorientierter Betreuung** abhängig. Allenfalls in strukturschwachen Regionen kommt einer überregionalen Vermittlung noch eine nennenswerte Bedeutung zu. Hinzu treten verstärkte Bemühungen um **präventive Ansätze** zur Vermeidung künftiger und der Verfestigung bestehender Hilfebedürftigkeit. In allen benannten Kategorien (individuelle Förderung, Zielgruppenorientierung, Prävention) schneiden die **Optionskommunen besser** als die anderen Trägerformen ab. Ihnen kommen ihre Flexibilität und Unabhängigkeit von der zentralen Organisation der Bundesagentur zugute. Beides gestattet eine deutlich problem- und klientelnähere Gestaltung von Abläufen und Eingliederungsstrategien. Insofern erweist sich der lokale Bezug als entscheidender Vorteil, während **bundesweite Vermittlungssysteme weniger bedeutend** erscheinen.

(4) Schnittstellen und soziale Integration – erneuter Vorteil einer dezentralen Ausrichtung und Vollzugsverantwortung in den Optionskommunen

Nach Einschätzung aller vom ISE befragten Praktiker ist der erfolgreiche Vollzug des SGB II auf die **Vernetzung mit parallelen Leistungssystemen** und anderen öffentlichen Aufgaben angewiesen. Dabei spielen kommunale Zuständigkeiten in den Bereichen **Soziales, Jugend, Schule, Gesundheit und Wirtschaft** eine herausgehobene Rolle. Hinzu tritt die bedarfsgerechte **Erbringung flankierender Leistungen** (Sucht- und Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung). Aufgrund der ISE-Erhebungen und kontinuierlicher Anschauung vor Ort lässt sich dokumentieren, dass die **Optionskommunen** über eine deutlich problemnähere Sicht verfügen und stärker als andere Träger um eine operative Berücksichtigung von Schnittstellen und sozialintegrativen Leistungen bemüht sind. Dies erklärt sich vor allem aus dem generell höheren Stellenwert, den die zugelassenen Träger der sozialen Stabilisierung von erwerbslosen Hilfebedürftigen und ihren Bedarfsgemeinschaften beimessen. Zwar finden

sich aner kennenswerte Routinen auch in den ARGE n, doch stehen dort entsprechenden Ansätzen nach wie vor die Beteiligung zweier Träger und deren unterschiedliche Verwaltungskulturen entgegen. Hinzu tritt die bereits angesprochene **Fixierung der BA-Systeme auf den bloß kurzfristigen Vermittlungserfolg**. Zwar können die ARGE n eine bessere institutionelle Anbindung an sonstige Agenturleistungen geltend machen (insbesondere zum SGB III und SGB IX), doch bestehen in diesen Bereichen (mit Ausnahme vor allem des Arbeitgeberservice) entsprechende **Kooperationen auch zwischen Optionskommunen und Agenturen**; sie dokumentieren erneut eine hohe Kooperationsbereitschaft der zugelassenen Träger.

(5) Trägerentscheidung und Handlungssituation – eindeutiges Votum für kommunale Verantwortung und lokale Spielräume

Im Ergebnis schätzen die **Optionskommunen** wie das ISE deren **operative Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten deutlich positiver** als die der anderen Träger ein. Hinzutreten die benannten **Leistungsanreize aus der Modellkonkurrenz**. Hiervon profitieren dem eigenen Vernehmen nach auch die ARGE n, sofern die beteiligten Kommunen mit Verweis auf eine mögliche eigene Trägerschaft dezentrale Spielräume erstreiten. Jene „**Option der Option**“ hängt selbstverständlich von der Glaubwürdigkeit des institutionellen Drohpotenzials ab. Dieses wirkte sich vor 2005 und zu Beginn des neuen Leistungssystems stärker als in den vergangenen zweieinhalb Jahren aus. Hier führten zuletzt Einflussnahmen des Bundes i. S. einer stärkeren Fach- und Regelsteuerung (Rahmenvereinbarung und sog. Rollenpapier als Beispiele) zu einer spürbaren Unzufriedenheit und Demotivierung der kommunalen Partner wie der operativ Verantwortlichen. Deshalb würde inzwischen eine **Mehrheit der in ARGE n engagierten Landkreise bei einer erneuten Trägerentscheidung optieren**. Ähnliches gilt für die Kommunen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung. Interessant ist hierbei, dass der Vollzug eines Wechsels der Trägerform vor allem dann zeitnah in Erwägung gezogen würde, wenn dies nur befristet und (erneut) für eine begrenzte Zahl von Kom-

munen gelten sollte. Bei einer vollständigen, also dauerhaften und unkontingierten Öffnung der Option hielten das deutlich weniger Kreise für unmittelbar erforderlich. Damit wird erkennbar, dass es den Betroffenen vor allem darum geht, **mehr Spielräume für eine dezentrale Vollzugsgestaltung** zu gewinnen; diese für den Integrationserfolg zentrale Handlungsbedingung ist in den ARGEn aufgrund ihrer bisherigen Konstruktion nicht in ausreichendem Maße gegeben.

(6) Institutioneller Nachteil der ARGEn als systematischer Vorteil der Option - Möglichkeit eines produktiven Kompromisses

Summiert man die Evaluationsergebnisse des ISE und bezieht dabei – soweit bekannt – die Erkenntnisse der Wirkungsforschung des Bundes mit ein, lässt sich feststellen, dass über alle örtlichen Einrichtungen hinweg und in **jeder Trägerkategorie** sich sowohl **gute als auch weniger leistungsstarke Fälle** finden. Der Erfolg hängt vor allem von der örtlichen Organisationsgestaltung und Vollzugspraxis ab. Hierfür wiederum bringen die Optionskommunen deutlich bessere Voraussetzungen mit. Strebt man darüber hinaus eine **generelle Kennzeichnung der Trägermodelle** an, so sind den **ARGEn** gewisse Stärken im Hinblick auf die stellenorientierte Vermittlung und die Vernetzung mit dem SGB III-Bereich zu attestieren. Demgegenüber verfügen die **Optionskommunen** aber über die benannten systemischen Organisationsvorteile und können klare Erfolge bei der sozialintegrativen Einbettung der Integrationstätigkeit unter Einschluss präventiver Ansätze nachweisen. **Fälle mit getrennter Aufgabenwahrnehmung** wiederum erlauben eine separate Optimierung des Vollzugs von kommunalen und Agenturaufgaben, leiden aber entscheidend unter Schnittstellen und einem fehlenden gesamthaften Integrationsansatz. Mit Blick auf die auch bei veränderter Ar-

beitsmarktlage schwierigen Klientelanforderungen führt dies letztlich zu einem **Votum für die kommunale Trägerschaft**, insbesondere dann, wenn man eine nachhaltige Integration und Stabilisierung von Hilfebedürftigen als wenigstens ebenso wichtig wie den bloßen Vermittlungserfolg einschätzt.

(7) Eine zukunftsfähige Kompromissvariante: Öffnung der Option und Fortschreibung des Modellwettbewerbs

In der Konsequenz muss aber auch dieser Befund nicht notwendigerweise zu einer flächendeckenden Zuständigkeit der Kommunen und (auf verfassungsgemäßem Wege) der Länder führen. Vielmehr belegt gerade das differenzierte Wahlverhalten der Kreise bei einer erneuten Optionsmöglichkeit, dass es vor allem um die dezentralen Entscheidungsspielräume und eine erweiterte Kooperationsfreiheit geht. Insofern erschiene es völlig ausreichend, eine **vollständige und dauerhafte Option** zu gestatten und die **ARGEn im SGB II nicht mehr als verbindliche Organisationsform** auszuweisen. Damit würde eine ohnehin unter rechtssystematischen Gesichtspunkten wenig überzeugende Verfassungsänderung obsolet und ließe sich der im Ergebnis positive **Modellwettbewerb fortschreiben**. Legitime Berichts- und Prüfansprüche des Bundes wären dabei wie heute über bestehende Kontrollverfahren abzusichern. Die inhaltliche Steuerung des SGB II und seiner aktiven Hilfen scheinen über das SGB II hinreichend gewährleistet, ließen sich aber – wenn auch in eng zu setzenden Grenzen – erforderlichenfalls über untergesetzliche jährliche Verordnungen für alle Träger präzisieren. Schließlich sollte erwogen werden, Softwarestandards sowie die Festlegung von Erfolgsindikatoren und Statistikpflichten stärker als bislang abzustimmen und die kommunalen Träger hieran angemessen zu beteiligen.

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Professor Dr. Dr. h.c. Joachim Jens Hesse / Alexander Götz

Evaluation der Aufgabenträgerschaft nach dem SGB II

Ergebnisse der dritten flächendeckenden Erhebung

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Inhalt

- **Ansatz und Methodik, Empirie und Rücklauf**
- **Trägerentscheidung und Trägerverhältnis nach Karlsruhe**
- **Wahrnehmung vor Ort und Handlungssituation der Träger**
- **Klientel und geschäftspolitische Ansätze**
- **Schnittstellen und Kooperationspotenziale, sozialintegrative Maßnahmen**
- **Modellvergleich und Relevanz von Kennzahlen**
- **Handlungsoptionen für eine notwendige Reform des SGB II**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

(1) Ansatz

Fragestellung und Methodik,
Empirie und Rücklauf

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Fragestellung der Evaluation durch das ISE

- Organisatorische, leistungsbezogene u. staats- wie kommunalpolitische Auswirkungen der **Option im Vergleich zu ARGen** (und getrennter Aufgabenwahrnehmung):
 - **Bestandsaufnahme** und **Systematisierung** der örtlichen Organisations-/Leistungsstrukturen
 - Erfassung und **Einschätzung administrativer Leistungen** und institutioneller **Probleme**
 - **Auswirkungen der Trägermodelle** auf **Effektivität** und **Effizienz** (Vergleich)
 - **Materielle Verteilungswirkungen** (regional, trägerbezogen, klientelbezogen)
 - Konsequenzen für die **Stellung der kommunalen Selbstverwaltung**
- Dabei: Berücksichtigung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen

Ansatz und Methodik	Träger- entscheidung	Handlungs- situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
----------------------------	-------------------------	-------------------------	----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------	------------------------

Stand der Evaluation

- **Fortlaufende Bestandsaufnahme und Systematisierung** der örtlichen Organisations- und Leistungsstrukturen (ergänzt um Erkenntnisse aus acht baden-württembergischen Fällen im Rahmen der vertiefenden LKT-Studie)
- Auswertung des Rücklaufs aus der **dritten flächendeckenden Erhebung**
- **Abschluss der vierten Feldphase** (Experteninterviews bei und mit den zuständigen Einrichtungen in 12 Referenzfällen)
- **Überprüfung der** im Zuge der Feldphasen und der Erhebungen gebildeten **Hypothesen**, insbesondere:
 - Zentrale Bedeutung der örtlichen Organisation und Geschäftsprozesse
 - Erhöhte bzw. von der Trägerform abhängige kommunale Gestaltungsmöglichkeiten

Ansatz und Methodik	Träger- entscheidung	Handlungs- situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
----------------------------	-------------------------	-------------------------	----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------	------------------------

(Forts.)

- Begrenzte Bedeutung des überregionalen Arbeitsmarktes für das SGB II-Klientel
 - Besondere Schwierigkeiten im SGB II-Bereich bei einer allgemein besseren Arbeitsmarktlage („Baden-Württemberg-Paradox“)
 - Herausbildung von kontextabhängigen Geschäftsstrategien
 - Verstärkte Aktivität der Optionskommunen bei der Vernetzung mit anderen kommunalen Leistungen und im präventiven Bereich
 - Klare und sich aufgrund der gesammelten Erfahrungen verstärkende Präferenz für eine kommunale Trägerschaft
- Vorlage des **Endberichts zum 31.12.2008**

Ansatz und Methodik	Träger- entscheidung	Handlungs- situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
----------------------------	-------------------------	-------------------------	----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------	------------------------

Empirie I: Fallstudien der Untersuchung für den DLT

	West	Ost
Nord (SH, MV, Bbg, Nds, NRW)	<ul style="list-style-type: none"> - Leer (K) – Nds - Dithmarschen (K) – SH - Steinfurt (K) – NRW - Gütersloh (K) – NRW - Vechta (K) – Nds 	<ul style="list-style-type: none"> - Oberhavel (K) – Bbg - Bad Doberan (K) – MV
Mitte (LSA, Sachs, Thü, He, Saar, RIP)	<ul style="list-style-type: none"> - Main-Kinzig (K) – He - Mayen-Koblenz (K) – RIP 	
Süd (Bay, BW)	<ul style="list-style-type: none"> - Erlangen (S) – Bay - Ingolstadt (S) – Bay - Tuttlingen (K) - BW 	

Ansatz und Methodik	Träger- entscheidung	Handlungs- situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
----------------------------	-------------------------	-------------------------	----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------	------------------------

Empirie II: Fallstudien der Untersuchung für den LKT BW

Optionskommunen	ARGen	Getr. Wahrnehmung
<ul style="list-style-type: none"> - Landkreis Biberach - Bodenseekreis - Ortenaukreis - Landkreis Tuttlingen - Landkreis Waldshut 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwäbisch Hall - Breisgau-Hochschwarzwald 	<ul style="list-style-type: none"> - Rhein-Neckar-Kreis (AA Heidelberg und Mannheim)

Ansatz und Methodik	Träger- entscheidung	Handlungs- situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
----------------------------	-------------------------	-------------------------	----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------	------------------------

Empirie III: Dritte flächendeckende Befragung

- **Grundgesamtheit: 330** (323 Landkreise, 6 Optionsstädte, Ingolstadt [ARGE])*; Erhebung: Mai-Juli 2008
- **Rücklauf insgesamt: 82%** (269)**, davon
 - 191 ARGE n (73% aller Antworten)
 - 64 Optionskommunen (24% aller Antworten)
 - 14 Fälle mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (5% aller Antworten)
- Rücklauf **ARGE n: 74%** aller ARGE n mit mehrheitlicher Landkreisbeteiligung***
- Rücklauf **Optionskommunen: 93%** aller Optionskommunen (Kreise und Städte)***

* Gebietsstand zum 01.01.2007 ohne Berücksichtigung der im laufenden Jahr vollzogenen Gebietsreformen (Sachen-Anhalt)

** Rücklauf der ersten Befragung im Jahr 2006: 71% (235), im Jahr 2007: 82% (271)

*** Zwecks Vergleichbarkeit zu den beiden ersten Wellen erneut Angaben der Bundesagentur für Arbeit zur geographischen Zuordnung der SGB II-Träger (Stand: 19.06.2007) als Bezugsgröße

Ansatz und Methodik	Träger- entscheidung	Handlungs- situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
----------------------------	-------------------------	-------------------------	----------------------------------	-----------------------------------	------------------------------------	------------------------

(Forts.)

Rücklaufquote der Kreise und Optionsstädte nach Bundesländern:

- **Baden-Württemberg:** 97% (34 von 35)
- **Bayern:** 74% (54 von 73)
- **Brandenburg:** 93% (13 von 14)
- **Hessen:** 82% (18 von 22)
- **Mecklenburg-Vorpommern:** 100% (12 von 12)
- **Niedersachsen:** 89% (33 von 37)
- **Nordrhein-Westfalen:** 94% (31 von 33)
- **Rheinland-Pfalz:** 88% (21 von 24)
- **Saarland:** 83% (5 von 6)
- **Sachsen:** 86% (19 von 22 – Stand vor der Kreisgebietsreform)
- **Sachsen-Anhalt:** 62% (13 von 21 – Stand vor der Kreisgebietsreform)
- **Schleswig-Holstein:** 36% (4 von 11)
- **Thüringen:** 67% (12 von 18)

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	---------------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

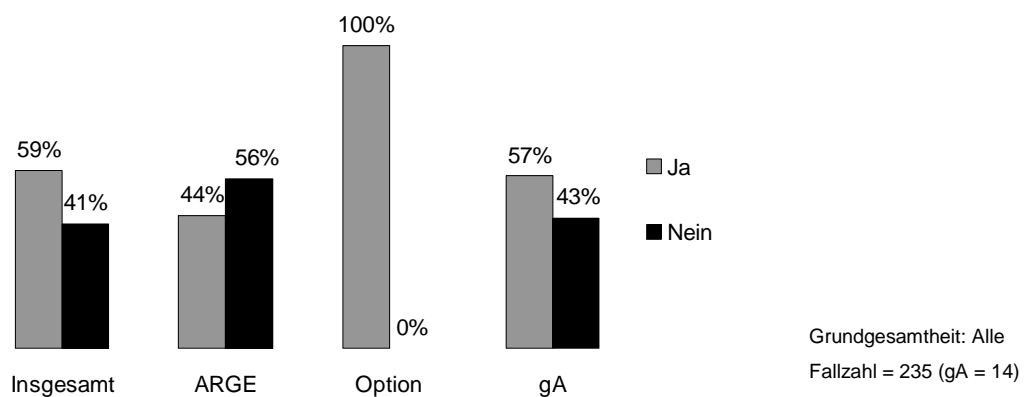
(2) Trägerentscheidung

Trägerentscheidung und Trägerverhältnis nach Karlsruhe

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	---------------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Wiederholung der Trägerentscheidung

Nach über drei Jahren Erfahrung und mit dem Wissen von heute: Wäre die Entscheidung erneut zugunsten der gewählten Trägerform ausgefallen?

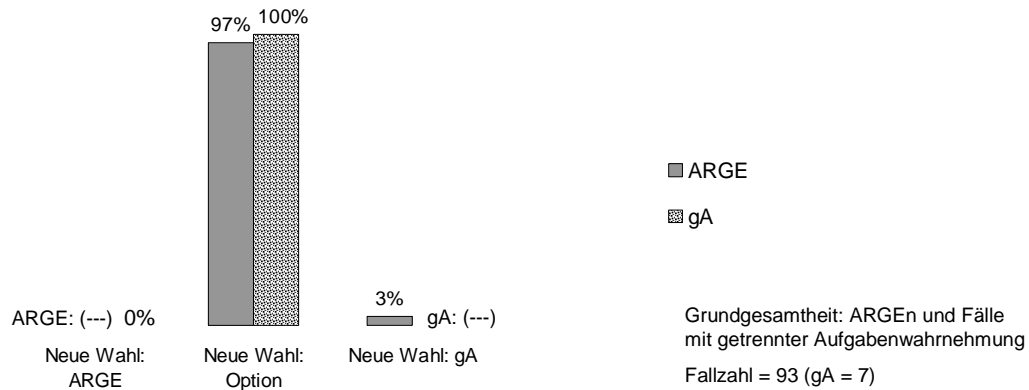


➔ **Unverändert hohe Unzufriedenheit mit der Trägerentscheidung in ARGE-Kommunen, demgegenüber einhellige Unterstützung in Optionskreisen und -städten**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	---------------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Wiederholung der Trägerentscheidung

Bei einer abweichenden Entscheidung (nach über drei Jahren Erfahrung und mit dem Wissen von heute): Welches Trägermodell würde gewählt? (ARGE-Kommunen, Kommunen mit getr. Aufgabenwahrnehmung)

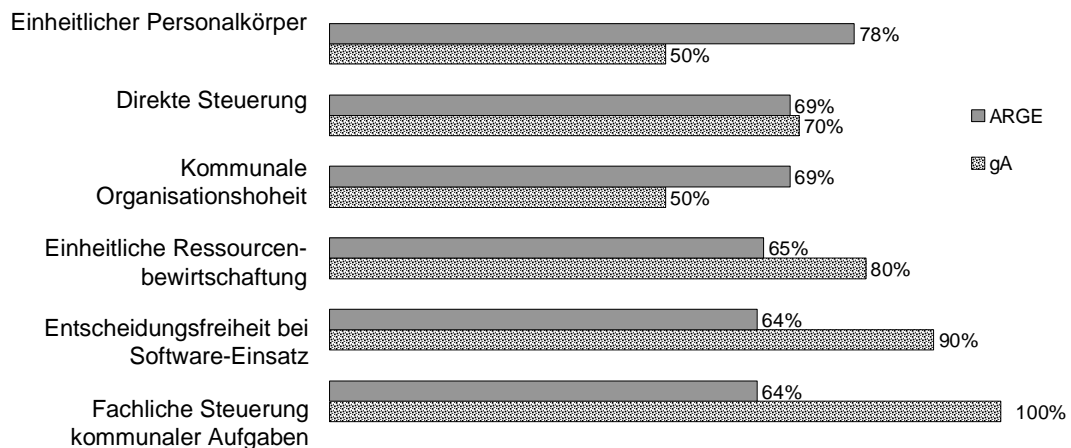


➔ Bei einer abweichenden Trägerentscheidung nach wie vor klare Präferenz für eine kommunale Trägerschaft

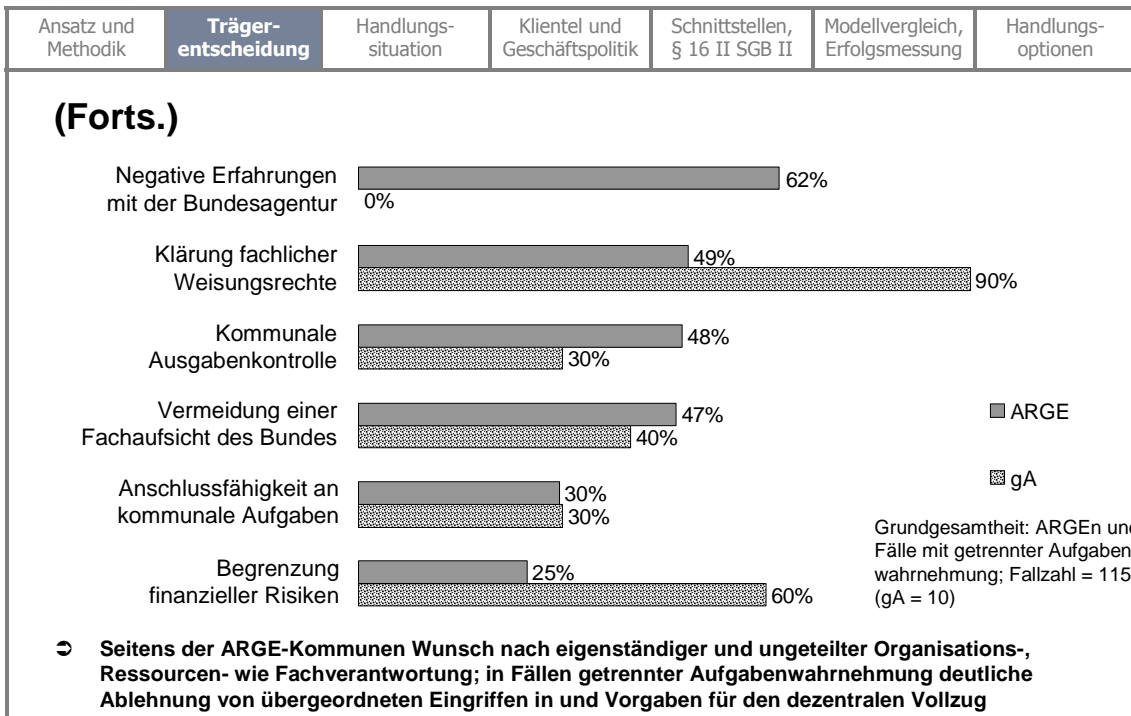
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	---------------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Gründe einer abweichenden Trägerentscheidung

Einschätzung/Motivation der heute in einer ARGE oder in getr. Wahrnehmung befindlichen Kommunen

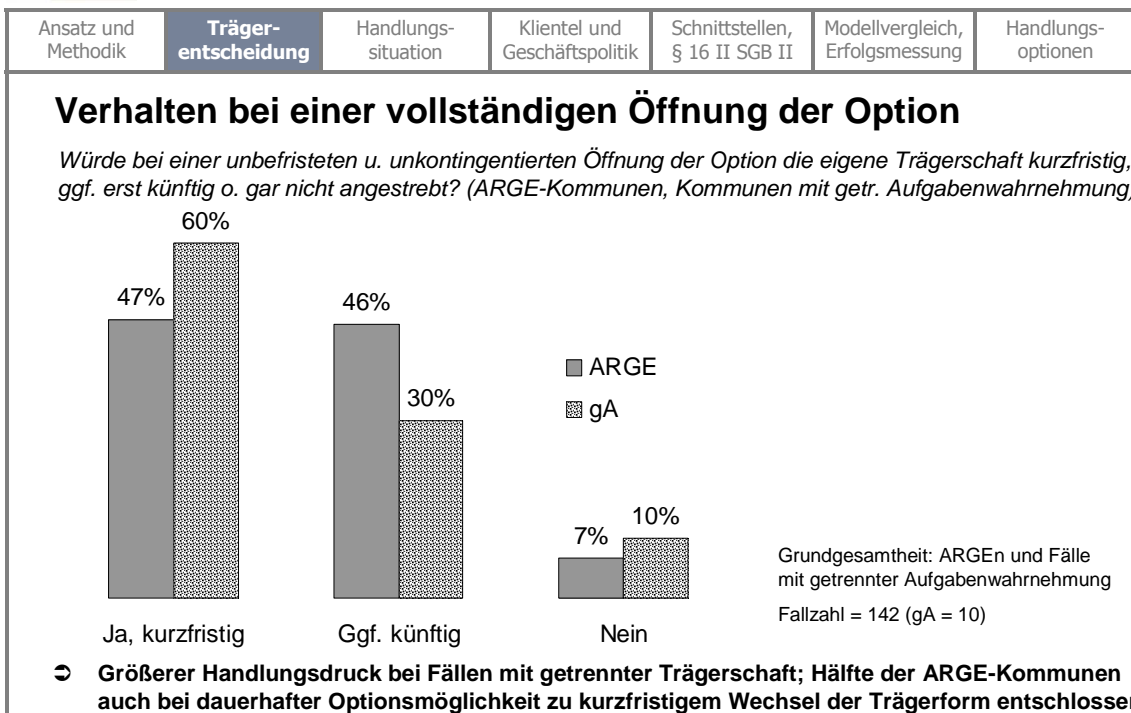


Grundgesamtheit: ARGE n und Fälle mit getrennter Aufgabenwahrnehmung; Fallzahl = 115 (gA = 10)



© ISE 2008

Folie 15



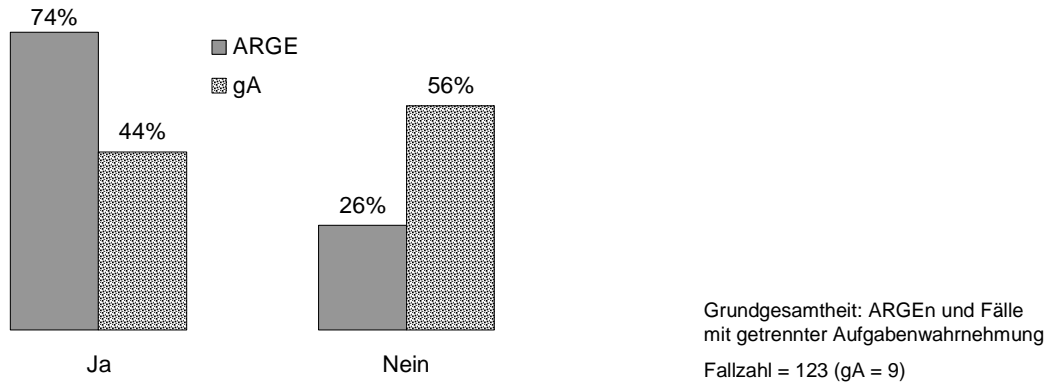
© ISE 2008

Folie 16

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Verhalten bei einer begrenzten Öffnung der Option

Würde bei einer befristeten und ggf. auch kontingentierten Öffnung der Option eine eigene Trägerschaft angestrebt? (ARGE-Kommunen, Kommunen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung)

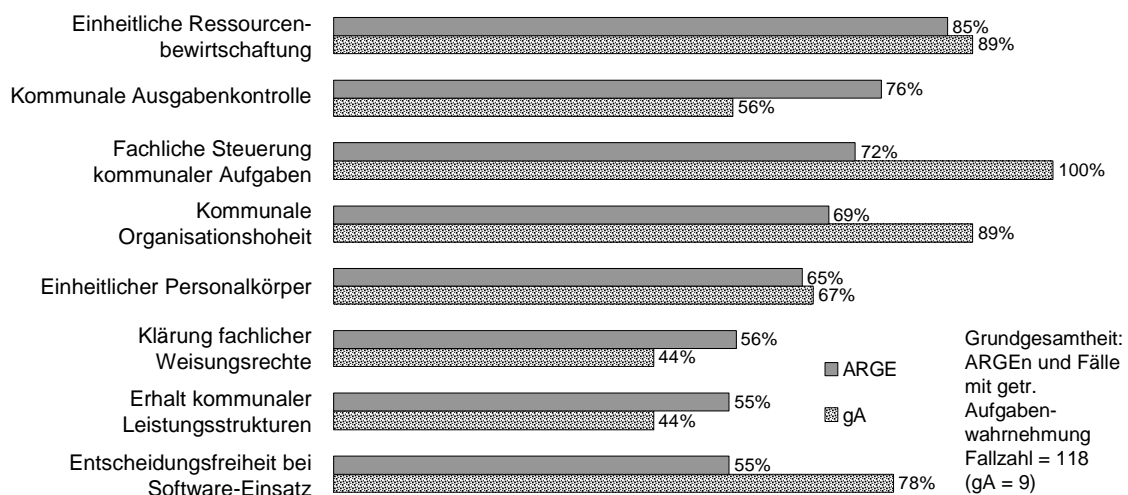


➔ Bei einer begrenzten Möglichkeit zur nachholenden Option sehr viel höhere Tendenz zum Trägerform-Wechsel bei ARGE-Kommunen – Indikator für Unzufriedenheit mit Status quo

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Gründe einer ggf. künftig möglichen Optionsentscheidung

Einschätzung/Motivation der heute in einer ARGE oder in getr. Wahrnehmung befindlichen Kommunen

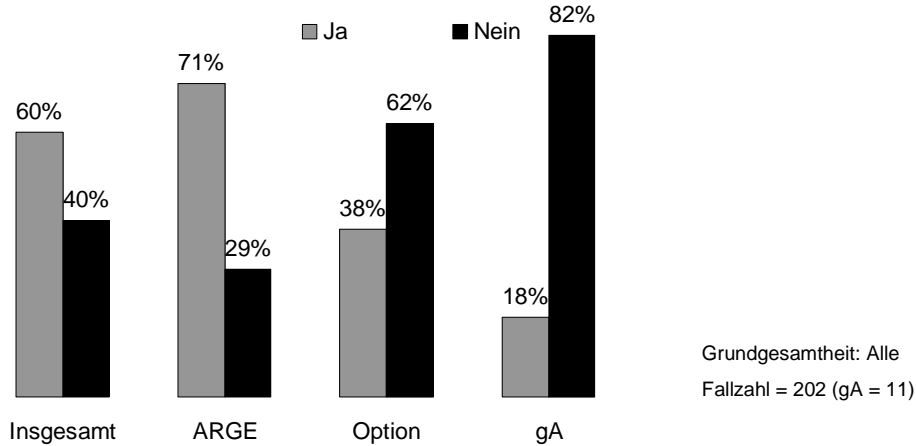


➔ Neben fachlichen v. a. finanzielle Beweggründe – Umkehrung der ursprünglichen Argumente

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Verhalten bei einer künftig möglichen Zusammenarbeit

Würde nach einer Reform des SGB II eine veränderte Kooperationsmöglichkeit oder eine verfassungsrechtlich abgesicherte ARGE der getrennten Aufgabenwahrnehmung vorgezogen?

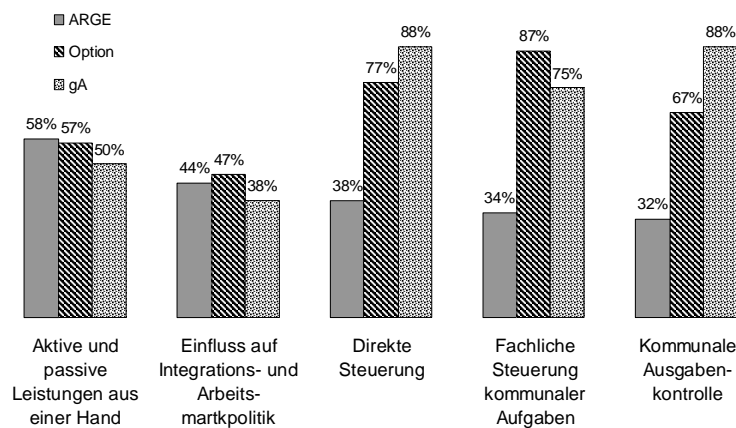


➔ Vor allem bei ARGE-Kommunen fortgesetzte Präferenz für eine Kooperation, dagegen mehrheitliche Ablehnung durch Optionskommunen und Kommunen mit getr. Aufgabenwahrnehmung

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Gründe für einen kooperativen oder getrennten Vollzug

Einschätzung der heute in einer Option, ARGE oder in getr. Wahrnehmung befindlichen Kommunen



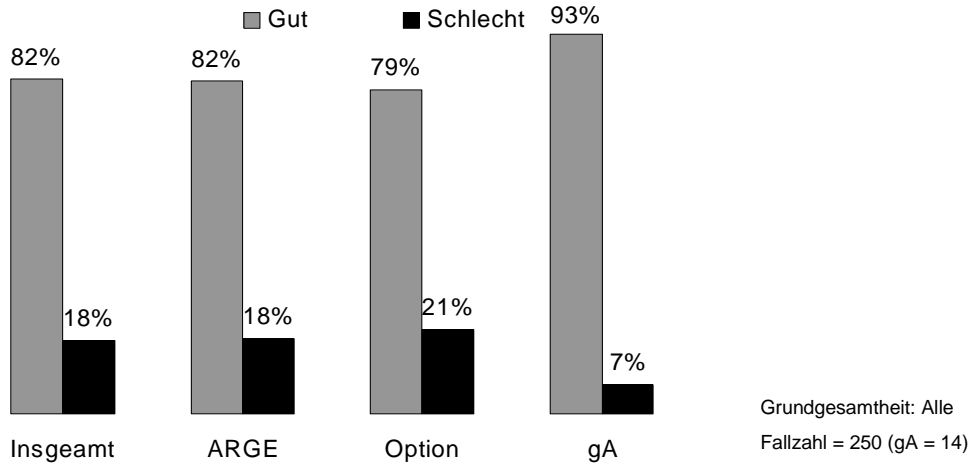
➔ In ARGE-Kommunen Präferenz f. Kooperationsmodelle aufgrund einheitlicher Leistungen und erhoffter arbeitsmarktpolitischer Einflussnahme; in Optionskommunen und Fällen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung Konzentration auf eigene Steuerungsmöglichkeiten und Ausgabenkontrolle

Grundgesamtheit: Alle; Fallzahl = 168 (gA = 8)

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	---------------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Verhältnis zu den örtlichen Organen der Bundesagentur

Wie wird die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den örtlichen Agenturen für Arbeit beurteilt?

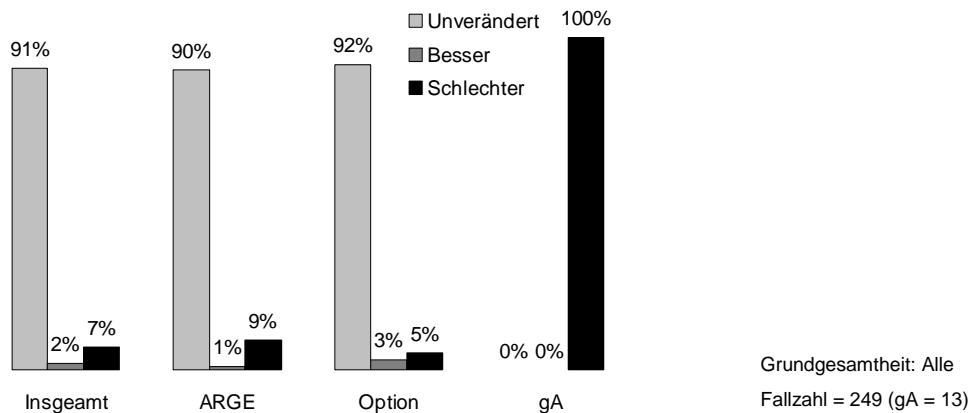


➔ Aus Sicht der Kommunen positives Verhältnis zur Agentur (unabhängig von der Trägerform)

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	---------------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Bewertung des Verhältnisses nach dem BVerfG-Urteil

Haben sich die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den örtlichen Agenturen für Arbeit seit dem BVerfG-Urteil zur Mischverwaltung verbessert, verschlechtert oder sind sie unverändert geblieben?



➔ Aus Sicht der Kommunen unverändert positives Verhältnis, nur in wenigen Fällen eine effektive Verschlechterung

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Kommunale Beteiligung in den ARGEn nach dem BVerfG-Urteil

Wie stellen sich die kommunalen Beteiligungsformen und fachlichen Einwirkungsmöglichkeiten in den ARGEn nach dem BVerfG-Urteil zur Mischverwaltung dar?

Grundsätzlich unveränderte fachliche Einwirkungsmöglichkeiten 97%

Nach wie vor ergebnisoffene Diskussion der Integrationsmaßnahmen 68%

Keine oder eingeschränkte Beteiligung an der Integrationspolitik 32%

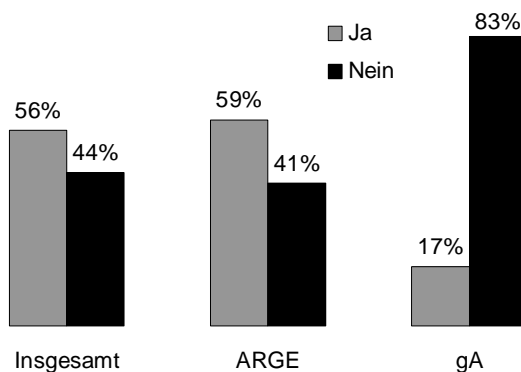
Grundgesamtheit: ARGEn
Fallzahl = 157

➔ **Grundsätzliche keine wesentliche Veränderung, allerdings in einem Drittel der Fälle der Eindruck einer abnehmenden Kooperations- u. Diskussionsbereitschaft der Agenturvertreter**

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Angebot von Gesprächen nach BVerfG-Urteil

Wurden den Kommunen nach dem BVerfG-Urteil zur Mischverwaltung Gespräche über die Bildung kooperativer Jobcenter auf der Grundlage des Konzepts von BA und BMAS angeboten?



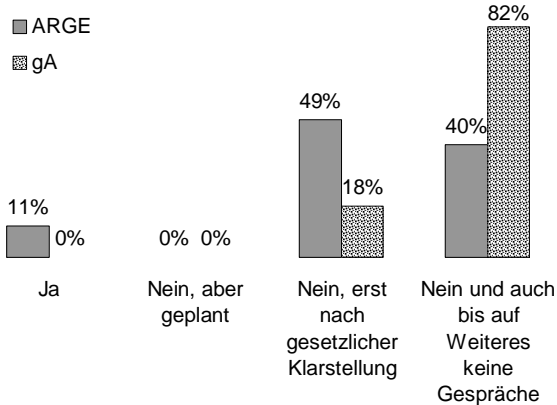
Grundgesamtheit: ARGEn und Fälle mit getrennter Aufgabenwahrnehmung
Fallzahl = 183 (gA = 12)

➔ **Bis zum Sommer 2008 nur Gespräche mit gut der Hälfte der potenziell betroffenen Kommunen (ARGE-Kommunen und Fälle mit getrennter Aufgabenwahrnehmung)**

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Aufnahme von Gesprächen zur Bildung kooperativer Strukturen

Wurden nach dem BVerfG-Urteil bereits Gespräche zur Bildung (neuer) kooperativer Strukturen auf der Basis des Vorschlags von BA und BMAS aufgenommen? (ARGE-Kommunen, Kommunen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung)



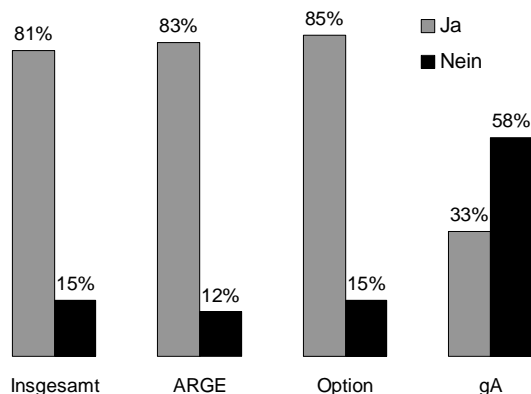
Grundgesamtheit: ARGE und Fälle mit getrennter Aufgabenwahrnehmung
Fallzahl = 173 (gA = 11)

➔ **Nach wie vor eher zögerliche Haltung und große Zurückhaltung gegenüber Gespräche zur Bildung kooperativer Jobcenter oder vergleichbarer Strukturen**

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Erfordernisse einer gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung

Aufgaben nach dem SGB II sind auch bei einer nach dem BVerfG-Urteil veränderten Organisationsregelung nicht getrennt voneinander wahrzunehmen, sondern erfordern weiterhin ein erhebliches Maß an Kooperation zwischen Bund und Kommunen.



Grundgesamtheit: Alle
Fallzahl = 246 (gA = 12)

➔ **Mit Ausnahme der Kommunen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung Verweis auf eine auch künftig in erheblichem Umfang notwendige Kooperation zwischen Bund, Städten und Kreisen**

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

Trägerentscheidung und Trägerverhältnis nach Karlsruhe

- Unverändert **hohe Unzufriedenheit** mit der 2004 getroffenen Trägerentscheidung in **ARGE-Kommunen** – i. T. auch bei getrennter Aufgabenwahrnehmung
- Dagegen nach wie vor **100-prozentige Zufriedenheit in Optionskommunen**
- Bei einer nachholend **anderen Trägerentscheidung** von Kommunen in ARGE n und mit getrennter Aufgabenwahrnehmung **klare Präferenz für die Option; Gründe:**
 - seitens der **ARGE-Kommunen** Wunsch nach einer eigenständigen und ungeteilten Organisations-, Ressourcen- wie Fachverantwortung
 - in **Fällen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung** Ablehnung von übergeordneten Eingriffen in und Vorgaben für den dezentralen Vollzug

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

(Forts.)

- Tatsächlicher und kurzfristiger **Wechsel von** der gegenwärtigen **Trägerform und** den dafür geltenden **Rahmenbedingungen abhängig:**
 - **bei vollständiger Öffnung** nachholende Option vor allem in Fällen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (nur in der Hälfte der ARGE n)
 - **bei zeitlich und kontingentierter Option** deutlich höhere Tendenz zum Trägerform-Wechsel auch in ARGE-Kommunen

Schlussfolgerung: Nach wie vor **hohe Bedeutung der „Option der Option“** als Stärkung der Kommunen in den ARGE n, Vollzug nur bei begrenzter Option

- Als Argument für eine ggf. nachholende Option häufig Angabe von fachlich-gestaltenden und neuerdings auch finanziellen Gründen – damit offenbar grundsätzlich **veränderte Einschätzung der haushalterischen Risiken einer kommunalen Trägerschaft**

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	----------------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

(Forts.)

- Bei einer Wahl zwischen getrennter Aufgabenwahrnehmung und fortgesetzter Zusammenarbeit mit der Bundesagentur **vor allem seitens der ARGE-Kommunen Präferenz für Kooperation**, dagegen mehrheitliche Ablehnung durch zugelassene Träger und Kommunen mit getr. Aufgabenwahrnehmung
- Aus Sicht der Kommunen **positives Verhältnis zur Agentur** (unabhängig von der Trägerform und ungeachtet des BVerfG-Urteils zur Mischverwaltung)
- Auch **innerhalb der ARGE keine wesentlichen Veränderungen** – nur in einem Drittel der Fälle Berichte von einer abnehmenden Kooperations- und Diskussionsbereitschaft der Agenturvertreter
- Bis zum Frühjahr 2008 seitens der Agentur **nur gut der Hälfte der** potenziell betroffenen **Kommunen** (ARGE-Kommunen und Fälle mit getrennter Aufgabenwahrnehmung) **Gespräche zur Bildung kooperativer Jobcenter angeboten**; in Reaktion darauf unverändert große Zurückhaltung der befragten Kreise

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	---------------------	----------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------

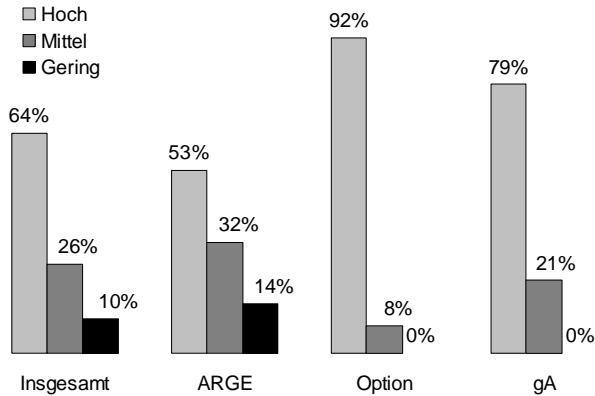
(3) Handlungssituation

Wahrnehmung vor Ort und Handlungssituation der Träger

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Interesse der Kommunalpolitik an der Aufgabenwahrnehmung

Wie ist das Interesse der kommunalen Vertretungskörperschaften im Jahr 2007 zu charakterisieren?



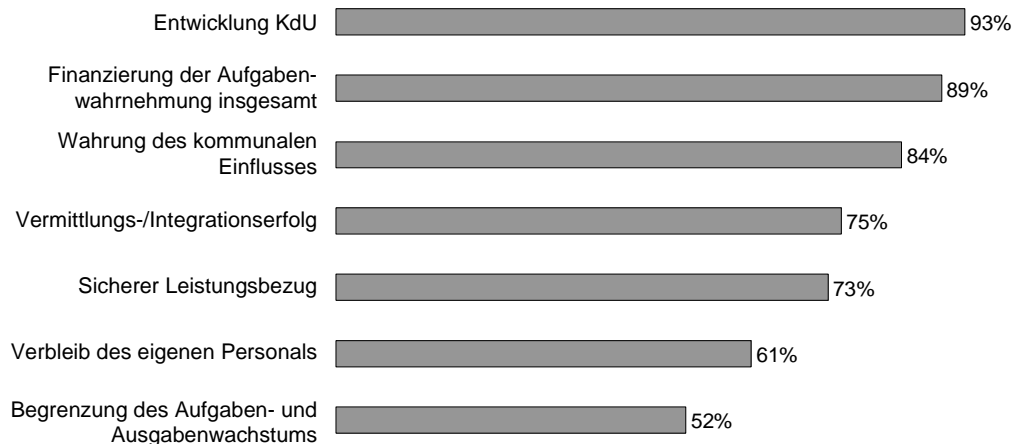
Grundgesamtheit: Alle
Fallzahl = 257 (gA = 14)

- ➔ **Unverändert hohes Interesse der kommunalen Vertretungskörperschaften an der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II (vor allem in Optionskommunen und stärker als in 2006 auch in Fällen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung)**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Interesse der Kommunalpolitik an der Aufgabenwahrnehmung

Die folgenden Gesichtspunkte hatten im Jahr 2007 für die politische Begleitung und Diskussion innerhalb der kommunalen Vertretungskörperschaften eine große Bedeutung.

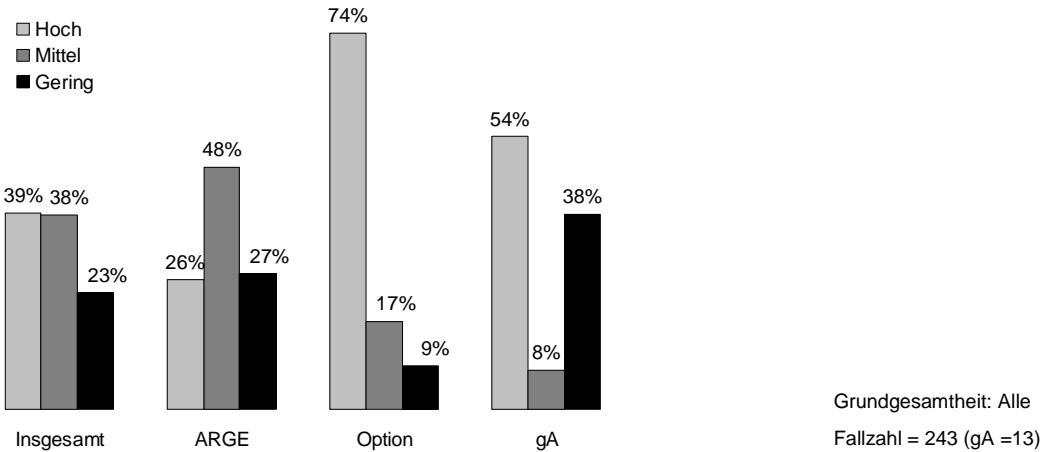


- ➔ **Gegenüber 2005 und 2006 unveränderte Interessenschwerpunkte: Finanzen, kommunaler Einfluss sowie erfolgreicher und sachgemäßer Vollzug aktiver wie passiver Hilfen**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Interesse der Gemeinden an der Aufgabenwahrnehmung

Wie ist das Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Jahr 2007 zu charakterisieren?

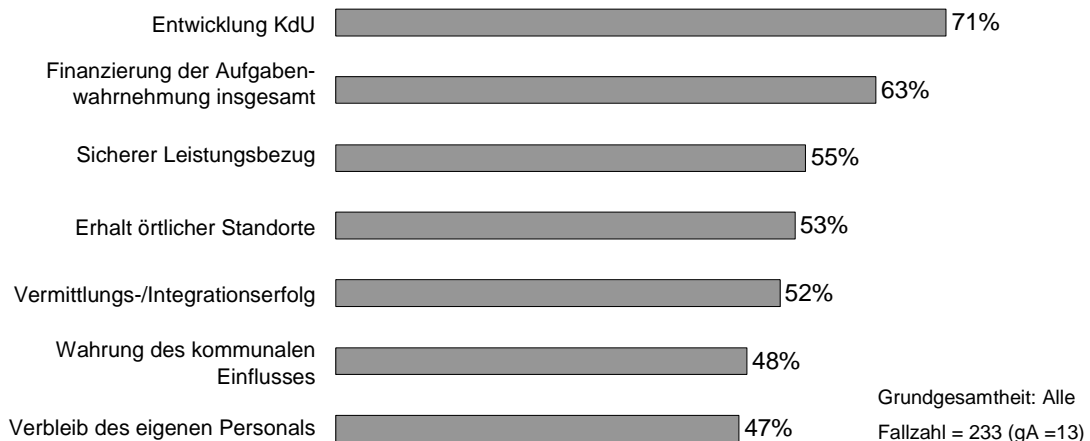


➔ Nach wie vor deutlich geringeres Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden (vor allem in den ARGE-Kommunen); sehr hohe Aufmerksamkeit dagegen in den Optionskreisen

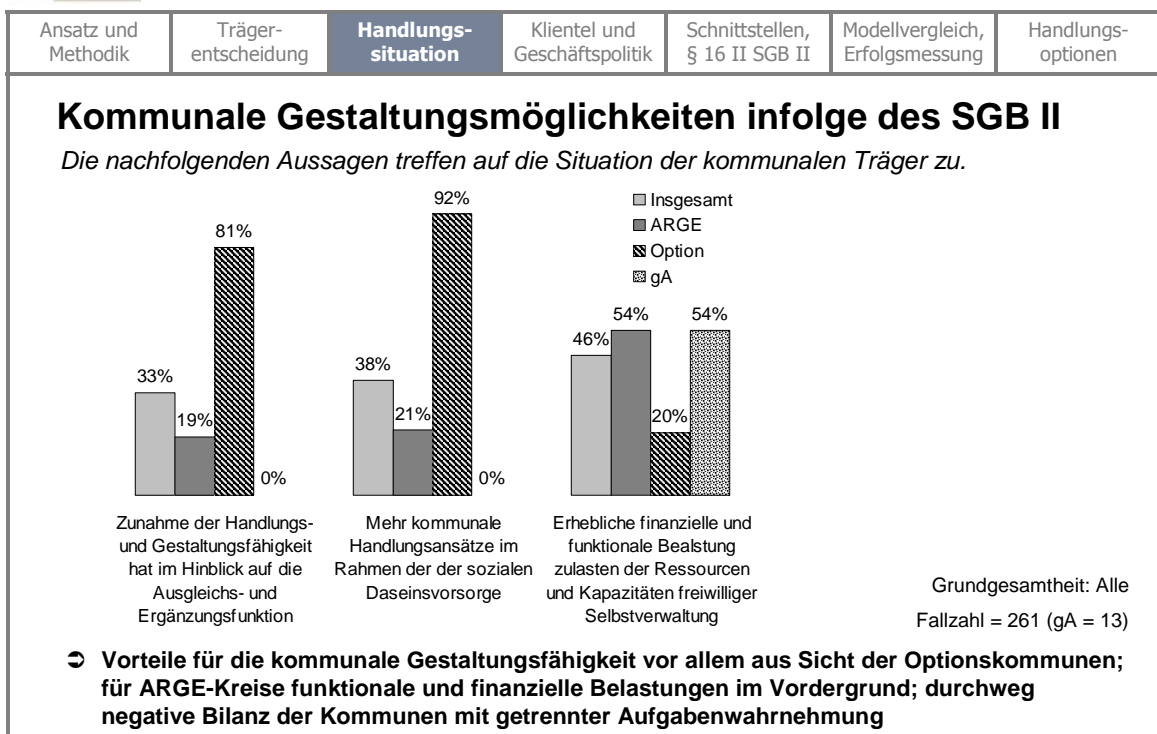
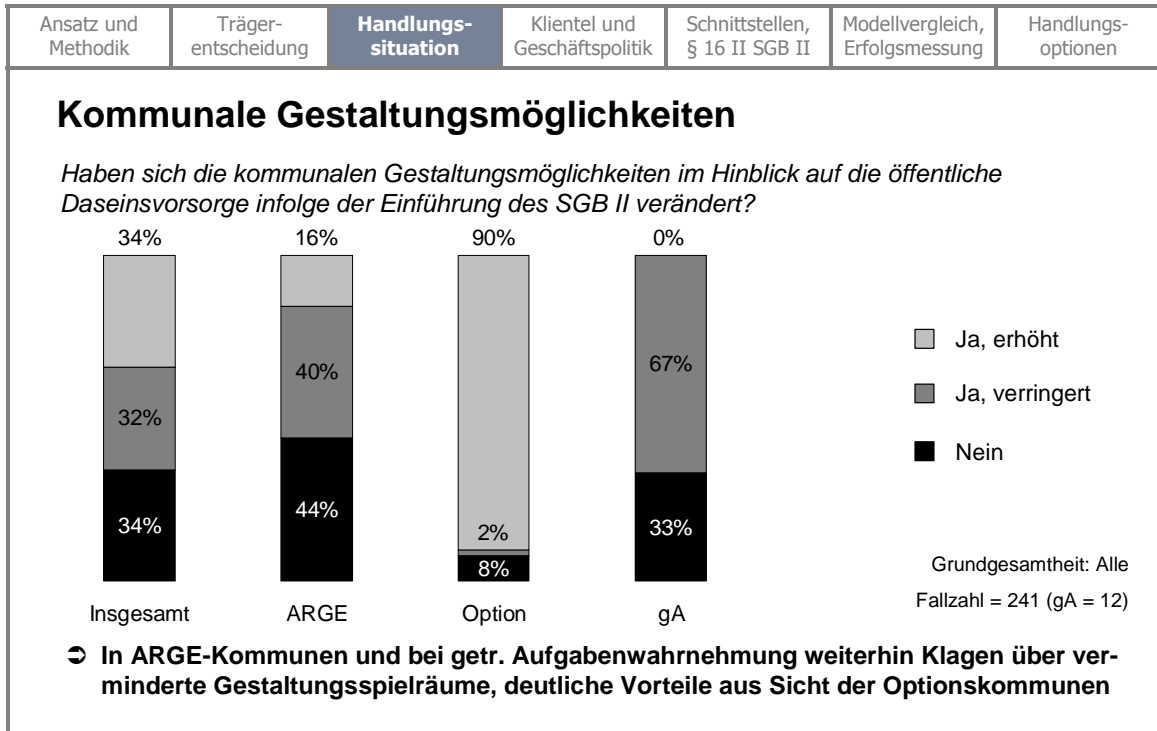
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Interesse der Gemeinden an der Aufgabenwahrnehmung

Die folgenden Gesichtspunkte hatten im Jahr 2007 für die politische Begleitung und Diskussion innerhalb der kreisangehörigen Städte und Gemeinden eine große Bedeutung.



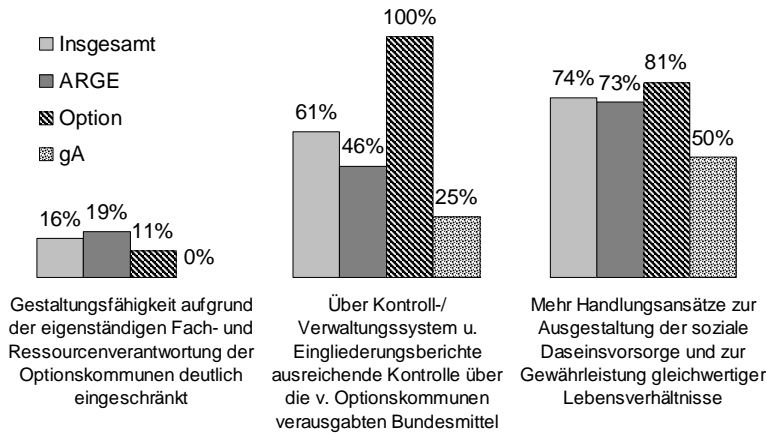
➔ Ähnlich gelagerte Interessen der kreisangehörigen Kommunen; zusätzlich Erhalt örtl. Standorte



Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes infolge des SGB II

Die nachfolgenden Aussagen treffen auf die Situation des Bundes zu.



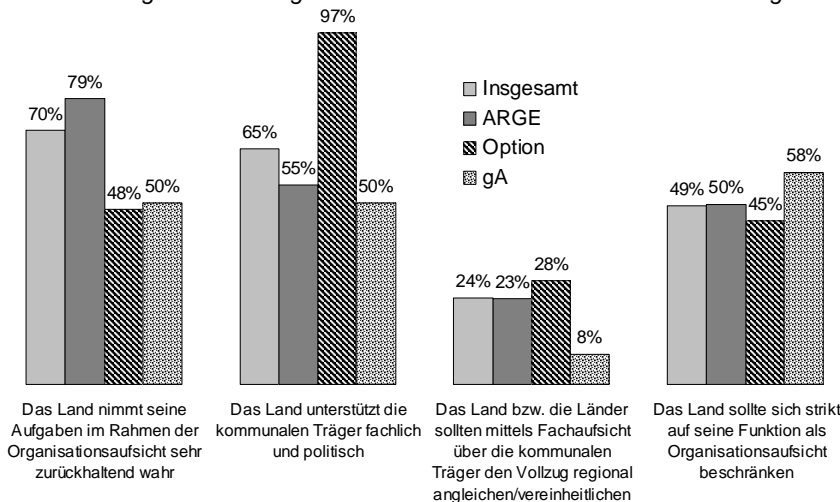
Grundgesamtheit: Alle
Fallzahl = 223 (gA = 8)

➔ **Weitgehend positive Einschätzung aus Sicht der Kommunen u. örtl. Einrichtungen (Ausnahme: Mittelkontrolle ggü. Optionskommunen, jedoch mit abweichender Selbsteinschätzung)**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

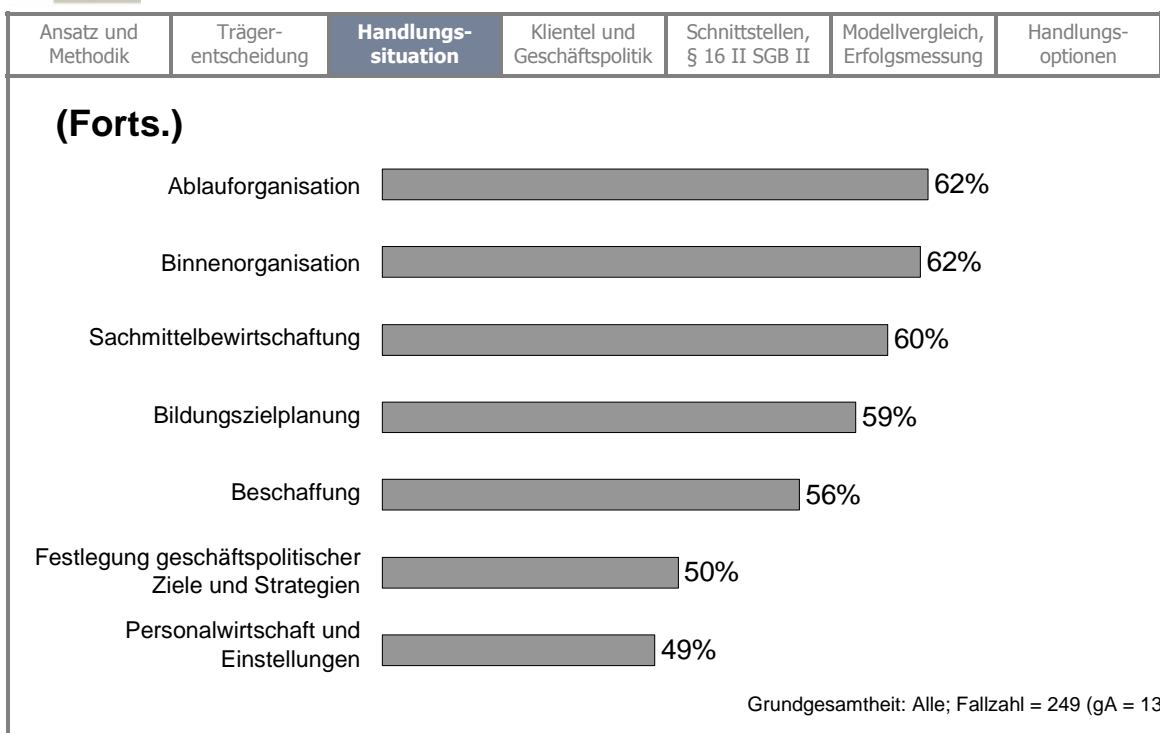
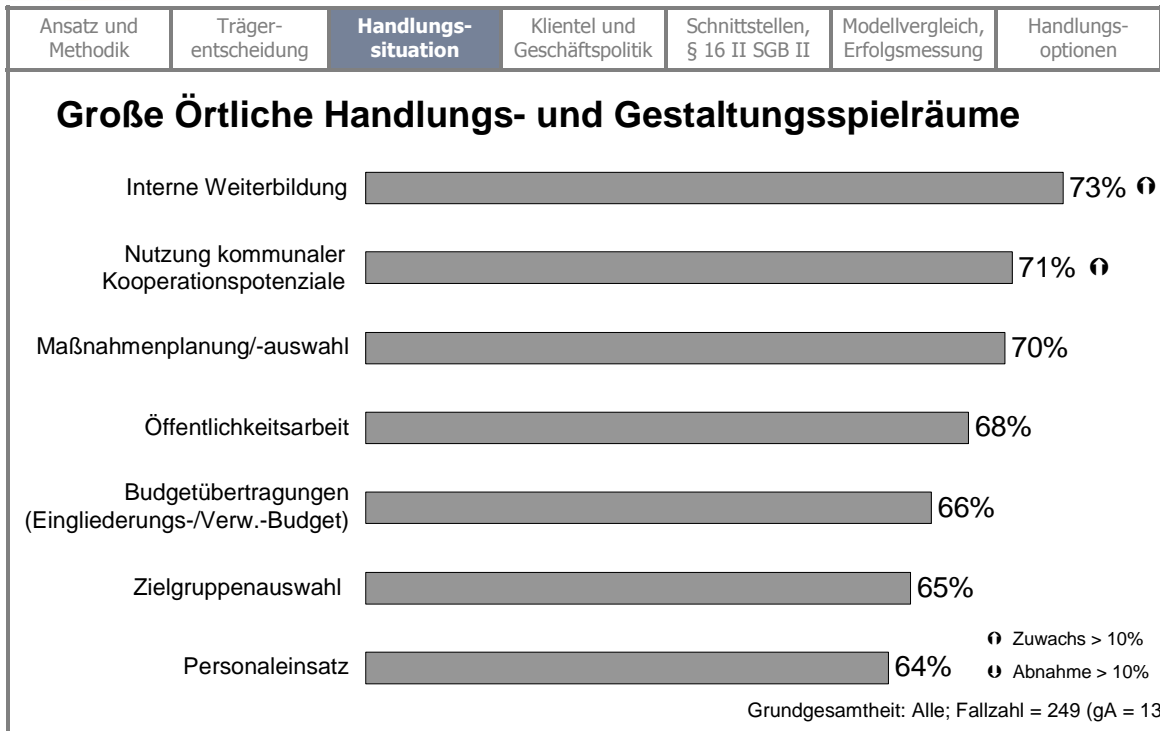
Verhältnis zwischen Bundesländern und örtlichen Trägern

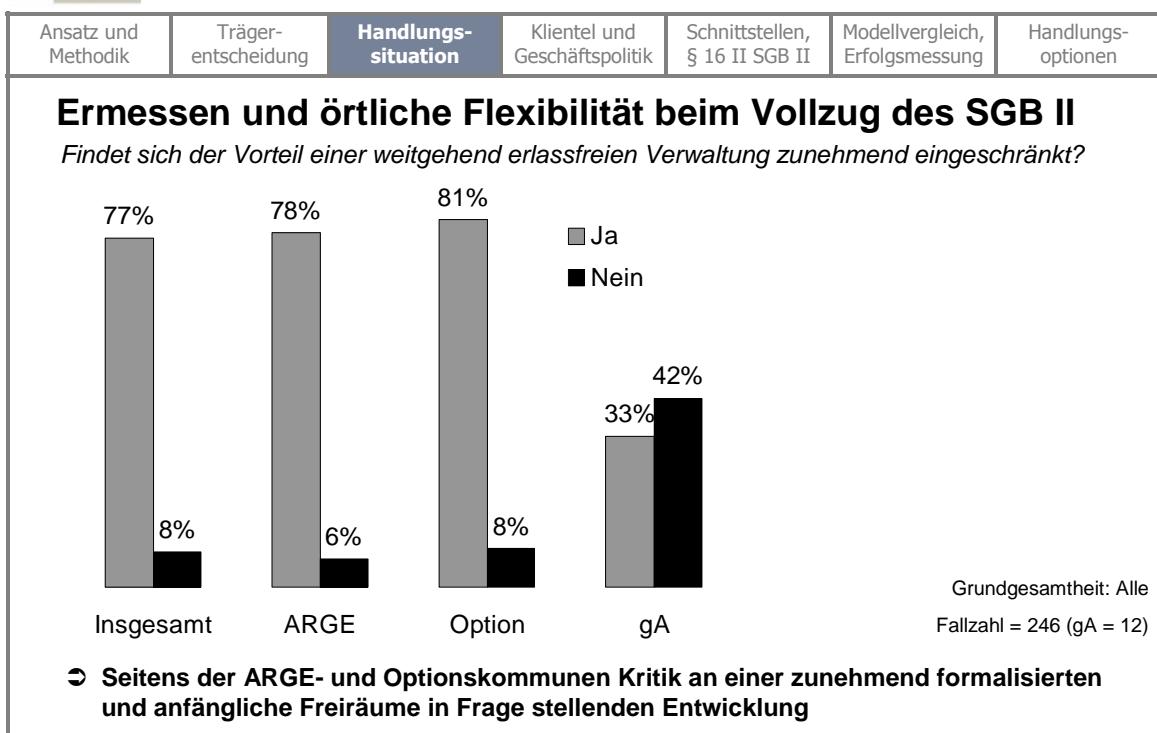
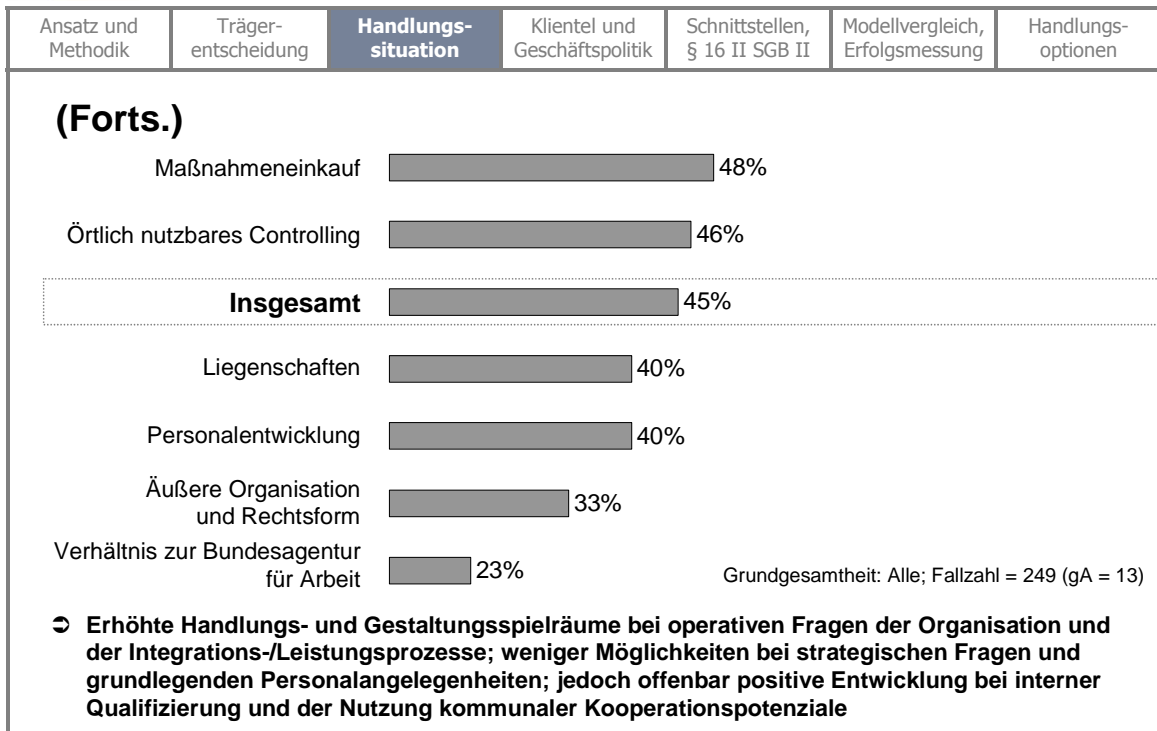
Die nachfolgenden Aussagen treffen auf das Verhältnis der örtlichen Träger zu den Bundesländern zu.

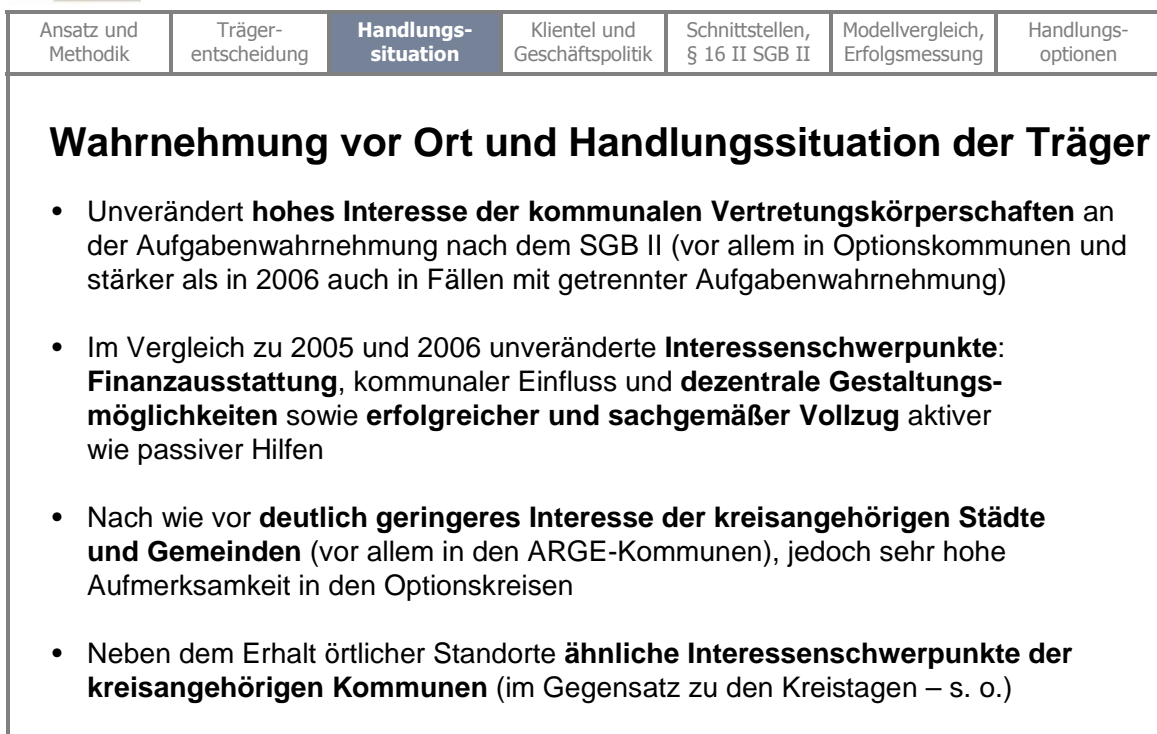
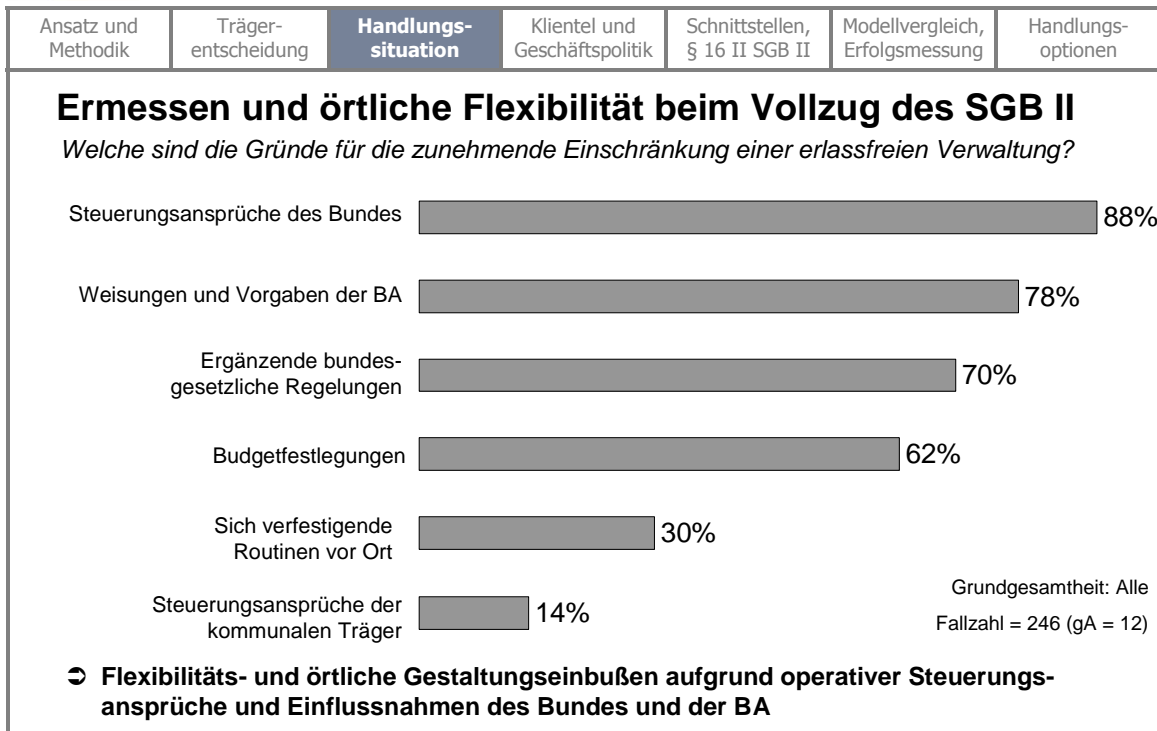


Grundgesamtheit: Alle
Fallzahl = 247 (gA = 12)

➔ **Relativ positive Beurteilung der Landespolitik (vor allem seitens der Optionskommunen), Ablehnung einer stärkeren Rolle im gegebenen System**







Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- In **ARGE-Kommunen** und bei **getrennter Aufgabenwahrnehmung** weiterhin erhebliche **Klagen über zu geringe Handlungsspielräume**
- **Vorteile für die Gestaltungsfähigkeit** vor allem in **Optionskommunen**; für **ARGE-Kreise funktionale und finanzielle Belastungen** im Vordergrund; durchweg **negative Bilanz bei getrennter Aufgabenwahrnehmung**
- Weitgehend einheitliche Einschätzung der **Gestaltungsmöglichkeiten des Bundes** als **materiell bedeutsam**; Ausnahme: Mittelkontrolle gegenüber Optionskommunen (aus Sicht von ARGE-Kreisen und Fällen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung eingeschränkt – jedoch entgegengesetzte Einschätzung der Optionskommunen)
- Relativ **positive Beurteilung der Landespolitik** (vor allem seitens der Optionskommunen), jedoch **Ablehnung einer stärkeren Rolle** im gegebenen System

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	---------------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- Vor Ort hohe **Handlungs-/Gestaltungsspielräume** bei **operativen Fragen der Organisation und der Integrations-/Leistungsprozesse**, jedoch weiterhin wenig Möglichkeiten bei strategischen Fragen und grundlegenden Personalangelegenheiten (demgegenüber offenbar positive Entwicklung bei interner Qualifizierung und der Nutzung kommunaler Kooperationspotenziale)
- Unveränderte Kritik an einer **zunehmend formalisierten und anfängliche Freiräume in Frage stellenden Entwicklung**
- Klagen über **Flexibilitäts- und örtliche Gestaltungseinbußen** aufgrund operativer Steuerungsansprüche und Einflussnahmen des Bundes und der BA

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

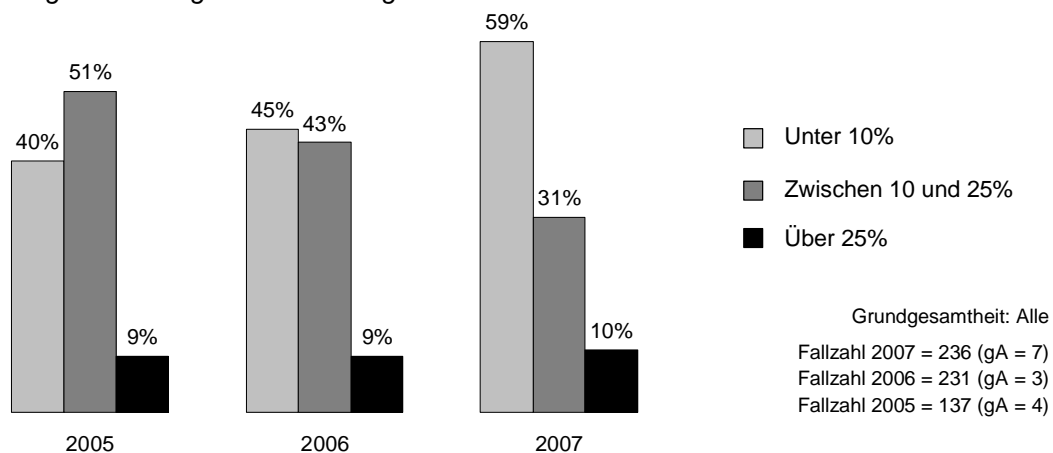
(4) Klientel und Geschäftspolitik

Struktur und Merkmale der Hilfebedürftigen, Integrationsstrategien und geschäftspolitische Ansätze

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Vermittlungsfähigkeit der Kunden

Wie viele Kunden (als Anteil von allen betreuten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen) sind ohne vorherige Betreuung und Aktivierung direkt in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar?

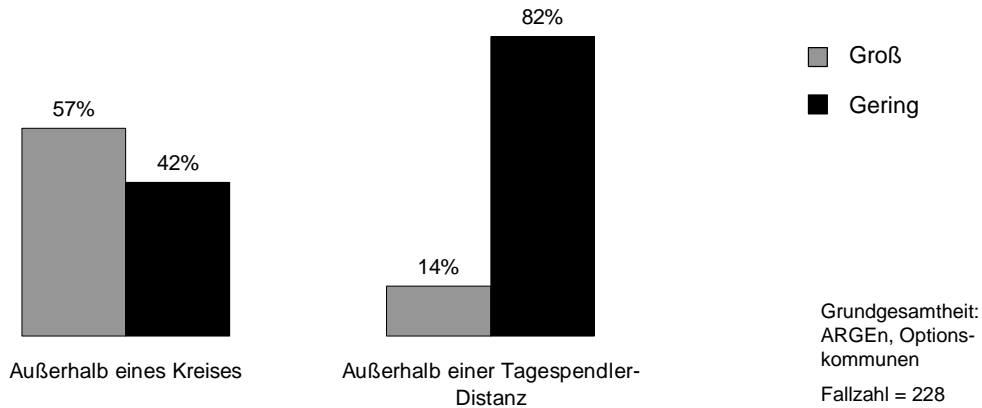


⇒ Einhellige Einschätzung der Zunahme von schwer Vermittelbaren als Ausweis von Vermittlungserfolgen und einer sich infolge der Marktlage verändernden Klientelstruktur

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Bedeutung des überregionalen Arbeitsmarktes

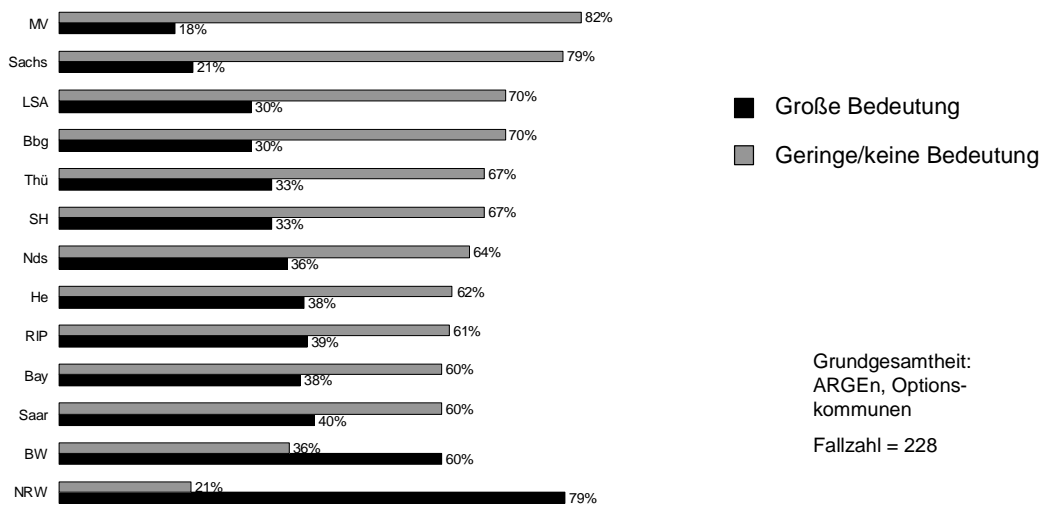
Unterschiedliche Bedeutung überregionaler Stellenangebote für die Vermittlungstätigkeit außerhalb des eigenen Kreises und einer Tagespendler-Distanz.



➔ Relativ hohe Bedeutung von Angeboten in Nachbarkreisen, jedoch nicht außerhalb einer Tagespendler-Distanz

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

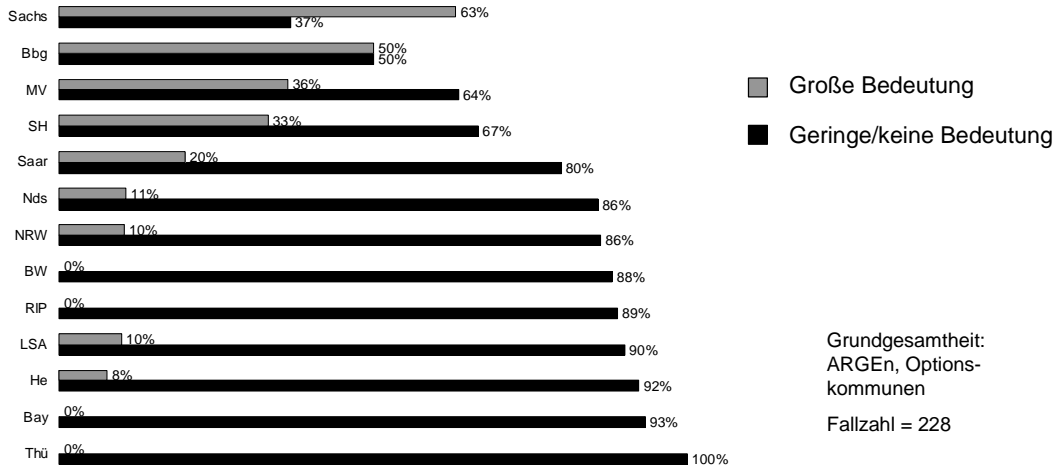
Bedeutung des überregionalen Arbeitsmarktes außerhalb des eigenen Kreises



➔ Hohe Bedeutung in kleineren Landkreisen sowie im Norden und Osten

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Bedeutung des überregionalen Arbeitsmarktes außerhalb einer Tagespendler-Distanz

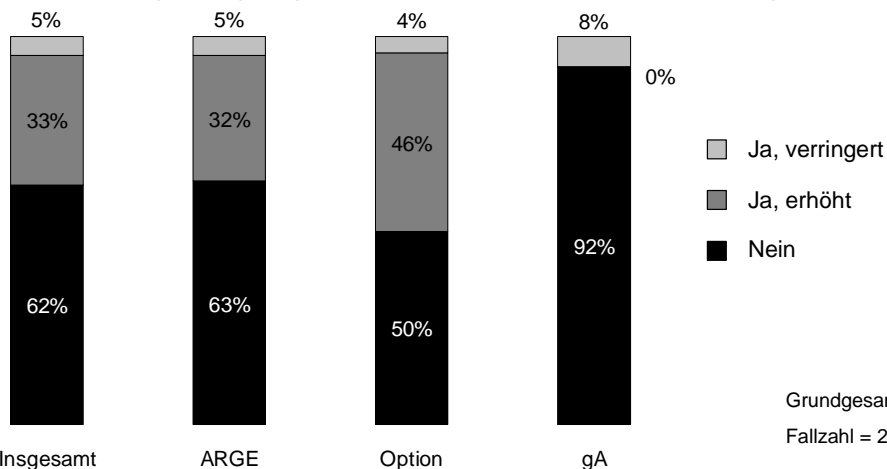


➔ An sich geringe Bedeutung – erneut am ehesten im Norden und Osten

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Veränderung der Erwerbsfähigkeitsregelung

Sollte die Erwerbsfähigkeitsregelung nach § 8 Abs. 1 SGB II (drei Stunden pro Tag) verändert werden?



➔ **Votum für eine Beibehaltung, jedoch verstärkte Kritik bei Optionskommunen mit Blick auf einen hohen Bestand kaum oder schwer Vermittelbarer**

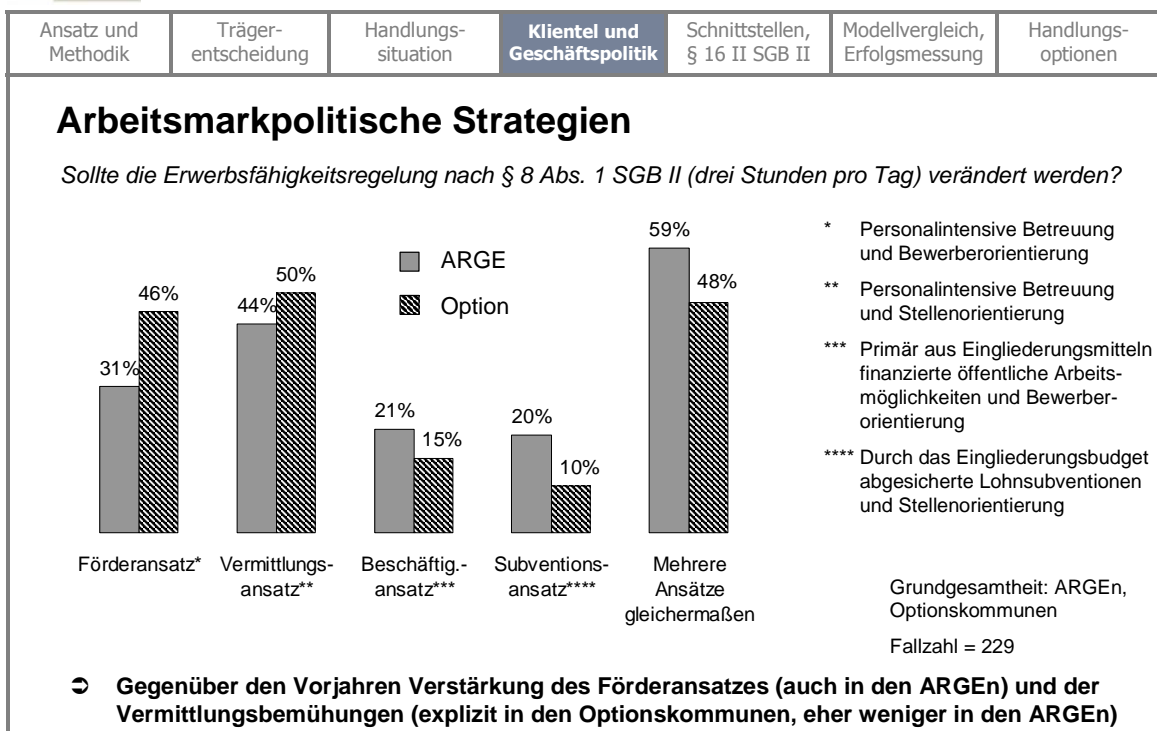
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Vier idealtypische arbeitsmarktpolitische Strategien

	Personaleinsatz (Verwaltungsbudget)	Ressourceneinsatz (Eingliederungsbudget)
Bewerberorientierung	Förderansatz (intensive Betreuung durch eigene Mitarbeiter, Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, Qualifizierung)	Beschäftigungsansatz (Einsatz von Arbeitsgelegenheiten, PSA sowie eigenen, tlw. sonderfinanzierten Beschäftigungsangeboten)
Stellenorientierung	Vermittlungsansatz (Konzentration auf Arbeitgeberbedarfe, operative Trennung zw. Betreuung und Vermittlung, verstärkte Kundenselektion)	Subventionsansatz (Nutzung von Lohnsubventionen wie Eingliederungs- und Einstellungszuschüssen – erhoffter „Klebeffekt“)

© ISE 2008

Folie 53



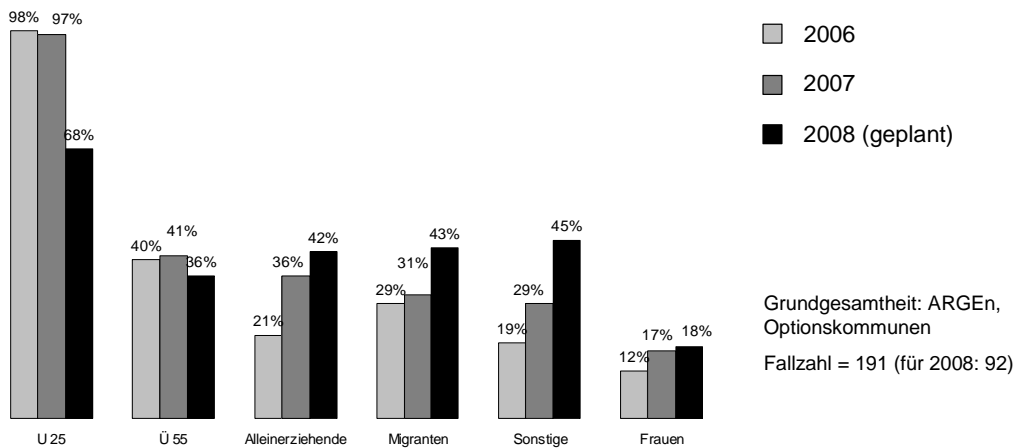
© ISE 2008

Folie 54

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Zielgruppenschwerpunkte in der Geschäftspolitik

Bei der Betreuung welcher Zielgruppen wurden in den Jahren 2006 und 2007 Schwerpunkte gesetzt? Wo liegen diese im Jahr 2008?

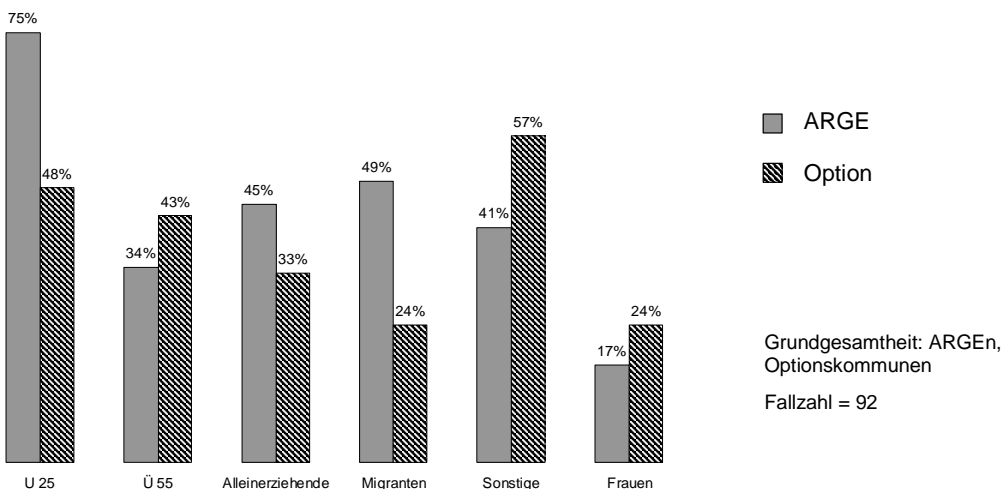


➔ Fortgesetzte Zielgruppendifferenzierung als Ergebnis einer zunehmenden Konsolidierung und Professionalisierung

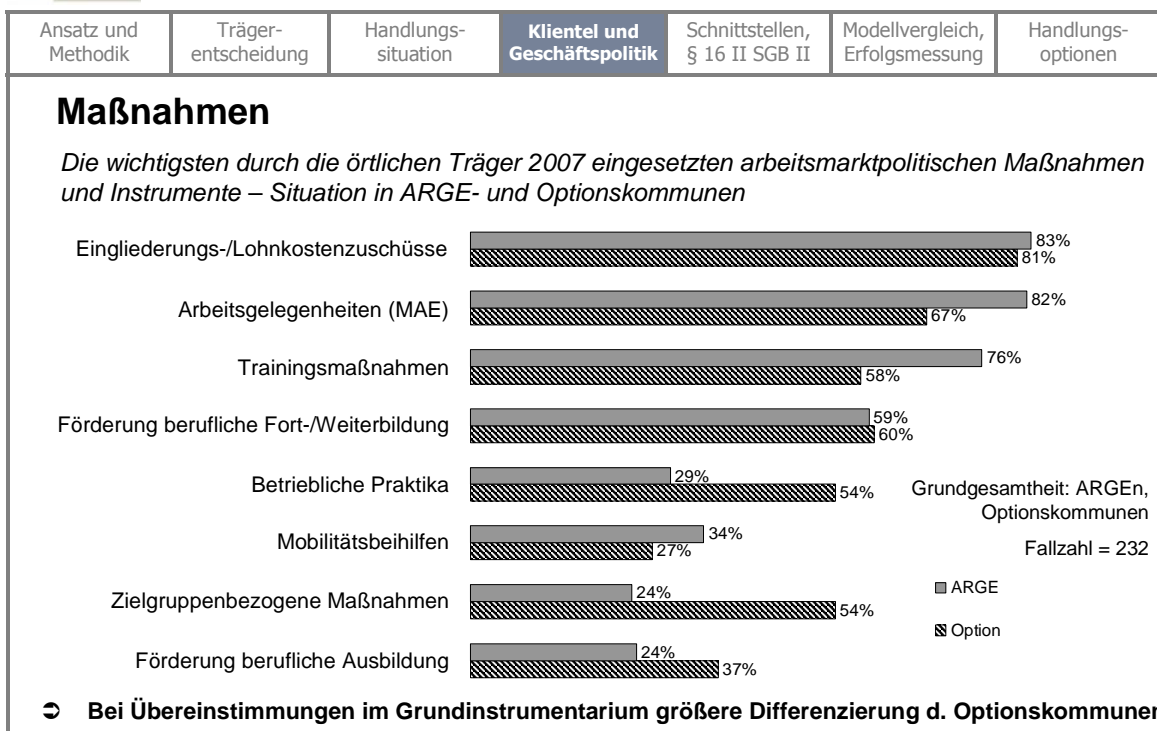
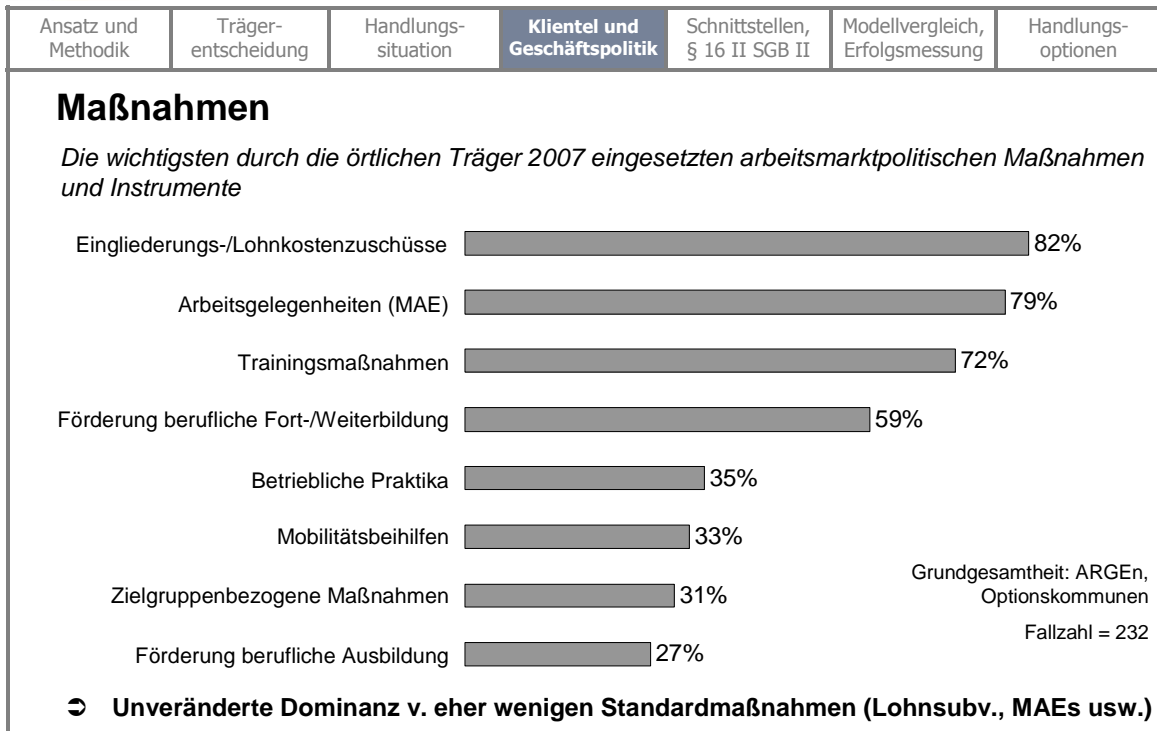
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

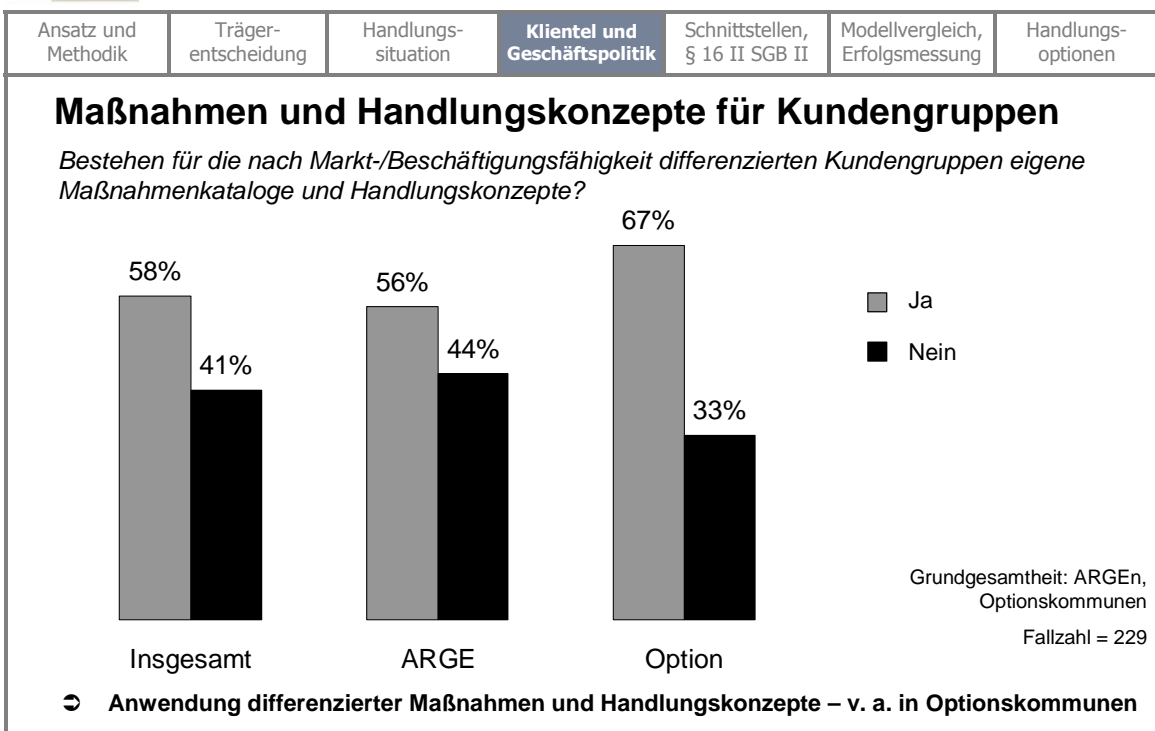
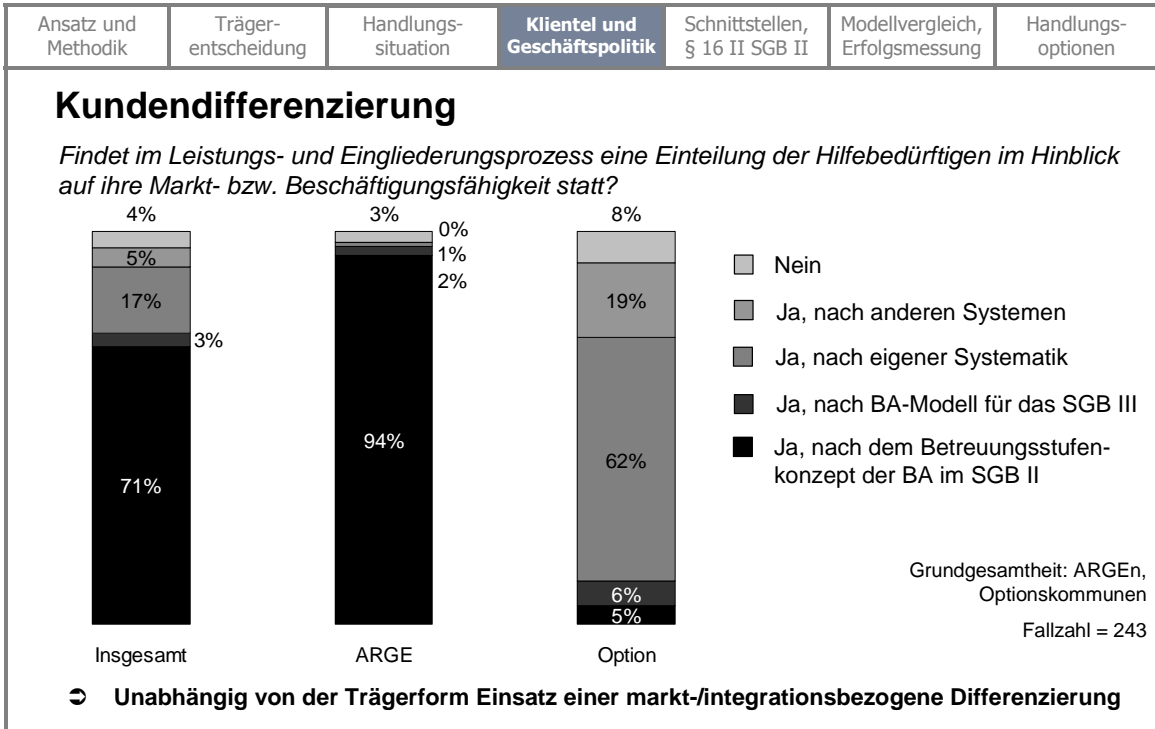
Zielgruppenschwerpunkte in der Geschäftspolitik 2008

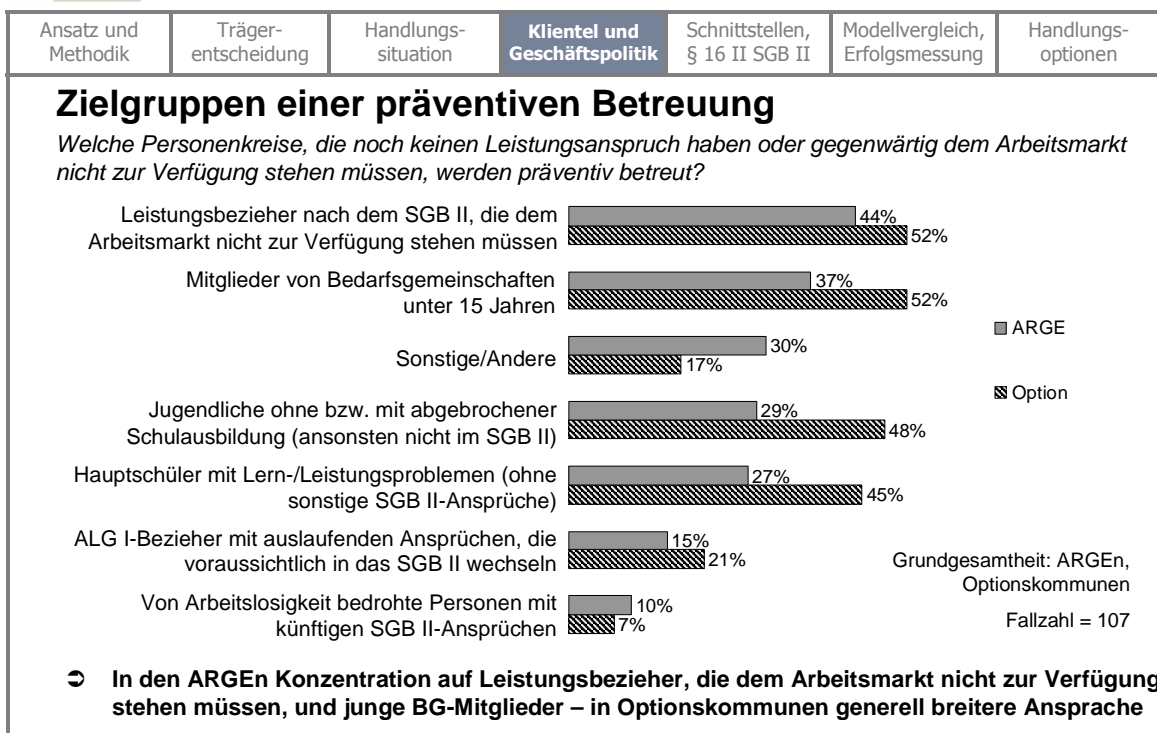
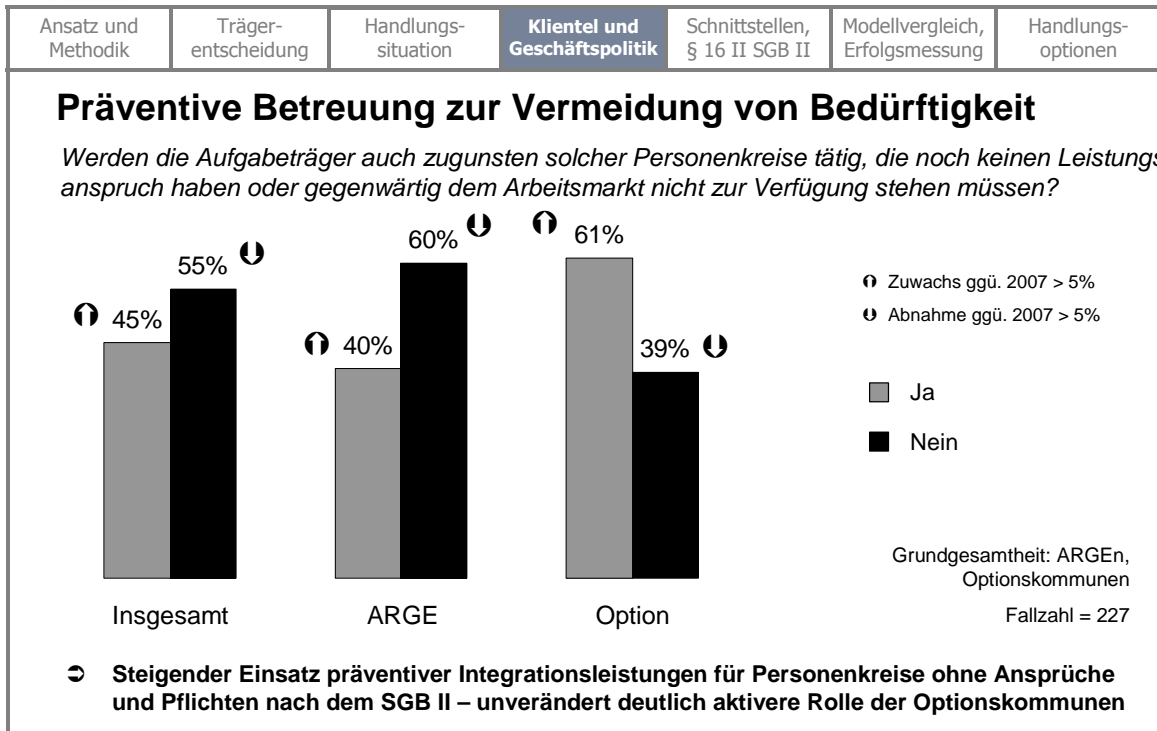
Bei der Betreuung welcher Zielgruppen werden im Jahr 2008 Schwerpunkte gesetzt?

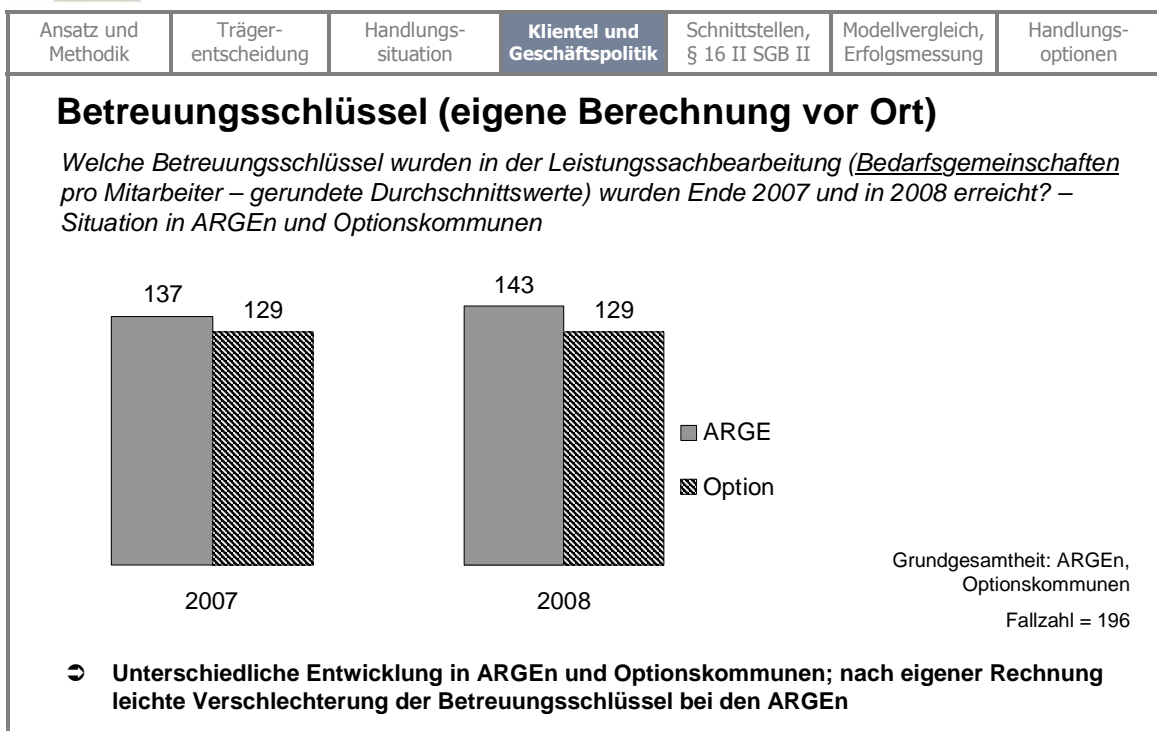
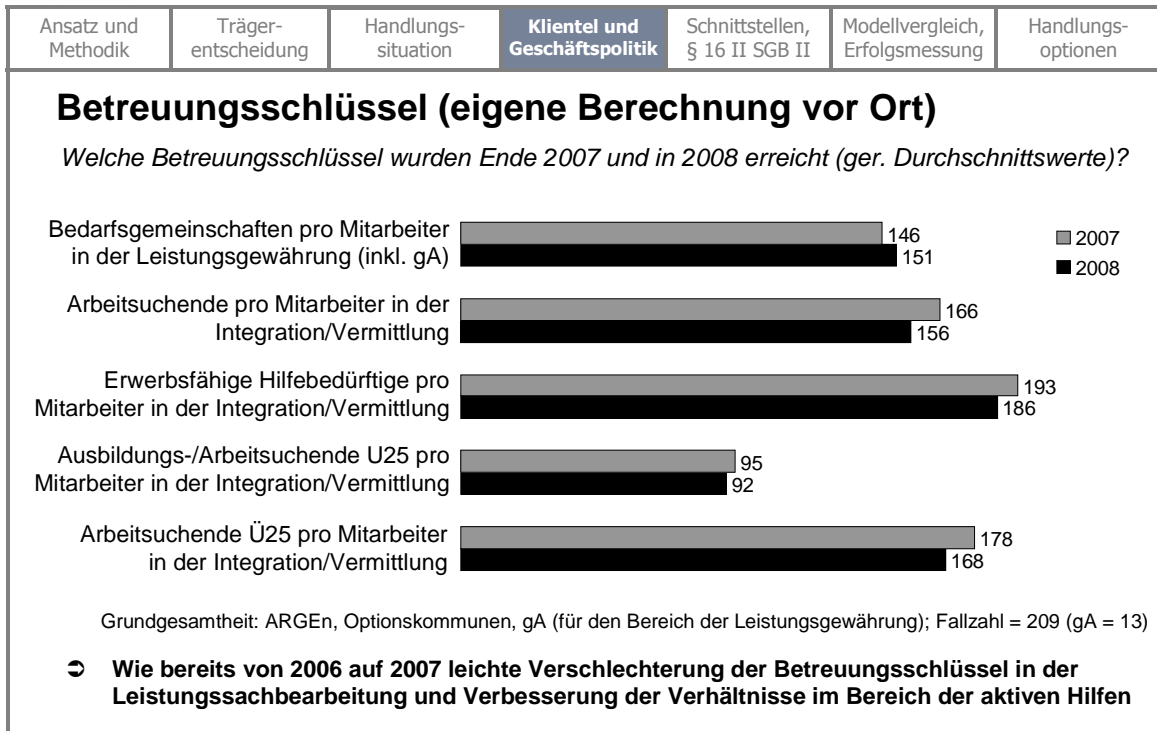


➔ Erwartbare Zielgruppendifferenzierung auch in den ARGEn, für spezifische Klientel erneut vor allem in den Optionskommunen (wie bereits 2006 und 2007)





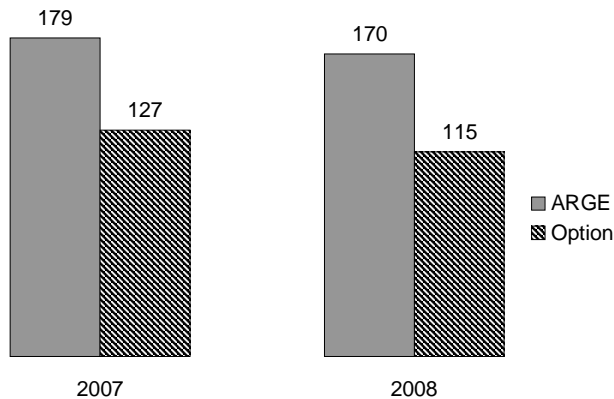




Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Betreuungsschlüssel (eigene Berechnung vor Ort)

Welche Betreuungsschlüssel wurden in der Integration/Vermittlung (Arbeitsuchende pro Mitarbeiter – Durchschnittswerte) wurden Ende 2007 und in 2008 erreicht? – Situation in ARGEn und Optionskommunen



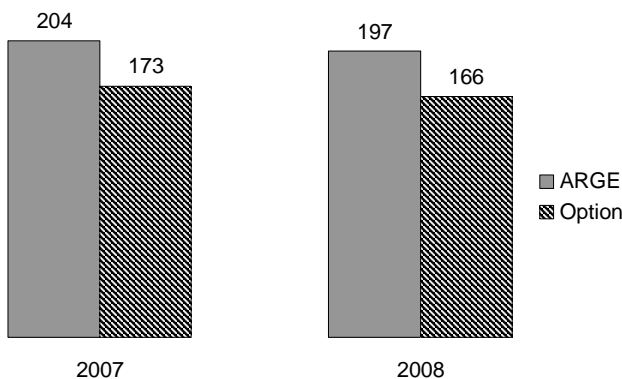
Grundgesamtheit: ARGEn, Optionskommunen
Fallzahl = 85

- ➔ Deutliche Verbesserung der Personalschlüssel bei der Vermittlung und Integration von Arbeitsuchenden – nach eigener Berechnung erneut vor allem in den Optionskommunen

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

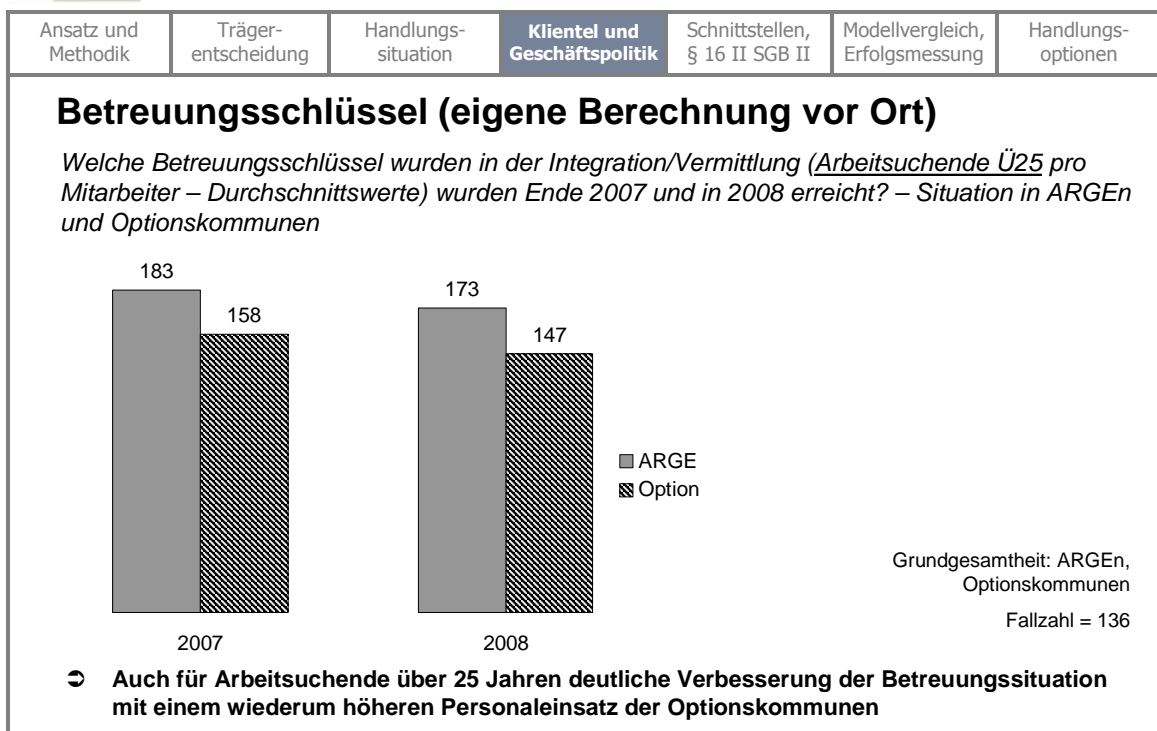
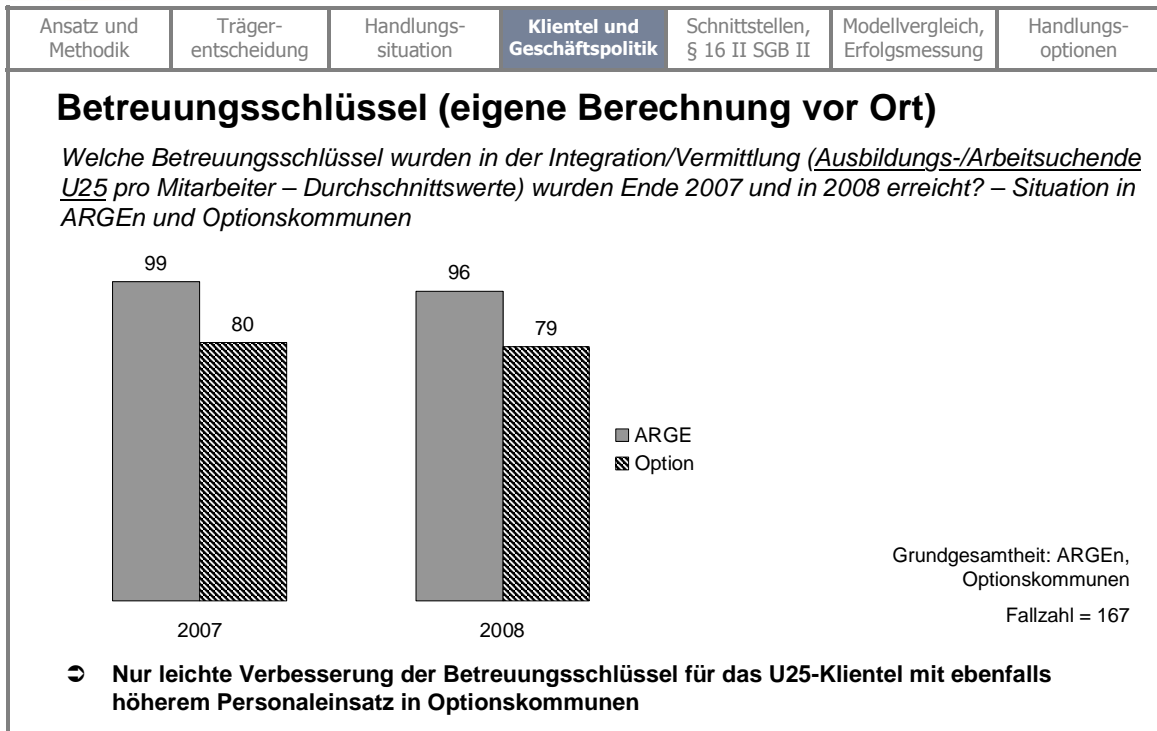
Betreuungsschlüssel (eigene Berechnung vor Ort)

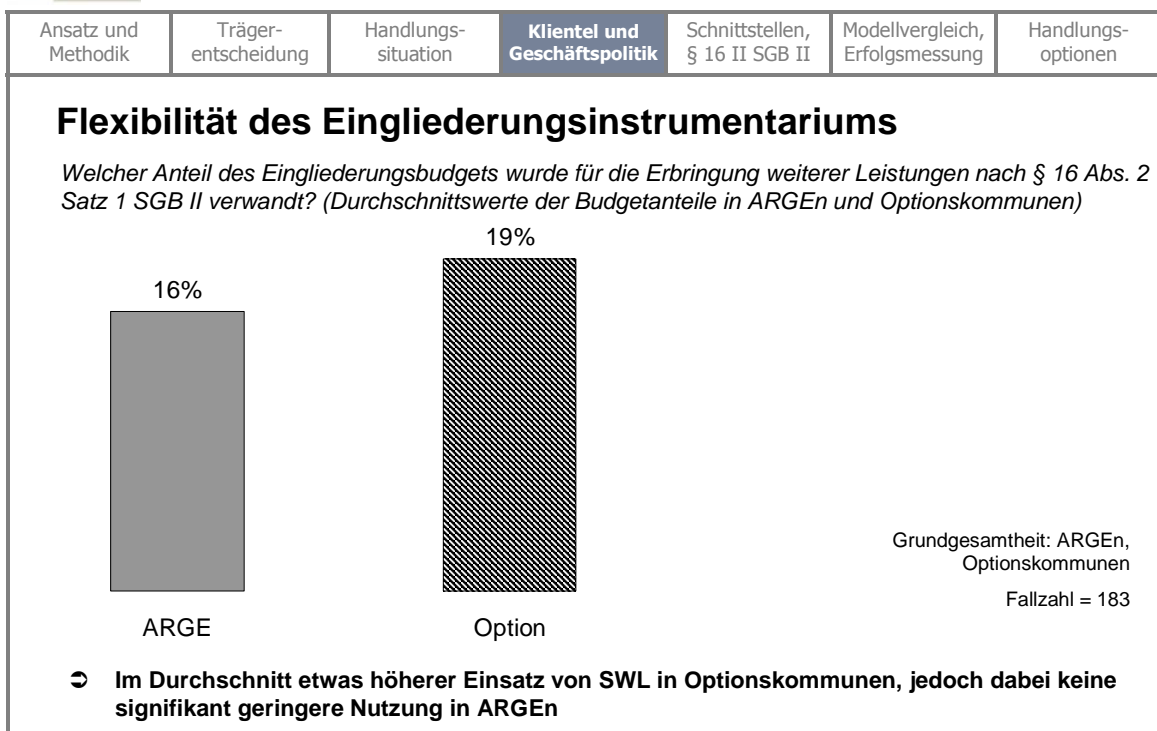
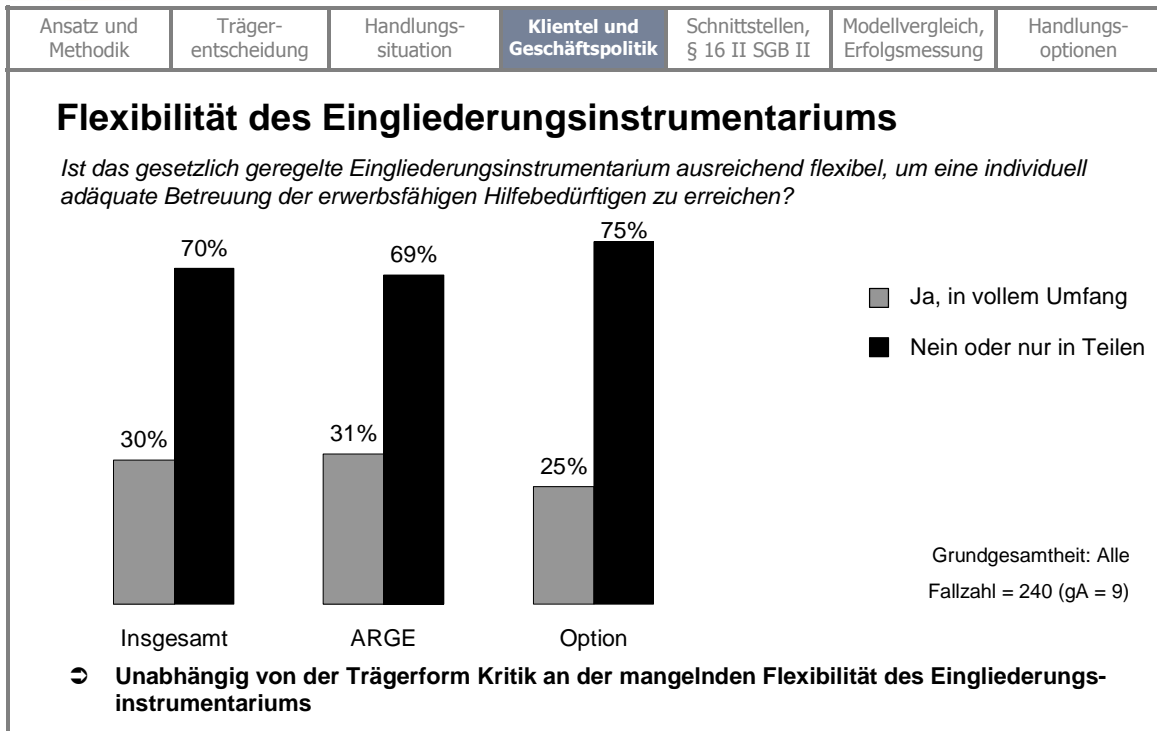
Welche Betreuungsschlüssel wurden in der Integration/Vermittlung (erwerbsfähige Hilfebedürftige pro Mitarbeiter – Durchschnittswerte) wurden Ende 2007 und in 2008 erreicht? – Situation in ARGEn und Optionskommunen

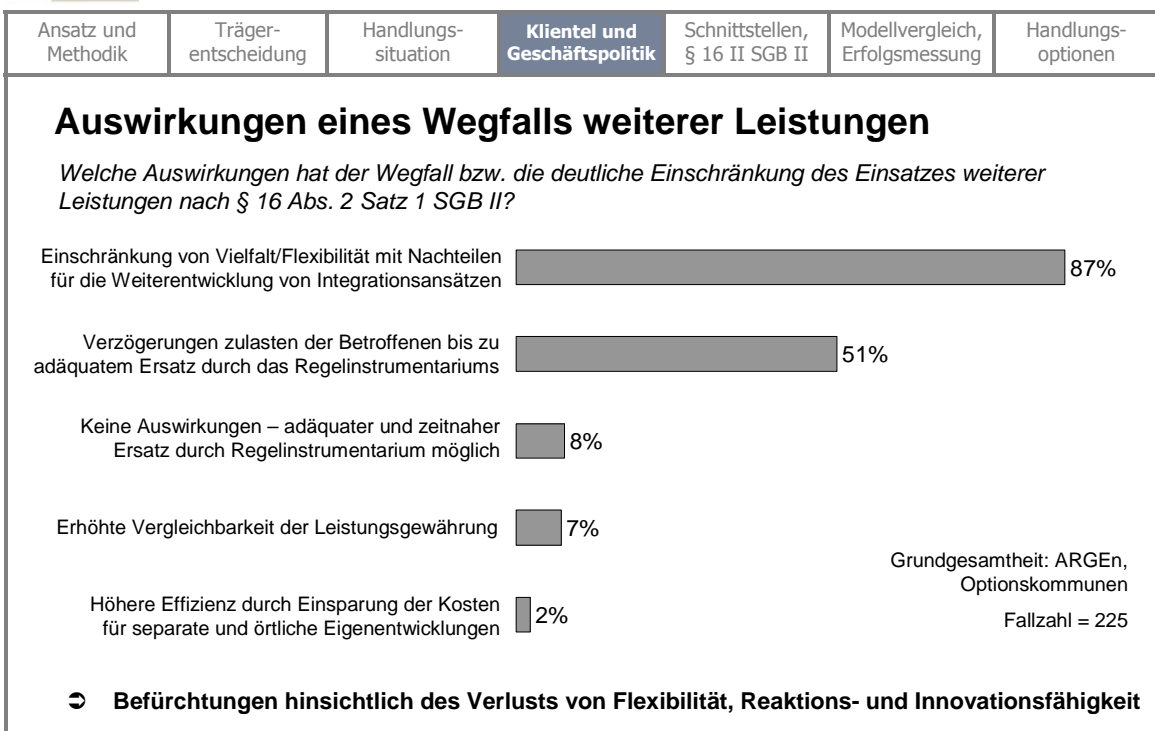
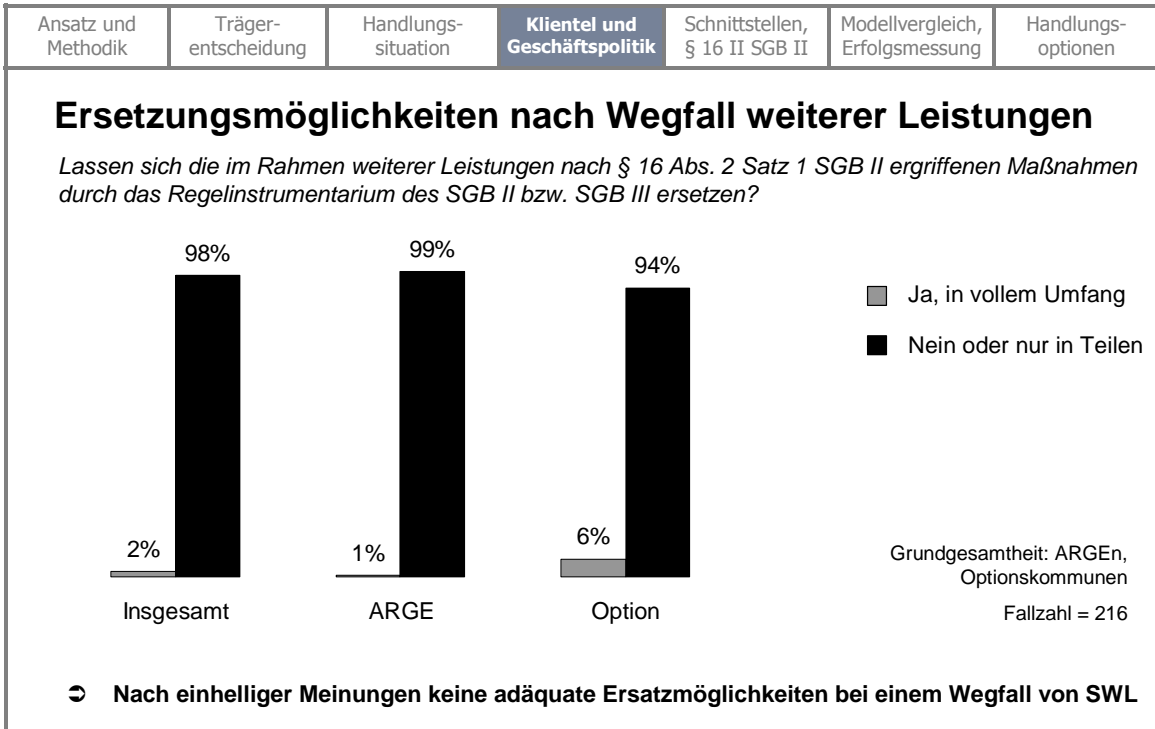


Grundgesamtheit: ARGEn, Optionskommunen
Fallzahl = 111

- ➔ Analoge Verbesserung der Personalschlüssel bei der Vermittlung und Integration von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen







Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Klientel und geschäftspolitische Ansätze

- Nach einhelliger Einschätzung der Akteure vor Ort **Zunahme von schwer Vermittelbaren** als Ausweis bisheriger Vermittlungserfolge und einer sich aufgrund der Marktlage verändernden Klientelstruktur
- Für die **überregionale Vermittlung** relativ **hohe Bedeutung von Angeboten in Nachbarkommunen** (vor allem in kleineren Kreisen, im Norden und Osten), jedoch **nicht außerhalb einer Tagespendler-Distanz** (erneut am ehesten im Norden und Osten)
- In der Integrationsstrategie gegenüber den Vorjahren erkennbare **Verstärkung von klientelgerechten Förderansätzen** (auch in den ARGEn) sowie der diversen Vermittlungsbemühungen (explizit in den Optionskommunen, eher geringer Zuwachs in den ARGEn)

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	--------------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- **Fortgesetzte Zielgruppendifferenzierung** als Ergebnis einer zunehmenden Konsolidierung bei den Fallzahlen und einer voranschreitenden Professionalisierung
- Erwartbare **Zielgruppendifferenzierung auch in den ARGEn**, für spezifische Klientel erneut **vor allem in den Optionskommunen** (wie bereits 2006 und 2007)
- Im Hinblick auf das Eingliederungsinstrumentarium **unveränderte Dominanz von eher wenigen Standardmaßnahmen** (Lohnsubventionen, MAEs usw.) – hier bei Übereinstimmungen im Grundinstrumentarium differenzierterer Einsatz in den Optionskommunen
- Unabhängig von der Trägerform **mehrheitlicher Einsatz einer markt-/integrationsbezogenen Differenzierung des Klientels**: In ARGEn Nutzung von BA-Konzepten, in Optionskommunen Einführung eigener Systematiken (Letztere auch häufiger mit speziellen Maßnahmen und Handlungskonzepten)

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

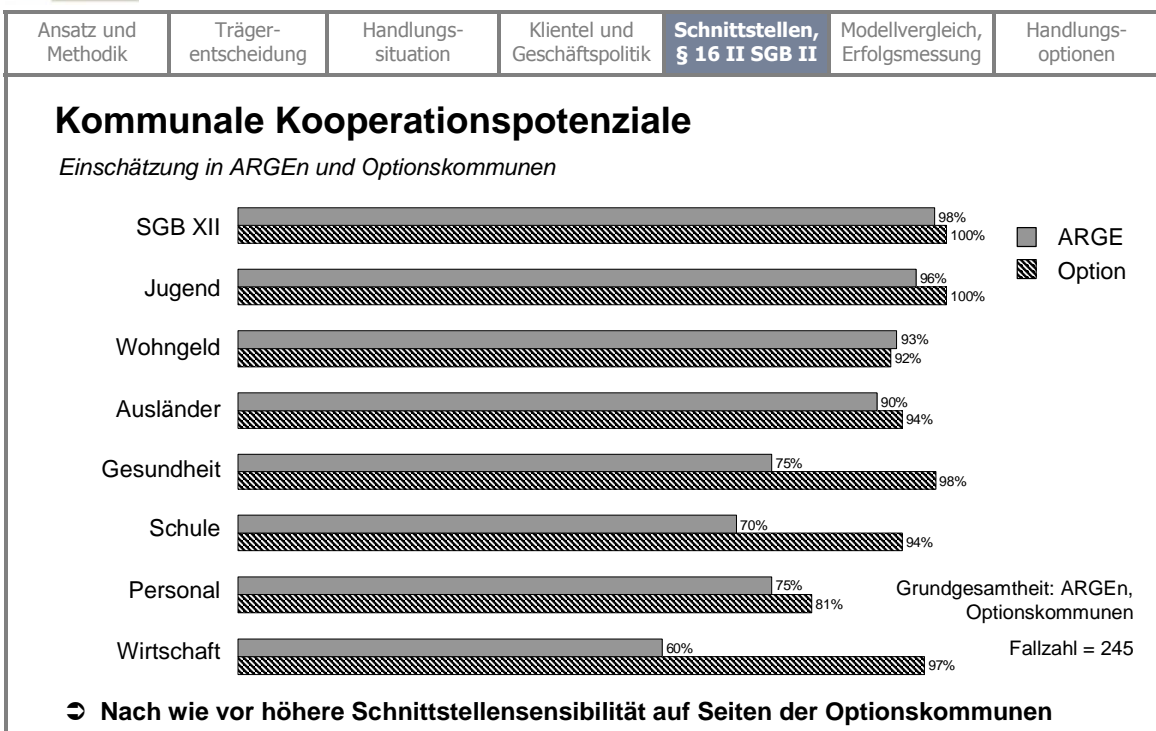
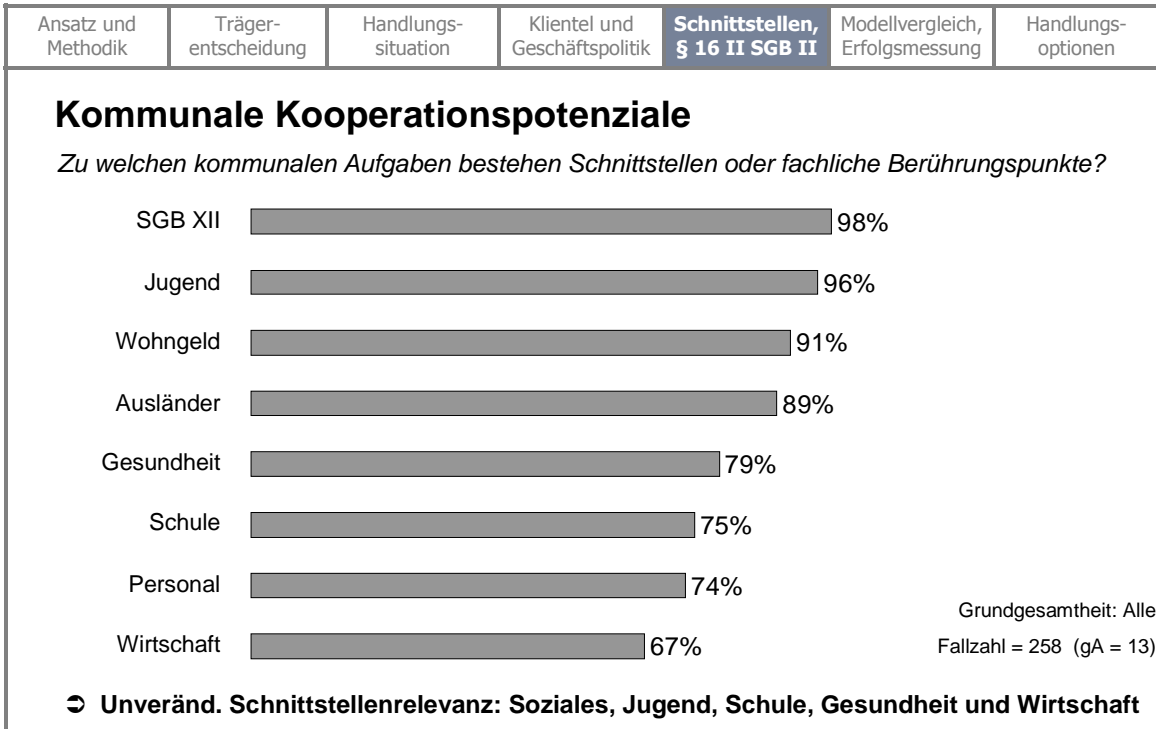
(Forts.)

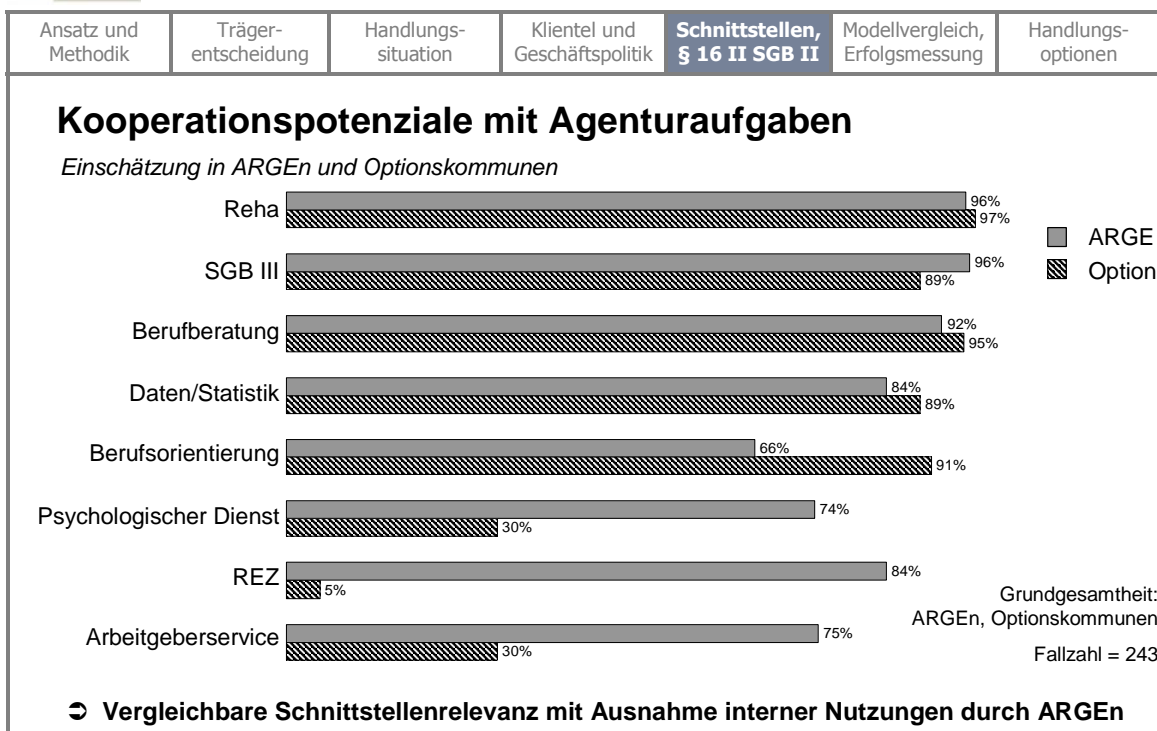
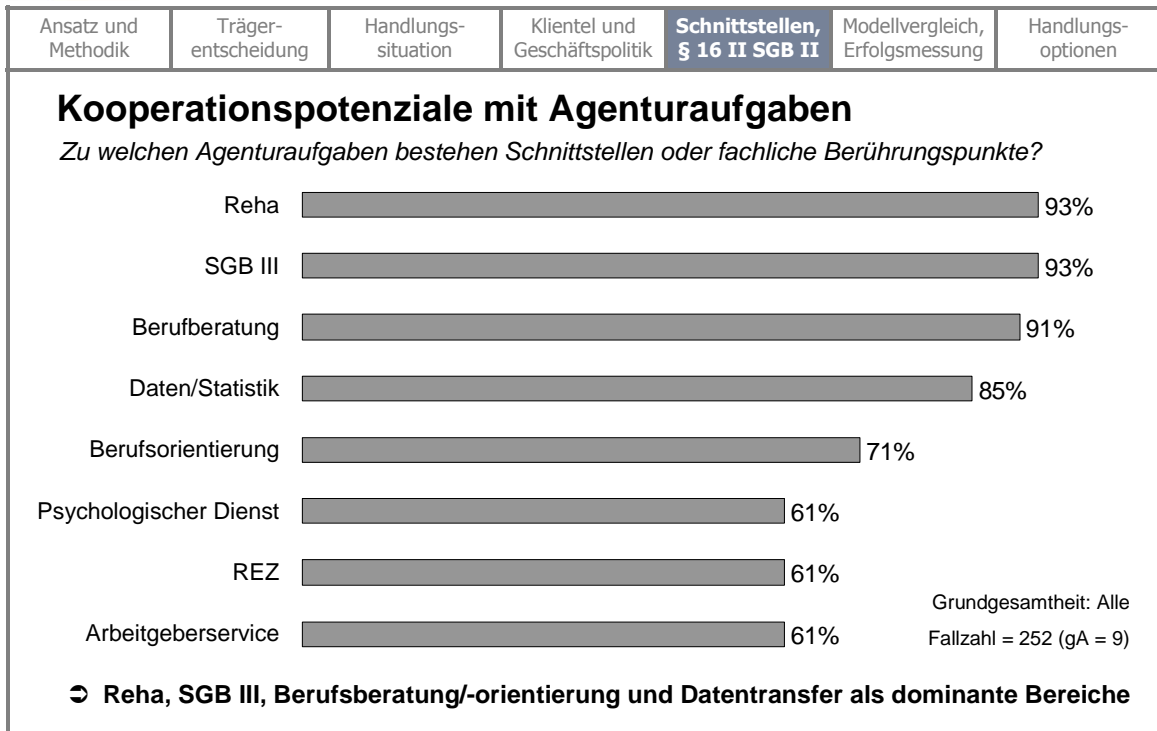
- **Zunehmender Einsatz präventiver Integrationsleistungen** für Personenkreise ohne Ansprüche und Pflichten nach dem SGB II – hier unverändert deutlich aktivere Rolle der Optionskommunen
- In den ARGEn bei Prävention **Konzentration auf Leistungsbezieher, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen müssen**, und junge BG-Mitglieder – in Optionskommunen generell breitere Ansprache diverser Gruppen
- Unabhängig von der Trägerform **Kritik an der mangelnden Flexibilität des gegebenen Eingliederungsinstrumentariums**
- Mit Ausnahme der Leistungssachbearbeitung erneut **Verbesserung der Betreuungsschlüssel** mit einem durchgehend **höheren Personaleinsatz der Optionskommunen**
- Im Durchschnitt etwas höherer **Einsatz von SWL** in Optionskommunen, jedoch keine signifikant geringere Nutzung in ARGEn; nach einhelliger Meinungen **keine adäquaten Ersatzmöglichkeiten bei einem Wegfall von SWL**, stattdessen Befürchtung des Verlusts der notwendigen Flexibilität, Reaktions- und Innovationsfähigkeit

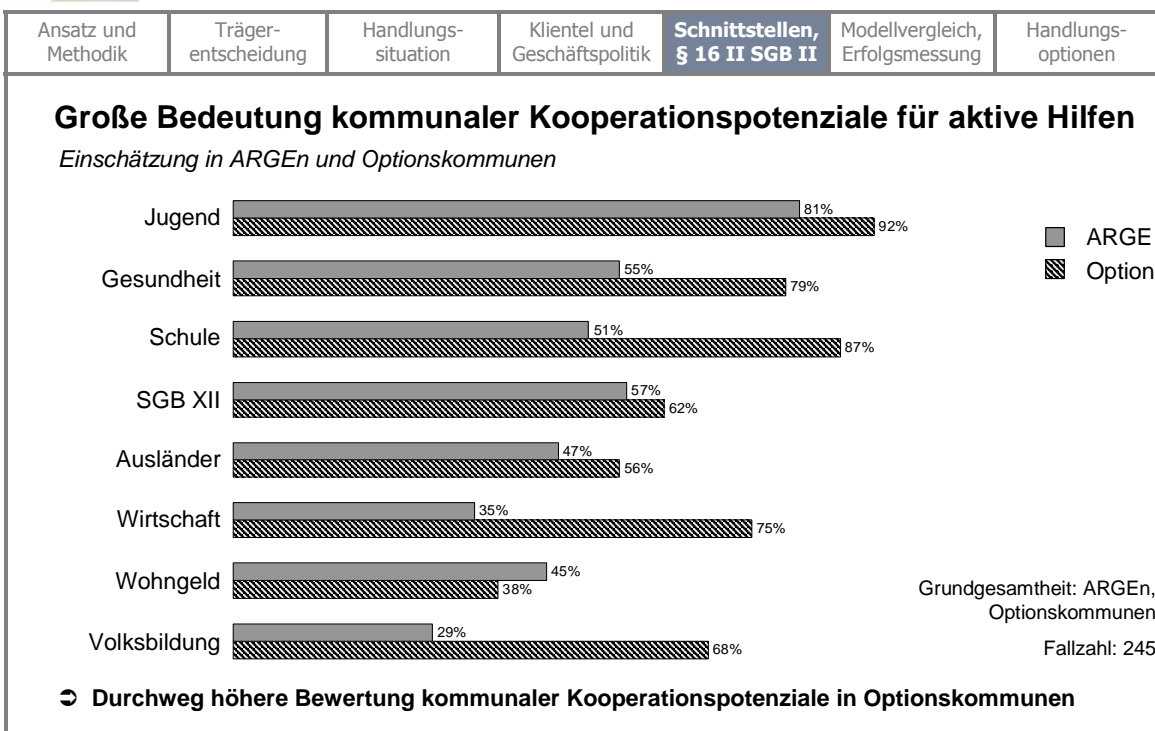
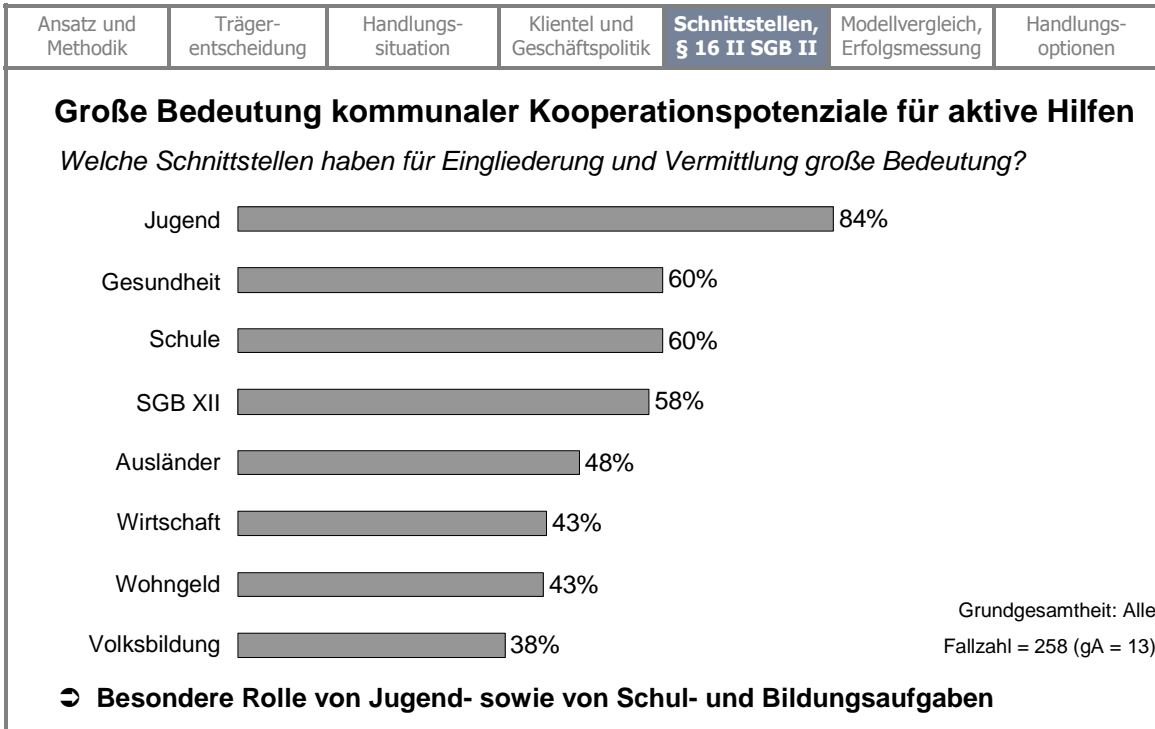
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	-------------------

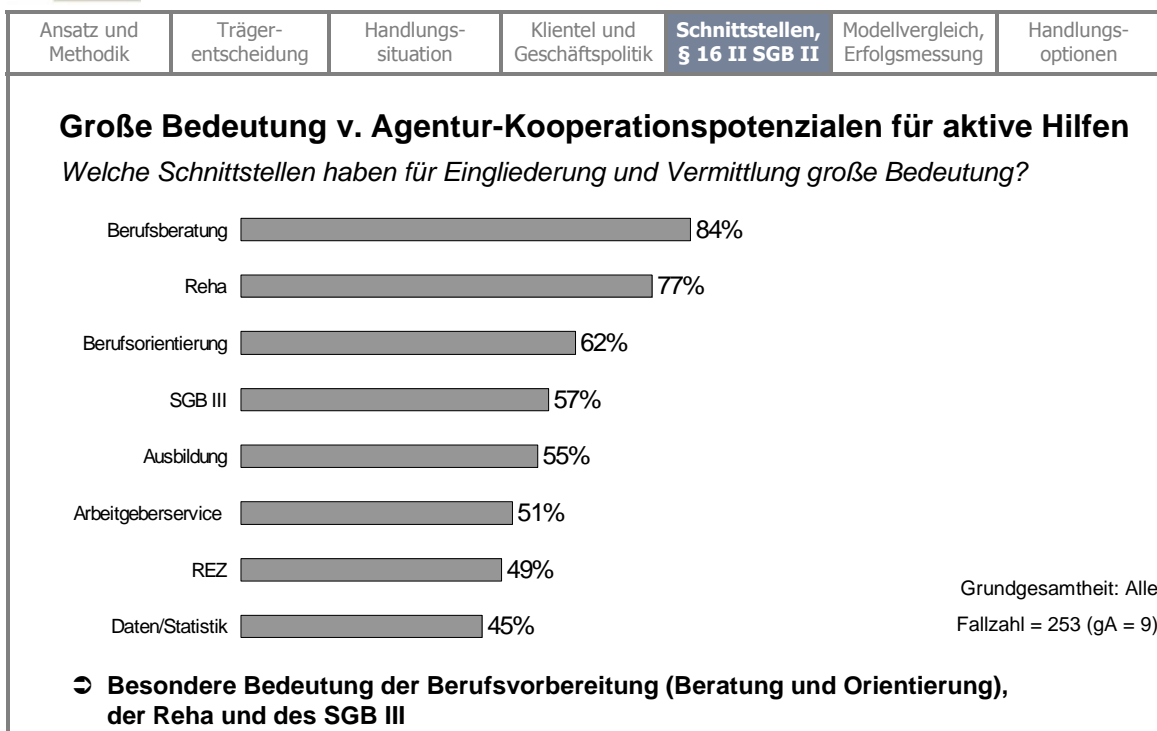
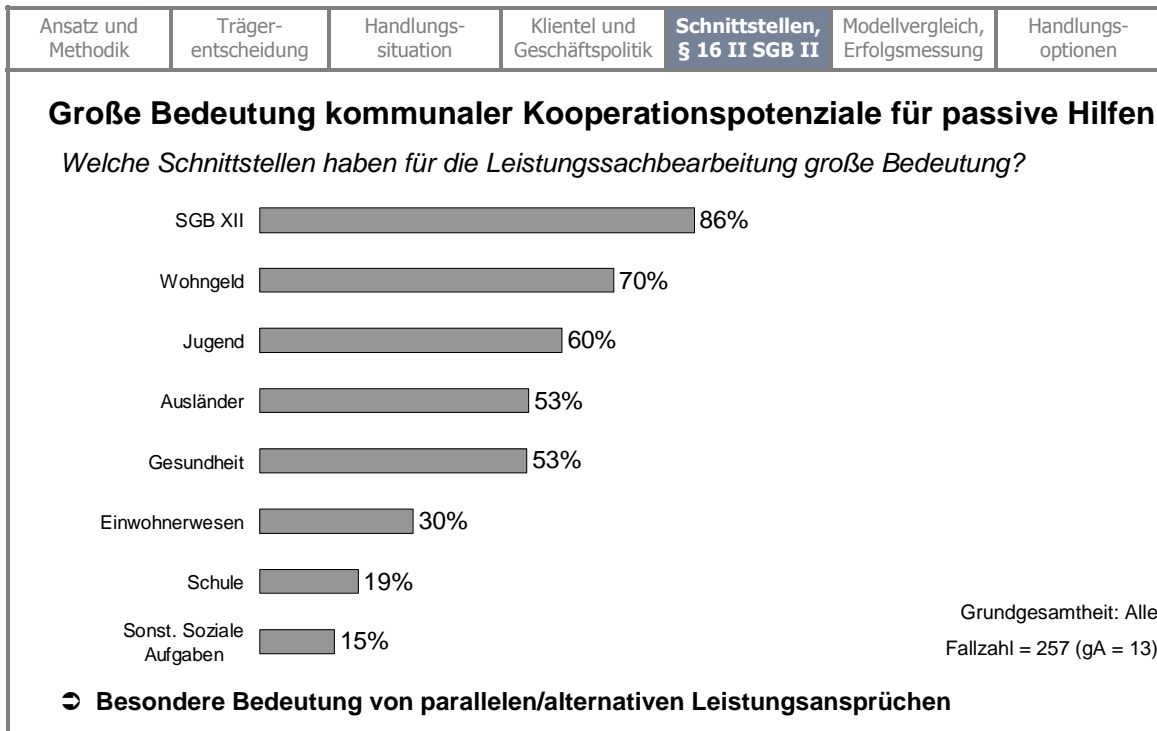
(5) Schnittstellen

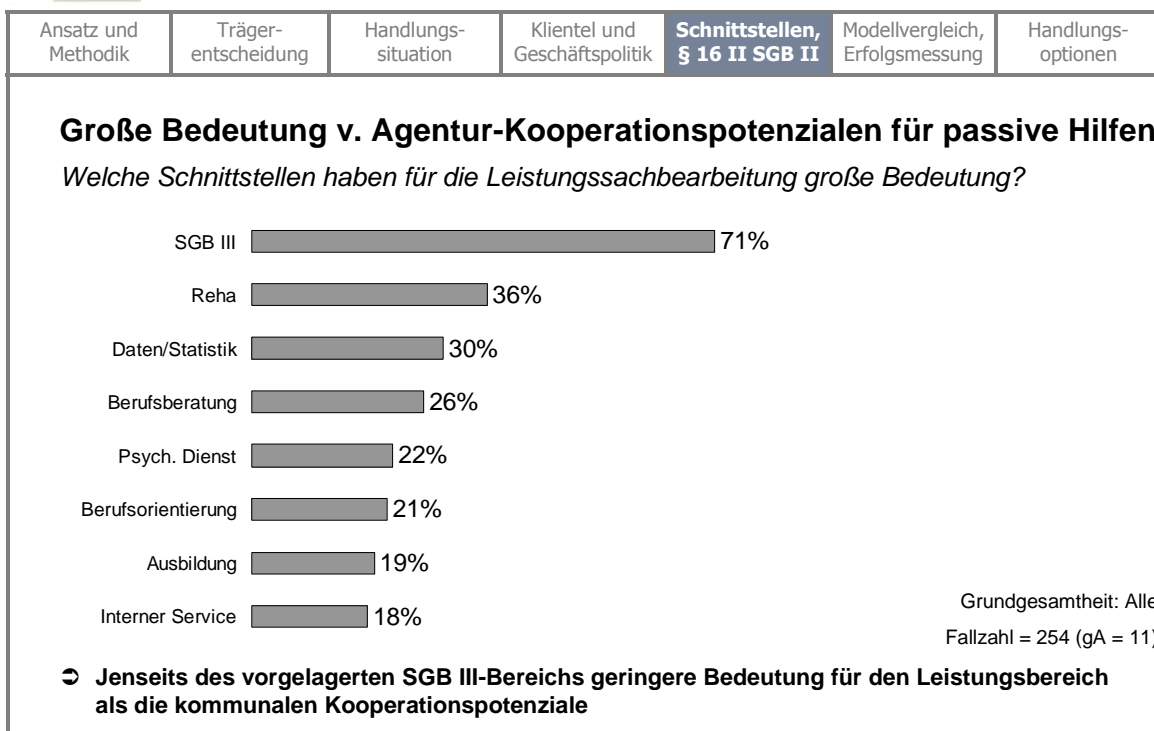
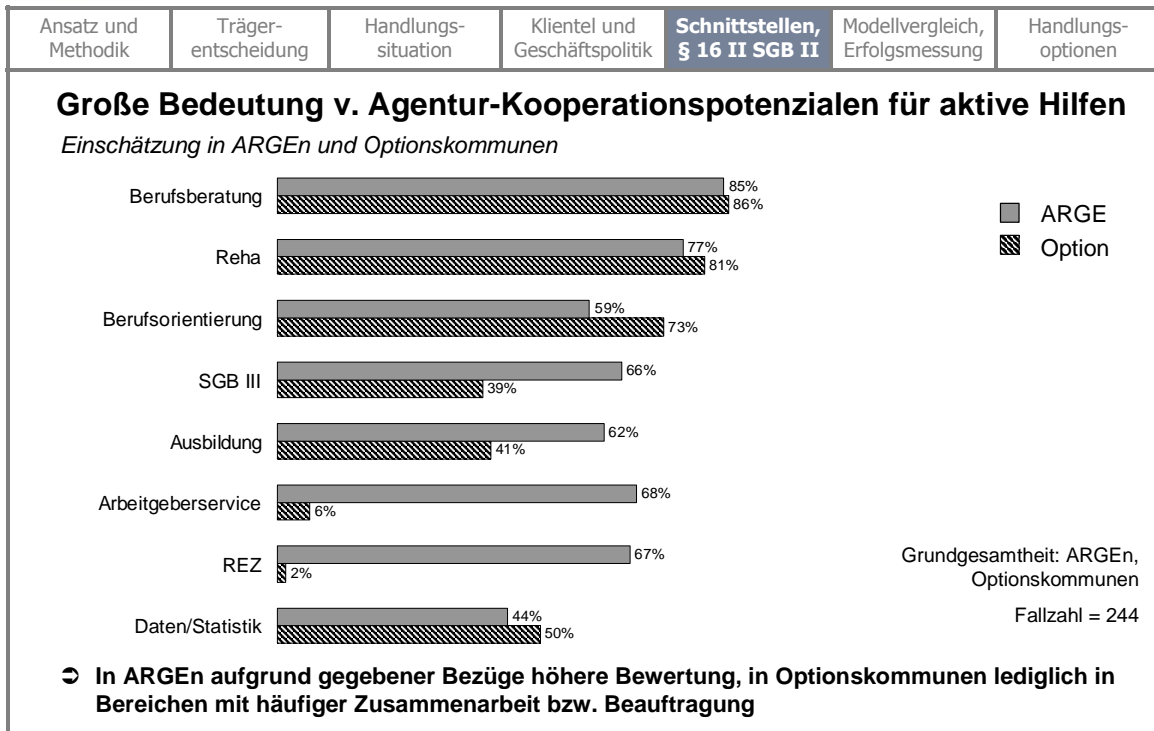
Schnittstellen, Kooperationspotenziale und flankierende Leistungen nach § 16 Abs. 2 SGB II







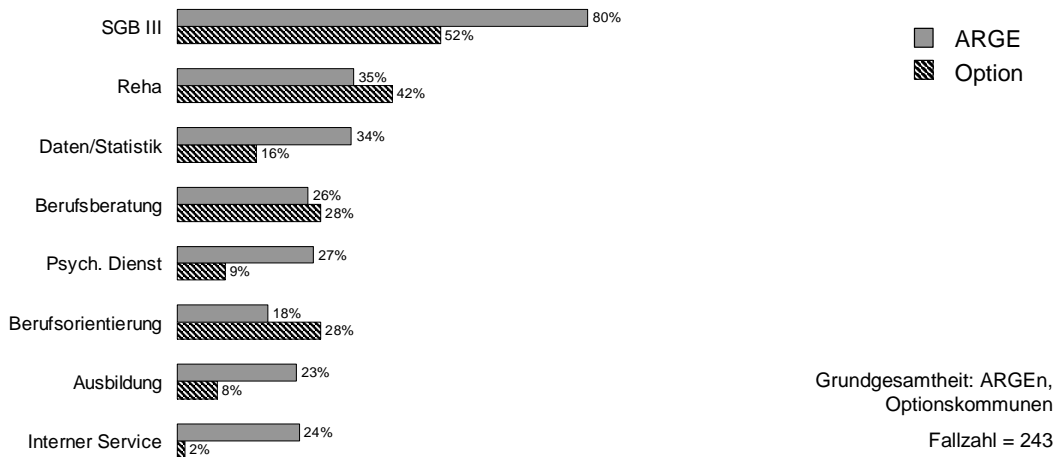




Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	-------------------

Große Bedeutung v. Agentur-Kooperationspotenzialen für passive Hilfen

Einschätzung in ARGE n und Optionskommunen

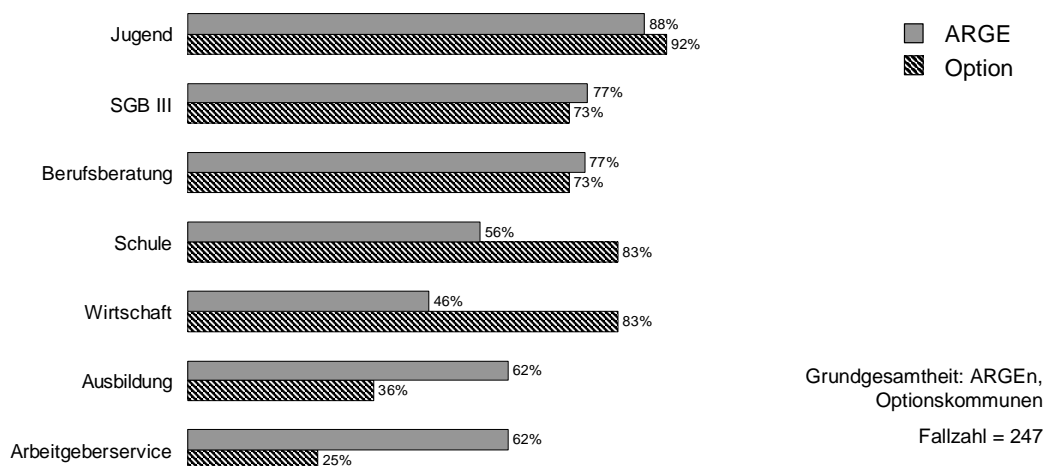


⇒ In ARGE n erneut etwas höhere Bewertung der gegebenen leistungsrechtlichen Bezüge, jedoch nicht in vollständiger Differenz zu den Einschätzungen der Optionskommunen

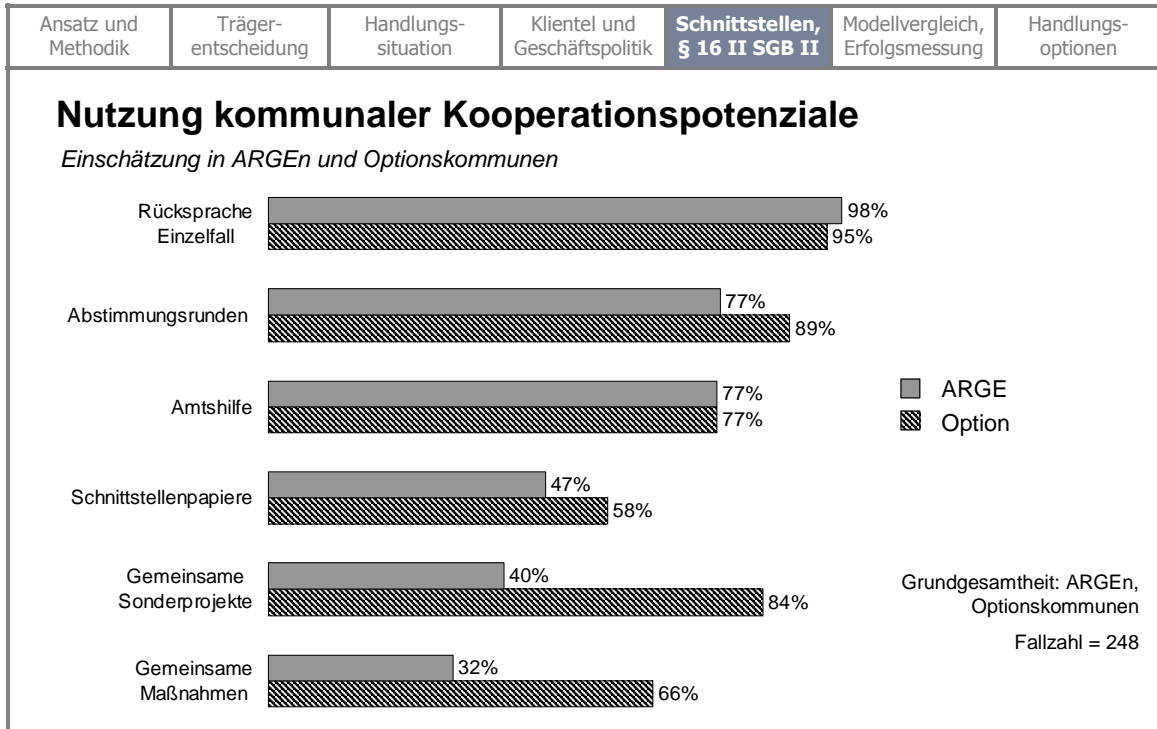
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	-------------------

Insgesamt befriedigende Kooperationspraxis

Positive Beurteilung der gegenwärtigen Kooperation und Abstimmung bei gegebenen Schnittstellen

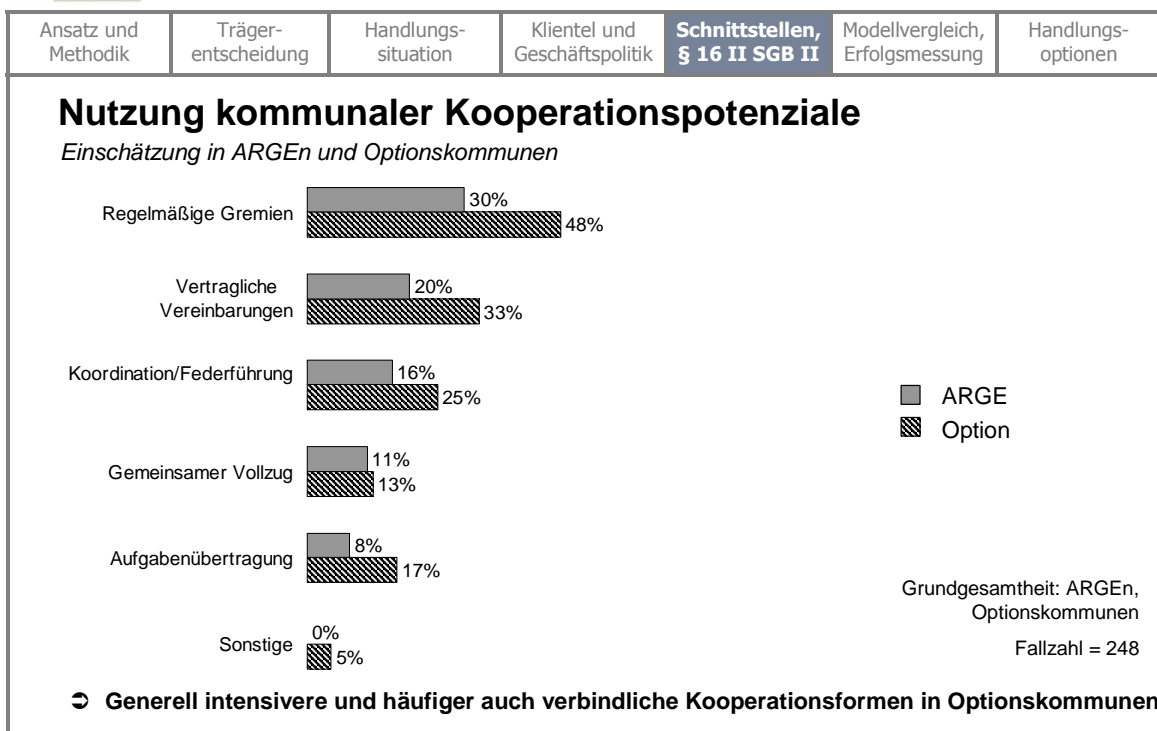


⇒ In Kernbereichen der Agenturaufgaben auch aus Sicht der Optionskommunen gute Kooperation (Ausnahme Ausbildungsplatzvermittl.), seitens der ARGE n Defizite bei kommunalen Aufgaben



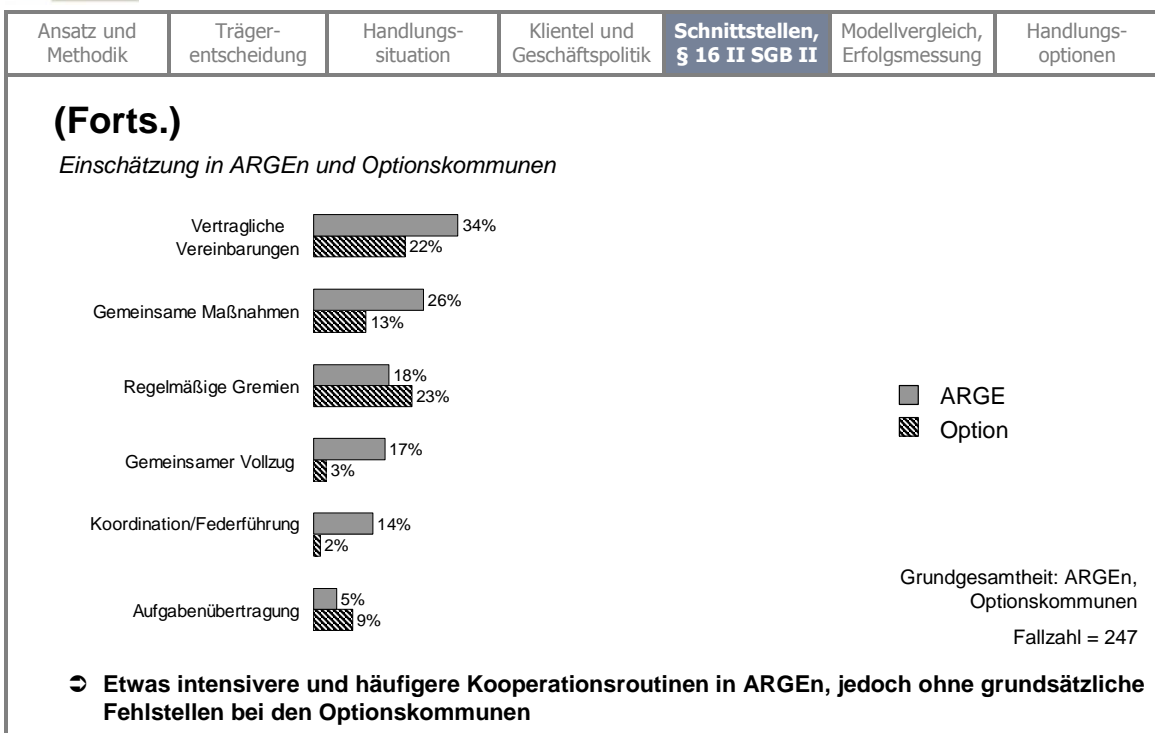
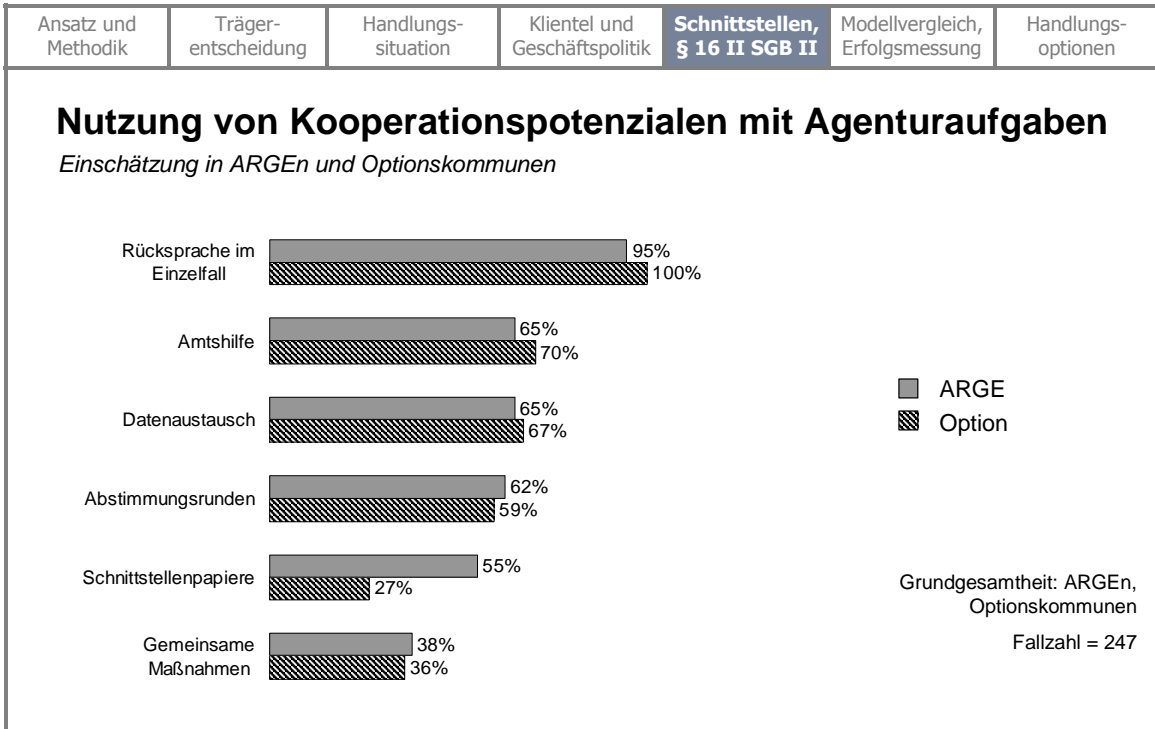
© ISE 2008

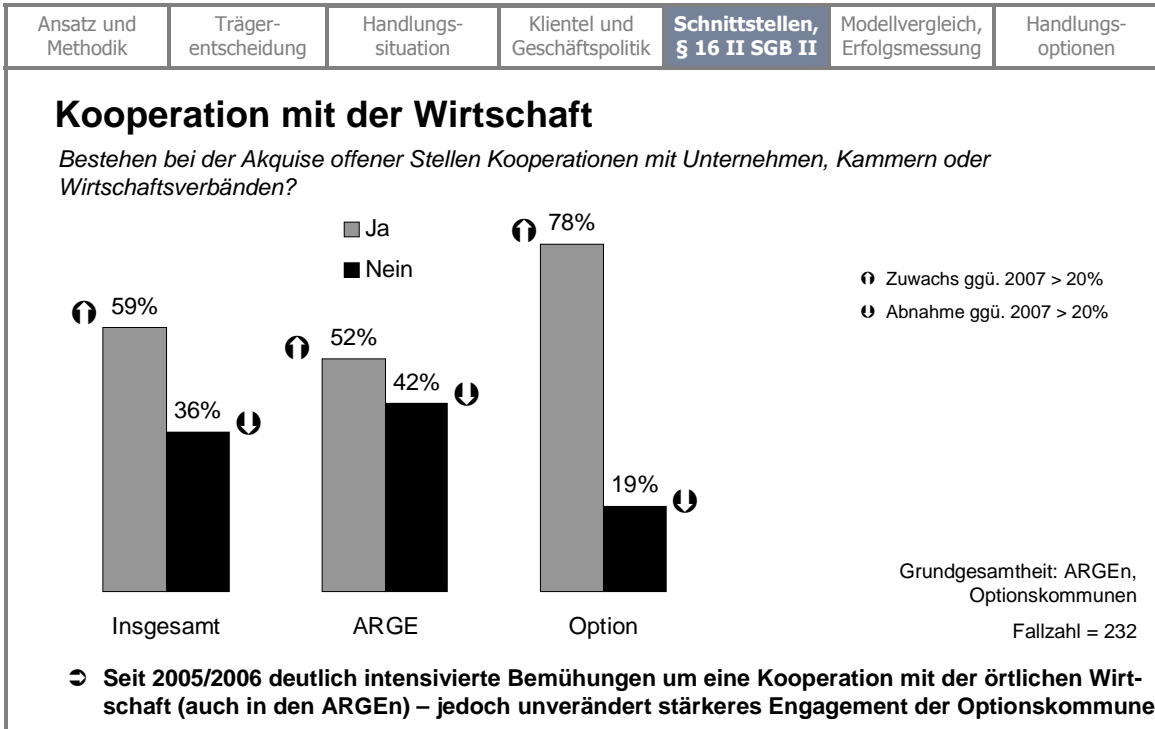
Folie 89



© ISE 2008

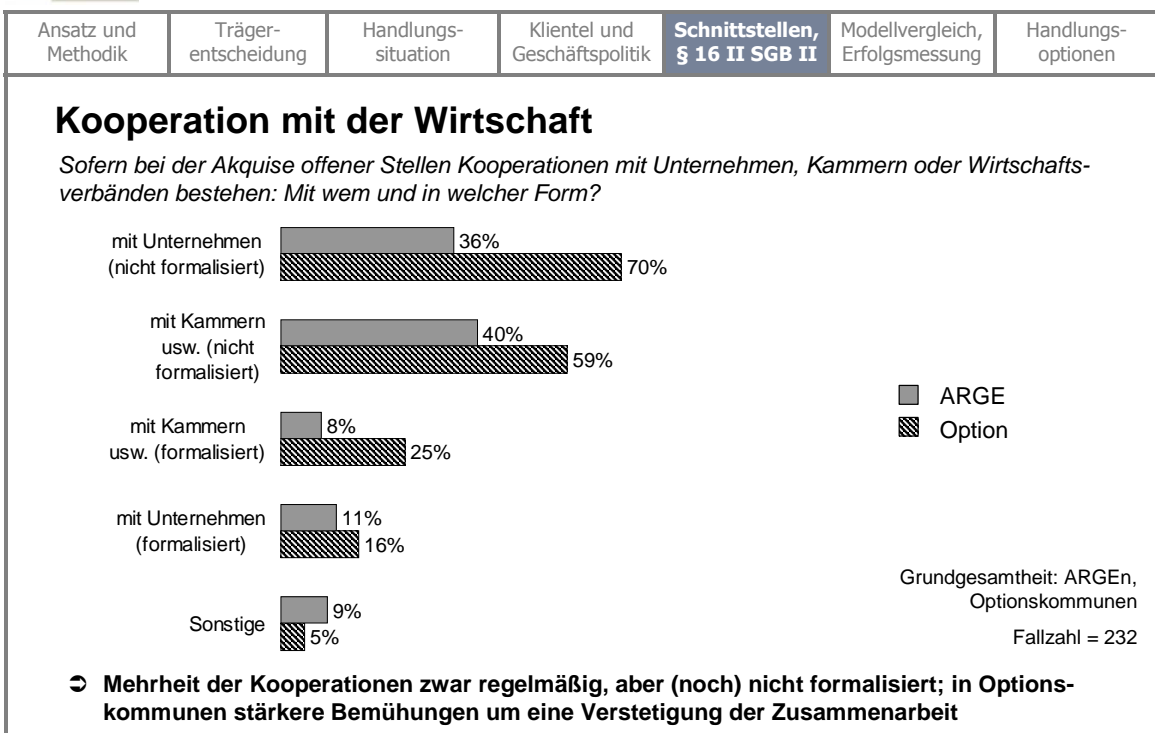
Folie 90





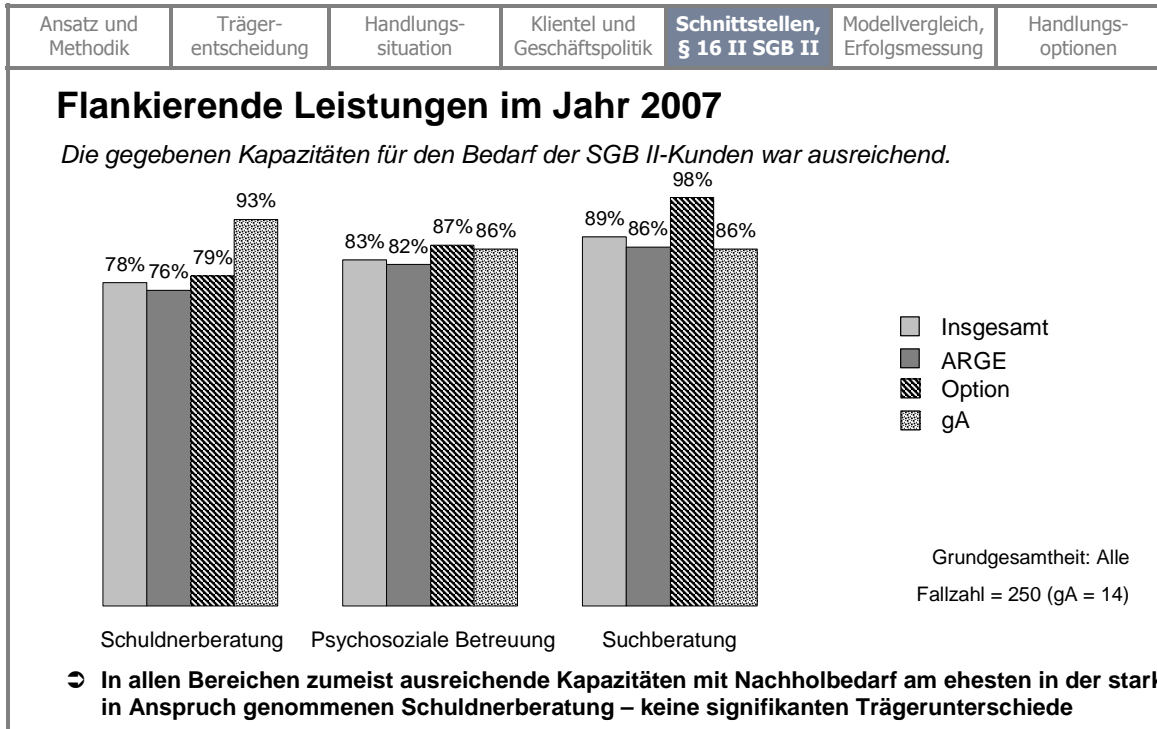
© ISE 2008

Folie 93



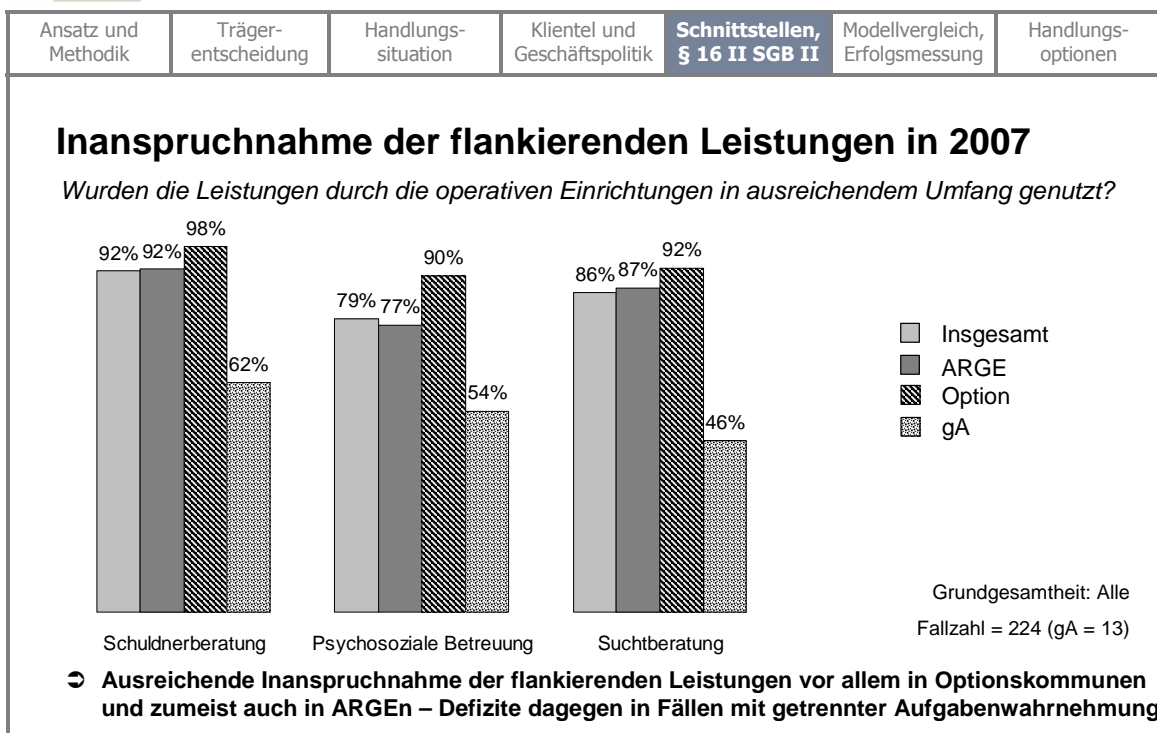
© ISE 2008

Folie 94



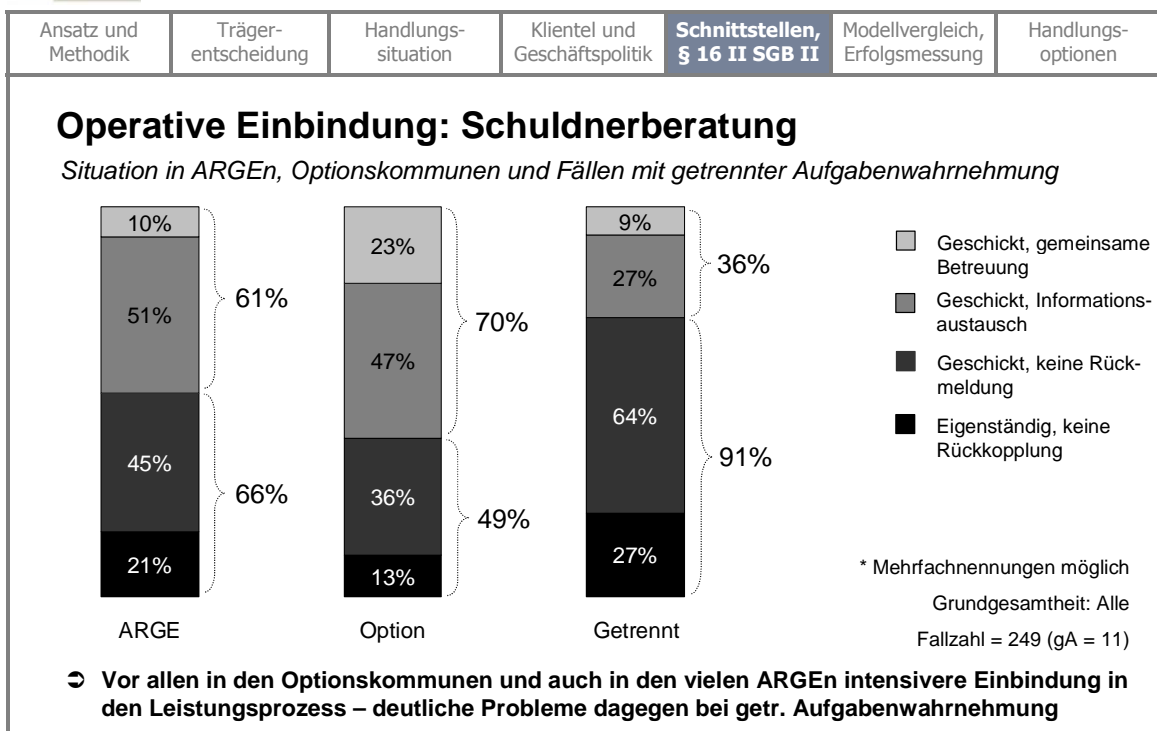
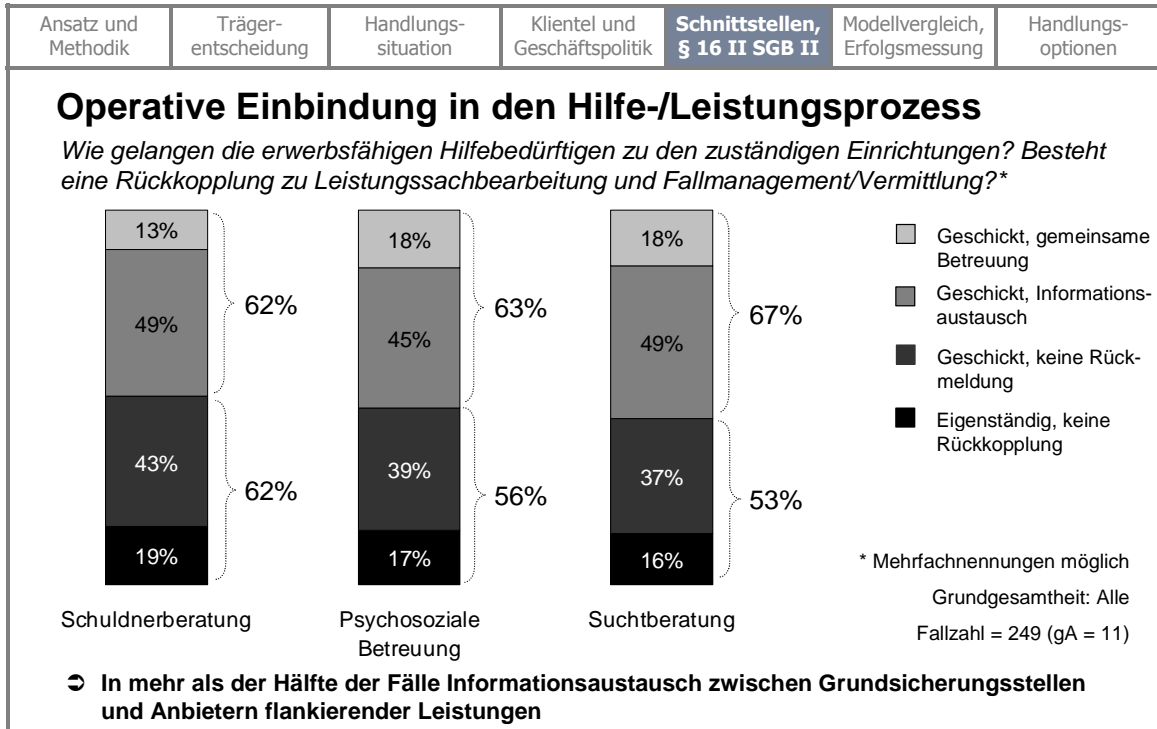
© ISE 2008

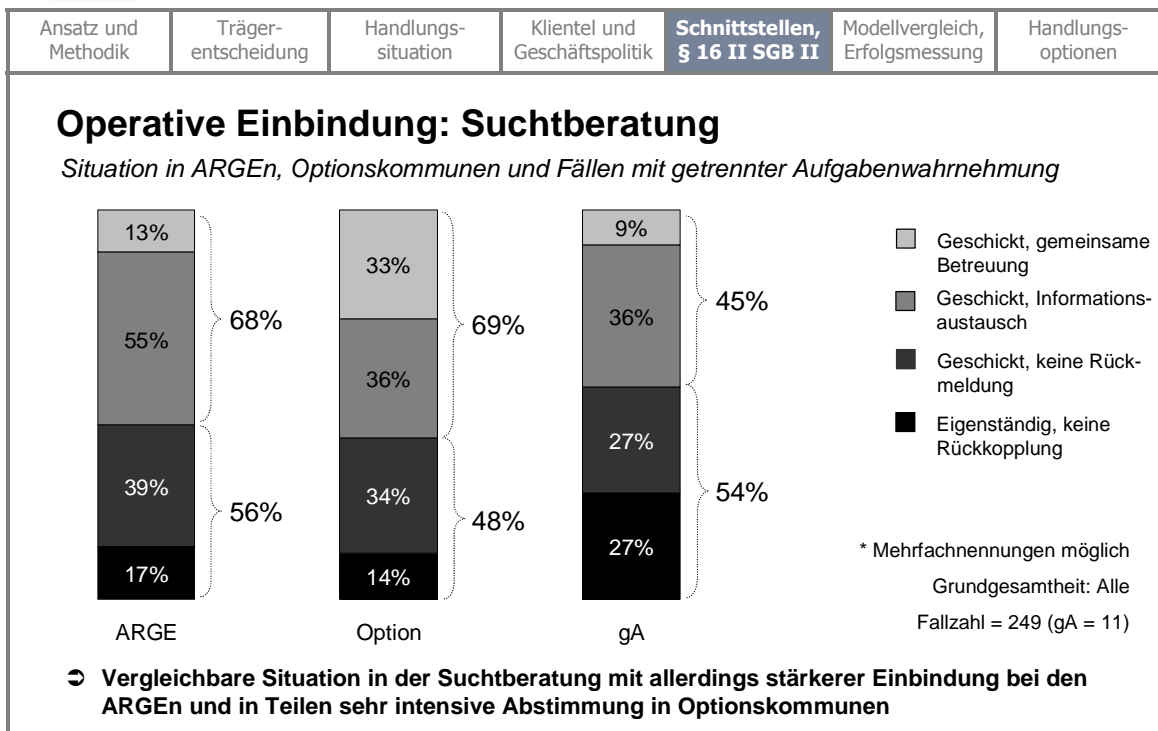
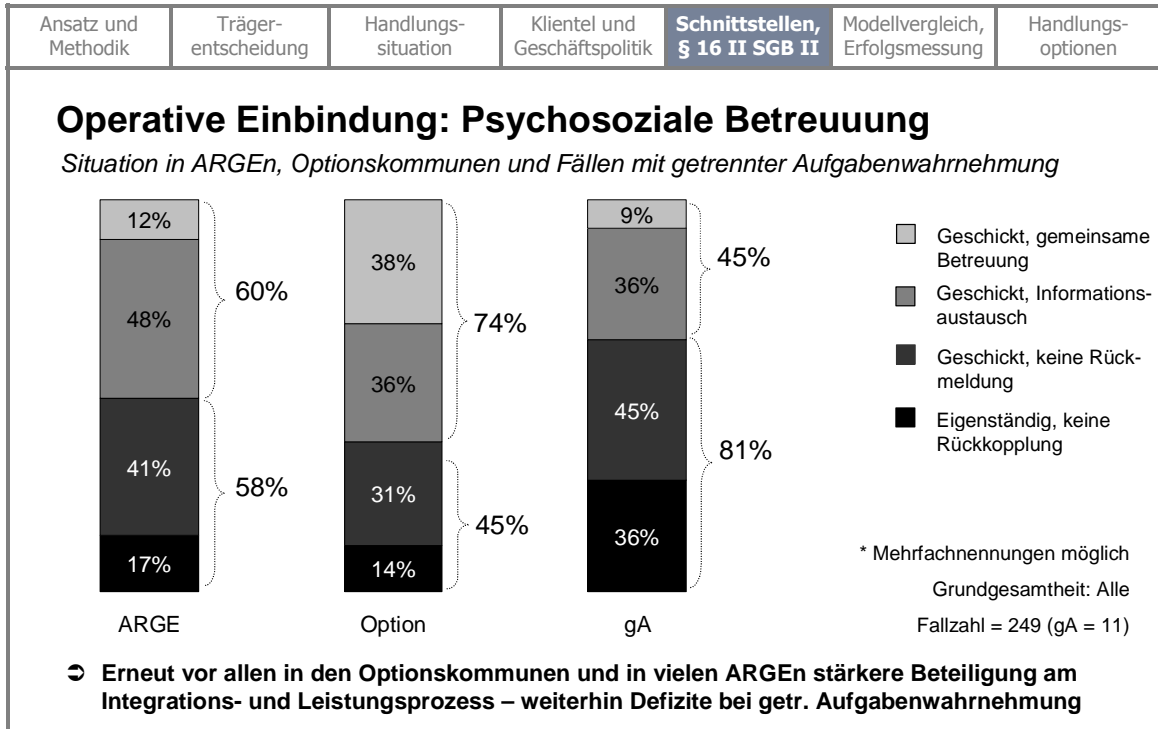
Folie 95



© ISE 2008

Folie 96





Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	-------------------

Schnittstellen und flankierende Leistungen

- Gegenüber dem **kommunalen Bereich** unverändert hohe Kooperationsrelevanz des **Sozial-, Jugend-, Schul-, Gesundheits- und Sozialbereichs**
- Dabei nach wie vor **höhere Sensibilität auf Seiten der Optionskommunen** – vor allem für Schnittstellen zu Gesundheits-, Schul-, Personal- und Wirtschaftsaufgaben
- Im Verhältnis zu den **Arbeitsagenturen** herausgehobene Bedeutung der **beruflichen Rehabilitation**, des **SGB III**, der **Berufsberatung** und der **Statistik**
- Hier **vergleichbare Schnittstellensensibilität** von ARGE n u. Optionskommunen (Psychologischer Dienst, REZ und Arbeitgeberservice als Ausnahmen)
- Im kommunalen Bereich Kooperationen bei **Jugend-, Schul- und Bildungsaufgaben für die Erbringung aktiver Hilfen besonders wichtig** – hier durchweg höhere Prioritäten der Optionskommunen

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- Für den Vollzug passiver Hilfen **Schnittstellen mit parallelen und alternativen Leistungsansprüchen in kommunaler Zuständigkeit von besonderer Bedeutung** (Jugendhilfe, Wohngeld und SGB XII als Beispiele)
- **Agenturseitig** relevante Kooperationsbezüge für den Vollzug **aktiver Hilfen** im Rahmen der **Berufsvorbereitung**, der **beruflichen Rehabilitation** und des **SGB III** (Übergänge) – hier aufgrund gegebener Zusammenarbeit höhere Sensibilität der ARGE n in allen Bereich, auf Seiten der Optionskommunen zumindest in den materiell bedeutsamen Kompetenzfeldern
- Bei **passiven Hilfen** insgesamt **reduzierte Relevanz von Agenturaufgaben** (Ausnahme SGB III – Aufstocker/Übergänge) mit einer nicht signifikant geringeren Sensibilität der Optionskommunen

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- In **Kernbereichen der Agenturaufgaben** auch aus Sicht der Optionskommunen **gute Zusammenarbeit** (Ausnahme: Ausbildungsplatzvermittlung) – seitens der **ARGEn** Verweis auf **Defizite** oder nach wie vor zu gering ausgeprägte Kooperationsroutinen **mit dem kommunalen Bereich**
- Zur **Realisierung von Kooperationspotenzialen mit Kreisaufgaben in Optionskommunen** insgesamt intensivere Nutzung von entsprechenden Verfahren und dabei öfter Rückgriff auf verbindliche Arbeitsformen
- Gegenüber den **Agenturzuständigkeiten** etwas **häufigere und intensivere Kooperationsroutinen seitens der ARGEn**, jedoch ohne grundsätzliche Fehlstellen der Optionskommunen
- Seit 2005/2006 **deutlich verstärkte Bemühungen um eine Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft** (auch in den ARGEn), dabei aber unverändert stärkeres Engagement der zugelassenen kommunalen Träger

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	---------------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- Bei **flankierenden Leistungen** zumeist **ausreichende Kapazitäten** mit Nachholbedarf am ehesten in der stark in Anspruch genommenen **Schuldnerberatung** – keine signifikanten Trägerunterschiede
- **Ausreichende Inanspruchnahme der flankierenden Leistungen** vor allem in Optionskommunen und zumeist auch in ARGEn – **Defizite** dagegen in **Fällen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung**
- In mehr als der **Hälfte der Fälle Informationsaustausch** zwischen Grundsicherungsstellen und Anbietern flankierender Leistungen
- Vor allem in Optionskommunen und auch in den meisten ARGEn **intensivere Einbindung der flankierenden Leistungen in den Integrationsprozess** – deutliche **Probleme** dagegen wiederum **in Fällen getrennter Aufgabenwahrnehmung** und der Kooperation mit den örtlich zuständigen Agenturen

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

(6) Modellvergleich

Modellvergleich, Erfolgsmessung und Relevanz von Kennzahlen

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

ARGEn und Optionskommunen im Vergleich

Vorteile der ARGE	Nachteile der Option
<ul style="list-style-type: none"> - Vernetzung der Erfahrung von Kommunen und Agenturen; räumlicher Bezug z. SGB III - Reformimpulse für die BA-Strukturen 	<ul style="list-style-type: none"> - Nur begrenzte Kooperation mit der BA (Bsp.: Gemeinsamer Arbeitsmarktbericht, Datenabgl., Reha, Ausbildungsvermittlung)
<ul style="list-style-type: none"> - Zugang zum Vermittlungssystem der BA 	<ul style="list-style-type: none"> - Eingeschränkter Zugang zu „BA-Stellen“ - Potenzielle Unübersichtlichkeit der Angebotsseite (gegenüber Arbeitgebern) - Anfängliche Probleme bei der Funktions-/ Anschlussfähigkeit örtlicher Lösungen und bei der Datenübermittlung
<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Nutzung von sonst. BA-Leistungen (Hochschulteams und REZ als Beispiele) 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine erweiterten Kooperationsroutinen aufgrund der bisherigen Konkurrenzsituation

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

(Forts.)

Nachteile der ARGE	Vorteile der Option
- Mehrere Dienstherren, verwalt.kult. Unterschiede, divergentes Tarif-/Besold.gefüge	- Strategische Personalentwicklung im Kompetenzbereich eines Dienstherren
- Keine strategische Personalentwicklung	- Inzwischen Rückführung von Befristungen
- Keine einheitliche Ressourcenverwaltung	- Einheitliche Ressourcen- und Personalverantwortung; Nutzung der kommunalen Infrastruktur (funktional und materiell)
- Keine Steuerung der KdU durch Kommune	- Vorteil einer integrierten Leistungserbring. unter Einschluss von JugH, Bildung usw.
- Mögliche Schnittstellenprobleme bei der Nutzung sozialintegrativer Leistungen	- Einheitliche Geschäftspolitik aufgrund gebündelter Aufgaben- und Vollzugsverantwortung eines Trägers
- Einseitige Weisungen und Einflussnahmen der BA (Handlungs-/Geschäftsweisg.)	- Möglichkeit zu eigenem Controlling
- Zurückhaltung/Rückzug der Kommunen	- Nutzung komm. Einrichtg. u. Erfahrungen
- Abhängigkeit v. BA-Dienstleistungen und -systemen (etwa A2LL) sowie ihrer Qualität	

© ISE 2008

Folie 107

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

(Forts.)

Nachteile der ARGE	Vorteile der Option
- Schwerfälligkeit der Trägerversammlung	- Effektivitäts-/Effizienzkontrolle durch kommunale Organe, lokale Öffentlichkeit und Gemeinden
- Schwache Position lokaler AA-GF ggü. kommunalen Hauptverwaltungsbeamten	- Einheitliche Ziele und Vorgaben sowie Vollzugsverantwortung
- Abhängigkeit vom persönlichen Verhältnis	
- Trägerkonflikte zulasten von Klientel und Vollzug	- Zusätzliche Rechenschaftspflicht ggü. der kommunalen Vertretungskörperschaft und ihrer Kontrolle
- Verflochtene und in der Praxis nur sehr eingeschränkt wirksame Aufsicht (Demokratiedefizit)	- Einbindung der besonderen Einrichtungen in die übrige Verwaltungsorganisation der Kommune
- Tendenz zur Verselbständigung als Reaktion auf Abstimmungsbedarfe mit den Trägern und aufgrund fehlender Aufsichtsbezüge	- Möglichkeit der Haftbarmachung bei fehlerhaftem Vollzug

© ISE 2008

Folie 108

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

Zur Situation bei getrennter Aufgabenwahrnehmung

- **Vorteile** der separaten Erledigung kommunaler und agenturseitiger Aufgaben:
 - **Reduzierung etwaiger Konflikte und Koordinationsbedarfe** auf die unmittelbar erforderliche Zusammenarbeit bei der Leistungsberechnung und der Bereitstellung/In-Anspruchnahme flankierender Leistungen
 - **Begrenzung des** bei einem eigenständigen oder gemeinsamen Vollzug höheren **Personal-, Ressourcen- und Zeitaufwandes** für die Abstimmung zwischen den Trägern
 - **Unmittelbare Kostenkontrolle der Kommune** im Hinblick auf KdU und einmalige Leistungen
 - **Vermeidung uneinheitlicher Personalkörper** bei Kommune und Agentur (Jobcenter)
 - **Keine Bundesaufsicht über die Kommune** (wie ansonsten bei ARGE n und zugelassenen Trägern)
 - Jederzeit gegebene **Möglichkeit, eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung (ARGE) aufzubauen**; bis dahin **Option einer flexiblen und themenbezogenen Zusammenarbeit**
- **Nachteile** der getrennten Aufgabenwahrnehmung:
 - **Kein Einfluss auf** die Gestaltung der **lokalen Arbeitsmarktpolitik** durch die Kommune
 - **Verzicht auf eine** mit dem SGB II **abgestimmte soziale Daseinsvorsorge** im örtlichen Kontext
 - **Keine Möglichkeit zur direkten Beeinflussung der Nutzung kommunaler Kooperationspotenziale**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

(Forts.)

- Faktische **Abhängigkeit der Kommune** von der Leistungssachbearbeitung/-berechnung der Agentur
- Trotz direkter kommunaler Kostenkontrolle bei KdU **kein Einfluss auf** die miteinander **verknüpfte Leistungsgewährung und die Integrationsansätze der Agentur**
- Aufgabe bzw. **Behinderung der einheitlichen Berechnung** von Leistungsansprüchen
- Mögliche **Abkopplung der Bedarfsplanung und operativen Ausgestaltung** von sozialintegrativen Leistungen
- **Vernachlässigung der flankierenden Angebote nach § 16 Abs. II Nr. 2-4 SGB II** im Rahmen der aktiven Hilfen nach dem SGB II durch die Jobcenter der Agenturen
- **Zu starker Fokus** der bei den Agenturen geführten Jobcenter **auf kurzfristige Vermittlungserfolge** – Vernachlässigung der sozialintegrativen und präventiven Handlungsbedarfe bei einer Klientel mit multiplen und/oder künftigen Hilfeansprüchen
- Zulasten der Hilfebedürftigen gehender **Abstimmungs- und Koordinationsaufwand** der Träger
- Überlastung der Kommunen durch einen zu hohen Personalstand der nicht an die ARGE abgegebenen Mitarbeiter (getrennte Aufgabenwahrnehmung als für viele Kreise und Städte beschränkte Option)
- ➔ **Getrennte Aufgabenwahrnehmung als Möglichkeit zur Absicherung der unmittelbaren kommunalen Verantwortlichkeit nach dem SGB II, jedoch mit erheblichen Nachteilen für den einheitlichen Vollzug und die gesamthafte Ausgaben-/Ausgabensteuerung**

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	---------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	--------------------

Spezifika der Trägermodelle und Kapazitätsunterschiede

- **Binnenorganisation als wichtiger Erfolgsfaktor, überregionaler Marktzugang nachrangig**
- Höhere „**Abnutzungserscheinungen**“ beim **Leistungs- u. operativen Personal der ARGEn** aufgrund von Schnittstellen, Steuerungskonflikten, Software-Problemen und Unterschieden in der Verwaltungskultur; Spannungen vor allem in ARGEn mit kommunalen Geschäftsführern
- Größere **Beweglichkeit der Option** im organisatorischen, personalwirtschaftlichen und strategischen Bereich (etwa mit Blick auf beschäftigungspolitische Ansätze); mangelnde Kooperationsbefugnis der lokalen AA
- Deutlich **mehr Schnittstellen- und präventive Aktivitäten der Optionskommunen** als Ausdruck einer veränderten Zielrichtung und Hilfe-Tradition

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs-optionen
---------------------	---------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	--------------------

(Forts.)

- **Operative Nachteile** in der Kundenbetreuung und bei der lokalen Schwerpunktsetzung **in Fällen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung**; nachrangige Position der Kommunen ohne hinreichende Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten auf die Leistungspolitik
- **Leistungsvergleich** weitgehend **abhängig vom Bewertungsmaßstab**:
 - ARGEn und Jobcenter (gA) bei betriebswirtschaftlicher und kurzfristiger wie stellenorientierter Zielsetzung ggf. vorteilhaft
 - bessere Bilanz der Optionskommunen indes bei der sozialintegrativen Betreuung und langfristigen Stabilisierung von ehBs/BGs

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

Wechselhafte und problematische Kennzahlenhistorie

- **Datenprobleme** bei der Bundesanstalt für Arbeit als Auslöser für die „Hartz“-Reformen
- Verdacht einer **zu schematischen** und letztlich an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes vorbeigehenden **Messung von Arbeitslosigkeit und darauf bezogener Maßnahmen/Erfolge**
- **Mit dem Start des SGB II Fallzahlschock** aufgrund unterschätzter Problemlagen, leistungsrechtlich bedingter Anreize und problematische Wirtschaftslage
- **Bis 2007** vor allem in den Optionskommunen, aber auch in der BA **Probleme beim Aufbau von Melde- und Statistikstrukturen** sowie der zugehörigen EDV-Systeme
- Außerdem **permanente Auseinandersetzungen um die adäquate Messung der zentralen Problem-, Bedarfs- und Handlungsgrößen**: Arbeitslosigkeit, Arbeitsuchende, erwerbsfähige Hilfebedürftige, Bedarfsgemeinschaften, Leistungsempfänger
- Im Ergebnis **divergente Strategien** der **kommunalen und agenturgesteuerten Grund-sicherungsträger** im Widerstreit zwischen Integration und Vermittlung, Fördern und Fordern

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	-------------------

Zusammenfassende Bewertung

- Auf der Basis der ISE-Evaluation folgende **Kennzeichnung der drei Trägermodelle**:
 - **ARGE mit erheblichen Systemdefiziten**, jedoch gewissen Stärken im Hinblick auf stellenorientierte Vermittlungsroutinen und die Vernetzung mit dem SGB III-Bereich
 - **Optionskommunen mit organisatorischen Vorteilen** und klaren Erfolgen bei der sozialintegrativen Einbettung der Integrationstätigkeit unter Einschluss präventiver Ansätze
 - **Getrennte Aufgabenwahrnehmung mit separater Optimierung** des Vollzugs von Agentur- und kommunalen Aufgaben jedoch mit ungelösten Schnittstellenproblemen zulasten eines gesamthaften Integrationsansatzes
- Absehbare **Ergebnisse der § 6c-Evaluation** im Auftrag des Bundes:
 - Konzentration der **ARGEn** (und i. T. der gA) auf **stellenorientierte Vermittlung** mit bessern Ergebnissen bei der Absenkung der Hilfebedürftigkeit und damit auch im Hinblick auf die fiskalische Effizienz
 - Schwerpunkt der **Optionskommunen** im Bereich der **Bewerberorientierung** (fördernder Ansatz) mit größeren Fortschritten bei der Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und ungeförderter Beschäftigung
 - **Bewertung** bei geringeren Unterschieden als erwartet vor allem **von den angelegten Maßstäben abhängig** – dabei Berücksichtigung der Existenz von *best practice* in beiden Gruppen

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
---------------------	---------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	--	------------------------

(Forts.)

- Ausgehend von der **mutmaßlich geringen Signifikanz** der § 6c-Evaluation und in Anbetracht einer erwartbar politischen Entscheidung **Erfordernis ergänzender Entscheidungskriterien**
- Dabei nach Karlsruhe hohe Bedeutung staats- und verfassungspolitischer Erwägungen im Zusammenhang mit der Föderalismuskommission I und II
 - Erhalt eines subsidiären **Verwaltungsföderalismus**
 - Stärkung von **koordinativen und kooperativen Verfahren** bei gleichzeitig entflochtenen Kompetenzen
 - Setzung von **effizienz- wie effektivitätsfördernden Rahmenbedingungen** (kooperativer Wettbewerbsföderalismus)
 - Beachtung von **Nachhaltigkeitsgesichtspunkten** auch im institutionen- und sozialpolitischen Bereich
- Unter Berücksichtigung **asymmetrischer Startbedingungen** („David gegen Goliath“) sowie im Hinblick auf solcherart erweiterte Kriterien Feststellung eines **systemischen Vorteils der Optionskommunen**

Ansatz und Methodik	Träger-entscheidung	Handlungs-situation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungs- optionen
---------------------	---------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------------

(7) Handlungsoptionen

Schlussfolgerungen für eine notwendige Reform des SGB II

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
<h2>Das SGB II als sozial- und arbeitsmarktpolitischer Auftrag mit der Erfordernis klarer Zuständigkeiten</h2> <ul style="list-style-type: none"> • Zentrale Vorgabe des Gesetzgebers: Personengebundene Betreuung, Aktivierung und Integration von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand • Neben optimierter Vermittlung Bedarf an individueller und langfristiger Betreuung einer in weiten Teilen problembehafteten Klientel (Dauerarbeitslosigkeit, multiple Vermittlungs- und strukturelle Integrationshemmnisse auch durch fehlenden Arbeitsbezug im familiären und sozialen Umfeld) • Hierzu notwendiger Einbezug unterschiedlichster sozialintegrativer Instrumente sowie Vollzug im Kontext und lokalen Netzwerk sozialer Daseinsvorsorge • Für personalintensive Dienst- und Transferleistungen unter erschwerten Klientelbedingungen klare Ziele/Aufträge, störungsfreie Abläufe und motivierter Mitarbeiter erforderlich ➔ Deshalb Vollzug des SGB II weit mehr als andere öffentliche Aufgaben von funktionsadäquater Organisation auf der Basis verbundener, möglichst einheitlicher Zuständigkeiten abhängig 						

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
<h2>Nach dem BVerfG-Urteil: SGB II u. seine Weiterentwicklung als Teil der gesamtstaatlichen Modernisierungsagenda</h2> <ul style="list-style-type: none"> • Präventive, sozialintegrative und orts- wie problemnahe Weiterentwicklung des SGB II als Beitrag zur <ul style="list-style-type: none"> – gesellschaftspolitischen Nachhaltigkeit (Familien-/Kinderförderung; Aufhebung/Verringerung herkunftsabhängiger Lebenschancen; Vermeidung finanziell wie individuell problematischer Folgekosten durch vermehrte Investitionen in Lernfähigkeit, Bildung und Qualifikation), – sozialpolitischen Stabilisierung (Unsteuerung des bislang primär passiven und nachsorgenden Hilfeansatzes hin zu einer vorsorgenden, Betroffene integrierenden und aktivierenden Leistungspolitik), – staatspolitischen Modernisierung (intra-sektoraler Wettbewerb ohne negative externe Effekte; Entflechtung und Kooperation der gebietskörperschaftlichen Ebenen; Deregulierung; Entbürokratisierung) und – finanzpolitischen Konsolidierung (Abkehr von ausgabebezogenen Annuitäten u. Übergang zu einem Kosten-, Leistungs- und Ergebnisdanken; Investitionen anstelle nicht beeinflusster konsumtiven Ausgaben) • SGB II aufgrund seiner öffentlichen Wahrnehmung, des Finanzvolumens und der Verknüpfung unterschiedlicher Reformthemen als „Gelenk- und Werkstück“ der Modernisierung sozialer Leistungssysteme und der bundesstaatlichen Ordnung 						

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------

Optionen nach dem BVerfG-Urteil

- Grundfrage einer weiterhin **geteilten oder künftig einheitlichen Trägerschaft**
- Für den Fall einer **ungeteilten Trägerschaft** Wahl zwischen **Bundes- oder Länder- bzw. kommunaler Zuständigkeit**
- Bei einer **Bundesträgerschaft** ergänzende Möglichkeit **einer Gewichtsverlagerung zwischen SGB II und SGB XII** über die Anpassung der Erwerbsfähigkeitsregelung
- Für die Variante einer **geteilten Trägerschaft** notwendige Ausgestaltung
 - der künftigen **Formen gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung** sowie
 - der Zukunft und des Umgangs mit der **Option** (unbefristet und ohne zahlenmäßige Beschränkung, einmalig und kontingentiert oder bloße Fortschreibung)

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------

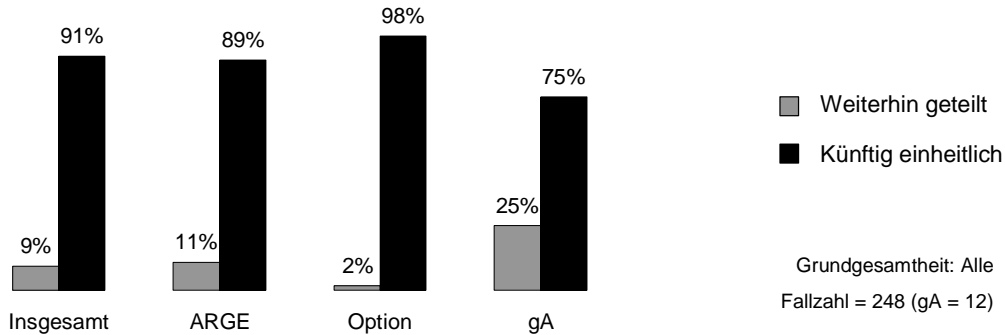
(Forts.)

- Ferner Prüfung von **Zwischenvarianten**
 - etwa über eine operative Vereinheitlichung des Vollzugs über Formen der **Auftragsverwaltung** oder
 - die Entflechtung des Leistungsbereichs durch eine **Abkopplung der Wohn- bzw. Unterkunftskosten**
- Davon ausgehend **Klärung des zu beschreitenden Wegs** (untergesetzliche, einfachgesetzliche oder verfassungsändernde Lösung)

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------

Weiterhin geteilte oder einheitliche Trägerschaft

Wird weiterhin eine geteilte SGB II-Trägerschaft von Bund und Kommunen für sachgerecht halten, um die Kompetenzen beider gebietskörperschaftlichen Ebenen einzubeziehen, oder sollte künftig eine einheitliche Trägerschaft (Bund oder Länder bzw. Kommunen) vorgesehen werden, um eine Leistungserbringung aus einer Hand abzusichern?

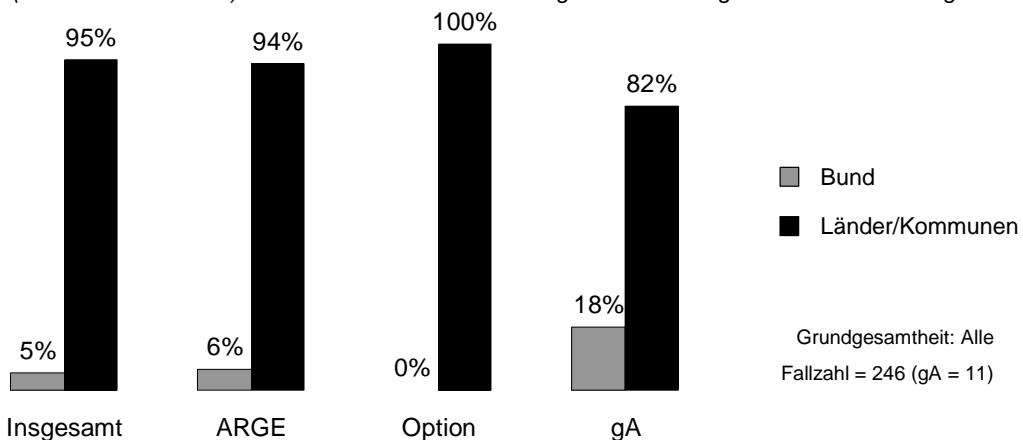


➔ **Unabhängig von der Trägerform klares Votum für eine grundlegende Reform des SGB II und Übergang zu einer einheitlichen Trägerschaft von Bund oder Ländern/Kommunen**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------

Präferenz im Fall einer einheitlichen Trägerschaft

Wenn es zu einer einheitlichen Aufgabenträgerschaft käme: Sollten der Bund (bzw. die BA) oder die Länder (bzw. die Kommunen) flächendeckend und vollständig für den Vollzug des SGB II zuständig sein?

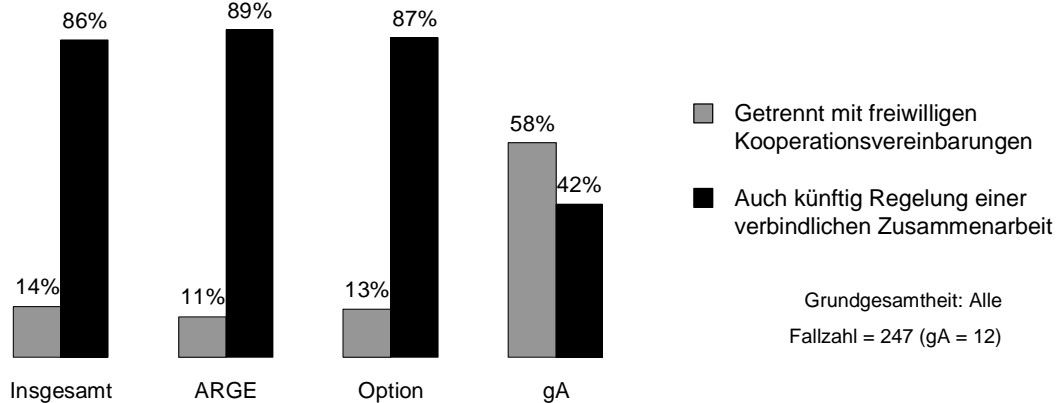


➔ **Bei einer Entscheidung zw. Bundes- und Landes-/kommunaler Trägerschaft erneut eindeutiges Votum für die Zuständigkeit der Städte/Kreise (erforderlichenfalls ü. d. Länder)**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------

Ausgestaltung einer weiterhin geteilten Trägerschaft

Wenn es bei einer geteilten Aufgabenträgerschaft bleibt: Wäre nach dem Wegfall der ARGEen ein getr. Vollzug mit ergänzenden Kooperationsregelungen ausreichend (wie bereits von einigen Kommunen praktiziert) oder sind auch künftig gesetzliche Regelungen für eine verbindliche Zusammenarbeit erforderlich?

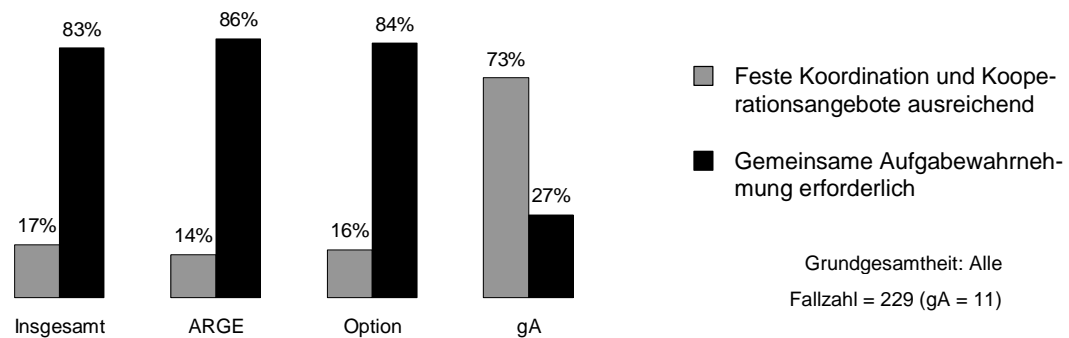


➔ Im Fall einer weiterhin geteilten Trägerschaft klares Votum von ARGE- wie Optionskommunen für eine gesetzlich geregelte verbindliche Zusammenarbeit

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	--------------------------

Ausgestaltung einer verbindlichen Zusammenarbeit

Wenn es bei einer geteilten Aufgabenträgerschaft bleibt: Wären feste Koordinationsverfahren i. Leistungsprozess und bundesseitige Angebote zur Zusammenarbeit ausreichend oder wird eine ggf. verfassungsrechtlich abzusichernde Neuauflage gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung wie in den ARGEen bevorzugt?

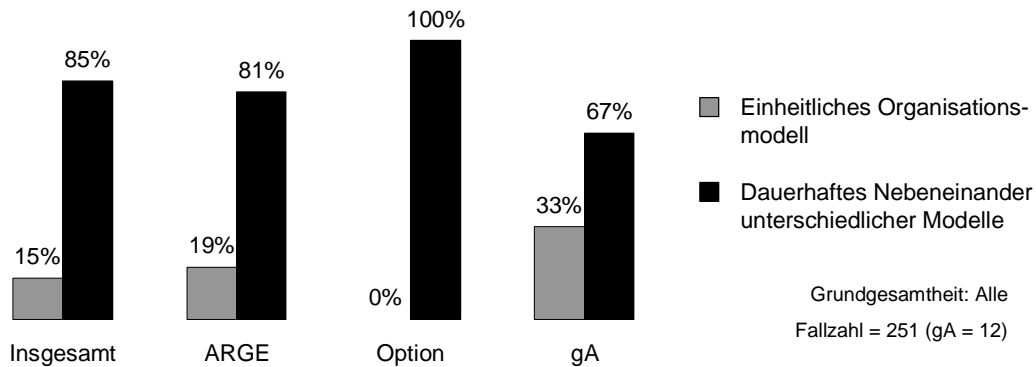


➔ Zur Ausgestaltung einer Zusammenarbeit bei geteilter Trägerschaft Plädoyer von ARGE- wie Optionskommunen für eine erforderlichenfalls auch verfassungsändernde Lösung

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Unterschiedliche Varianten bei geteilter Trägerschaft

Wenn es bei einer geteilten Aufgabenträgerschaft bleibt: Wird der Übergang zu einem einheitlichen Organisationsmodell (KJC, ZAG, verfassungskonforme ARGE usw.) oder das dauerhafte Nebeneinander unterschiedlicher Varianten (Option, getrennter Vollzug, KJC/ZAG/ARGE) bevorzugt?

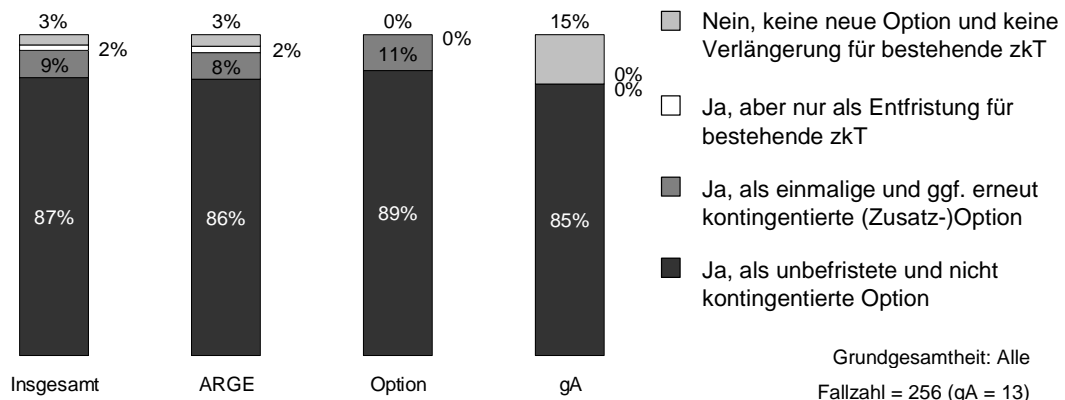


➔ Nahezu einheitliche Befürwortung einer Lösung mit auch künftig verschiedenen Formen der Aufgabenwahrnehmung – damit Plädoyer für den Erhalt eines Systemwettbewerbs

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Optionsmöglichkeit bei geteilter Trägerschaft

Wenn es bei einer geteilten Aufgabenträgerschaft und dem Nebeneinander unterschiedlicher Trägermodelle bleibt: Sollte den Kommunen das Recht zur Option eingeräumt werden und wenn ja in welcher Form?

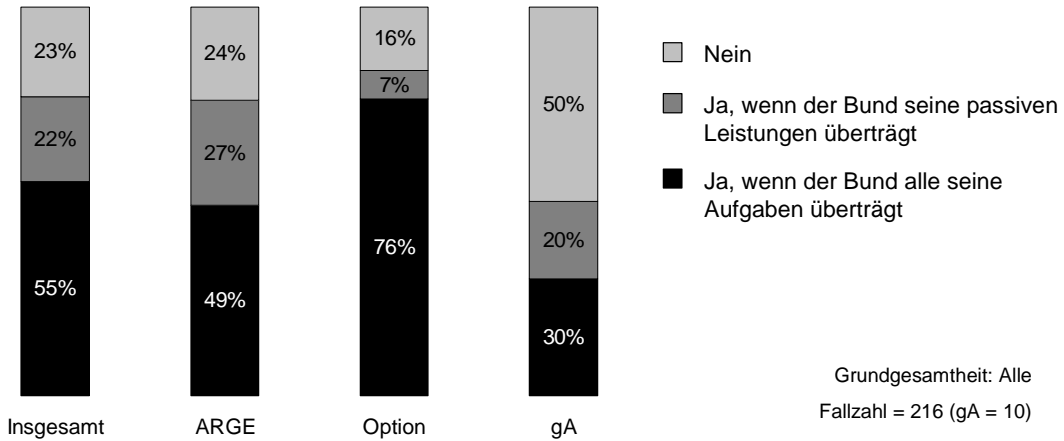


➔ Klares und ungeteiltes Votum für eine vollständige Option (zeitlich unbefristet und nicht erneut kontingentiert) als eine Organisationsvariante bei weiterhin geteilter Trägerschaft

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Bundesauftragsverwaltung als Alternative

Wenn es bei einer geteilten Aufgabenträgerschaft bleibt: Sollte der Bund seine Aufgaben ganz oder teilweise im Wege der Auftragsverwaltung (nach Art. 85 GG) auf die Länder (bzw. Kommunen) übertragen?

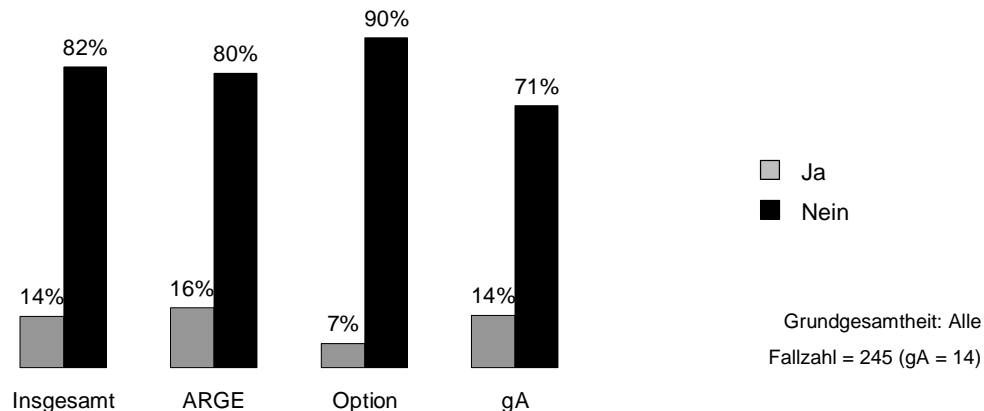


➔ Für die Möglichkeit einer Bundesauftragsverwaltung geringere Zustimmung – positives Votum am ehesten im Fall einer vollständigen Übertragung auf Länder bzw. Kommunen

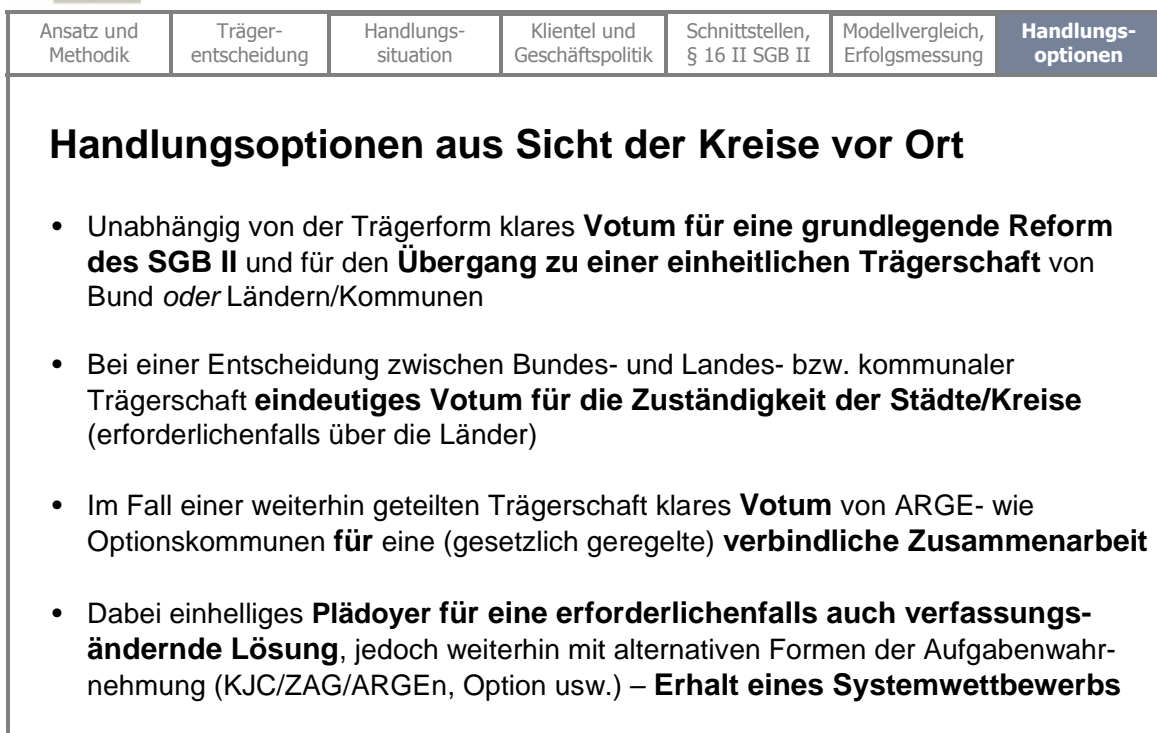
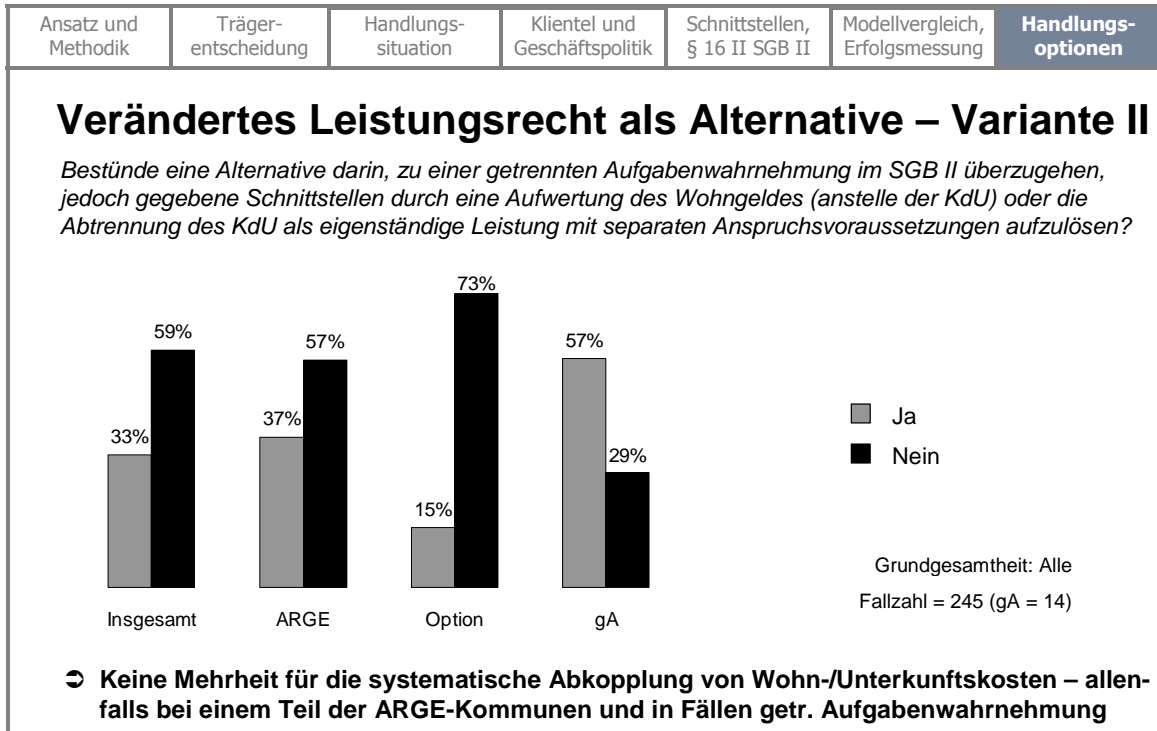
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Verändertes Leistungsrecht als Alternative – Variante I

Bestünde eine Alternative darin, den Personenkreis im SGB II durch eine veränderte Definition der Erwerbsfähigkeit zu reduzieren (und damit im SGB XII zu erweitern), so dass der Bund für das SGB II und die Kommunen weiterhin für das vergrößerte Klientel nach dem SGB XII zuständig wären?



➔ Klare Ablehnung veränderter Erwerbsfähigkeitsregelungen und damit einer *de facto* Rückkehr zum alten System (Sozial- versus Arbeitslosenhilfe)



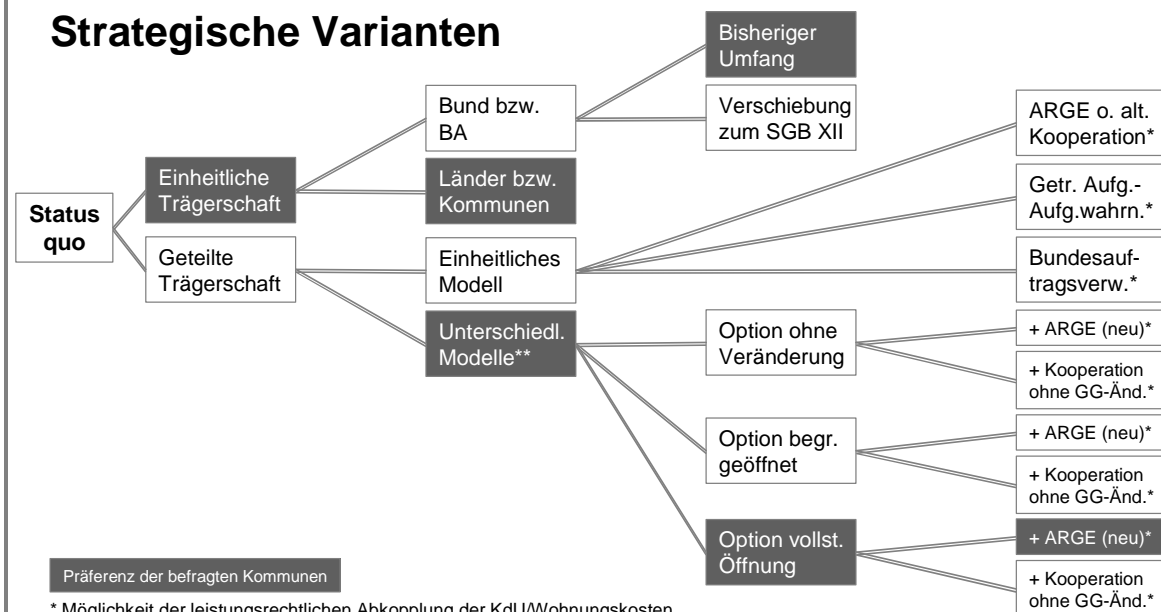
Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- Bei einer weiterhin geteilten Trägerschaft von Bund und Kommunen klares und ungeteiltes **Votum für eine vollständige Option** (zeitlich unbefristet und nicht erneut kontingentiert) als gesetzlich abzusichernde Organisationsvariante
- Demgegenüber deutlich **geringere Zustimmung für** die Möglichkeit einer **Bundesauftragsverwaltung** – positives Votum am ehesten im Fall einer vollständigen Übertragung der Bundeszuständigkeiten auf die Länder bzw. Kommunen
- Klare Ablehnung veränderter Erwerbsfähigkeitsregelungen und damit einer *de facto* Rückkehr zum alten System (Sozial- versus Arbeitslosenhilfe)
- Ebenso **keine Mehrheit für die systematische Abkopplung von Wohn-/Unterkunftskosten** – befürwortet nur von einem Teil der ARGE-Kommunen und von der Mehrheit in Fällen getrennter Aufgabenwahrnehmung

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Strategische Varianten



* Möglichkeit der leistungsrechtlichen Abkopplung der KdU/Wohnungskosten

** Bei (weiterhin) unterschiedlichen Modellen jeweils auch die Möglichkeit einer getrennten Aufgabenwahrnehmung

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

Schlussfolgerungen

- Auch bei Zugrundelegung der Ergebnisse der gesetzlichen § 6c-Evaluation **keine grundsätzlichen und signifikanten Nachteilskonstellationen** zulasten der Option
- Zugleich **irreführende Diskussion über die Beweislast**: Keinerlei gesetzliche, staatspolitische oder empirische Basis für ein *Obligo* der Optionskommunen
- Deshalb **keine** hinreichende materielle **Begründung für eine flächendeckende Trägerformentscheidung gegen die Option** vorhanden
- Insofern erhöhtes **Gewicht funktionaler und staatspolitischer Erwägungen**:
 - Verfassungswidrigkeit der bisherigen Mischverwaltung
 - Vorteil einer Wettbewerbssituation als innovationsfördernde Anreizkonstellation für alle Grundsicherungsträger
 - Ansatzpunkte für eine **Fortsetzung und Wiederbelebung einer substantiellen Föderalismusreform**

Ansatz und Methodik	Trägerentscheidung	Handlungssituation	Klientel und Geschäftspolitik	Schnittstellen, § 16 II SGB II	Modellvergleich, Erfolgsmessung	Handlungsoptionen
---------------------	--------------------	--------------------	-------------------------------	--------------------------------	---------------------------------	-------------------

(Forts.)

- Deshalb Plädoyer für eine **umfassende und überdachte Reform des SGB II nach der BTW 2009**:
 - zunächst **vollständige Öffnung der Option**
 - daneben entweder **erneuerte ARGE-Lösung** als paralleles Modell im Grundgesetz verankert **oder Aufnahme einer fakultativen Beschreibung der Möglichkeit ebenenübergreifender Kooperation** auf freiwilliger Basis
 - **alternativ Prüfung einer bloßen SGB II-Änderung** mit Verbesserungen der ARGE-Konstruktion und Ausweis als mögliches Modell der Aufgabenwahrnehmung im gegenseitigen Einverständnis
 - Verbindung mit einer die örtlichen Spielräume wahren **Instrumentenreform** sowie der **Aufnahme eines Präventionsgebots in das SGB II**
 - Weiterentwicklung von **dauerhaften Statistik-, Vergleichs- und Evaluationsroutinen** mit der kooperativen Ausgestaltung einer Zentralstelle für Software- und Datenfragen sowie einer ggf. unabhängigen Statistik für das SGB II
 - Schließlich **Differenzierung und Ausbau des Kriterienkatalogs** zur verbesserten Abbildung der Beschäftigungsfähigkeit und der sozialen Stabilisierung als gleichberechtigte Zielgrößen

Bundesrepublik Deutschland

Verwaltungsgrenzen Stand 1.8.2008





DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher Landkreistag

Ulrich-von-Hassell-Haus

Lennéstraße 11

10785 Berlin

Tel. 0 30/59 00 97-3 09

Fax 0 30/59 00 97-4 00

www.landkreistag.de

info@landkreistag.de

